STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18980604

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 128. 12. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Post-katalogs 3172) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Waberský in Hamburg.

Sonnabend, den 4. Juni 1898.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Suche deinen Nutzen!

Diese Maxime scheint in der Werkstätte des leibhaftigen Egoismus geprägt zu sein. Und doch leitet einer der größten Philosophen aus diesem Grundprinzip seiner Ethik die edelsten moralischen Lebensregeln ab und gelangt zu dem Ergebniß, daß Gerechtigkeit und Billigkeit, Wohlwollen und Humanität gegen Jedermann, Eintracht und Friedfertigkeit, daneben Selbstbeherrschung, Aufrichtigkeit, Gesinnungstüchtigkeit und Karakterstärke die praktische Weisheit ausmachen und dem menschlichen Glück am zuträglichsten sind. Das erscheint widerspruchsvoll; aber man darf nur ein Wort ergänzen: „Suche deinen wahren Nutzen!“ Auch in den Fragen der Lebensführung ist die Vernunft die höhere Instanz und weist dem Willen einen besseren Weg, als denjenigen, den der oberflächliche, hausbackene „gesunde Menschenverstand“ des Philisters zeigt. Denn wenn auch der Mensch in Einzelfällen eher seine Rechnung findet, wenn er der kalten Selbstsucht die Zügel schießen läßt: die Gesammtsumme zeigt doch, daß er weit besser fährt, wenn er die Lehren der Tugend sich zur Richtschnur macht.

Das Gleiche gilt nun auch im politischen und wirthschaftlichen Leben und für die Klassen. Was das gewöhnliche Urtheil für nützlich oder schädlich hält, erweist sich bei klarer Beleuchtung resp. im Verlaufe praktischer Erfahrung oft als das Gegentheil. Der blanke Egoismus ist auch den herrschenden Klassen nicht zuträglich.

Wenn auch das Unternehmerthum zeitweilig höhere Profite einsackt, falls es seinem Ausbeutertrieb keine Schranke zieht: so würde es doch weit besser fahren, wenn es den gerechten Forderungen der Arbeiterschaft entgegenkommen würde, und das aus verschiedenen Gründen. Die maßlose Ausbeuterei zwingt die Arbeiter, zu erkämpfen, was ihnen versagt wird, und dieser Kampf erringt ihnen oft mehr, als sie auf dem Wege gütlicher Vereinbarung erlangt hätten und verstärkt überdies ihre Machtposition. Und da die Arbeiter keine bloße Maschinen sind und der psychologische Faktor auch ein Wort mitredet, so kommt dem Unternehmer ein arbeiterfreundliches Verhalten auch insofern zu Statten, als die Arbeiter Anhänglichkeit für ein solches Geschäft empfinden, arbeitsfreudiger sind und nicht ohne Noth den Platz wechseln, so daß dem Geschäft ein Stamm tüchtiger und eingeschulter Arbeiter erhalten wird, was für viele Betriebe unstreitig von großem Werth ist. Mögen also die Unternehmer immerhin ihren Nutzen suchen, aber ihren wahren Nutzen, der auf dem Wege der Gerechtigkeit und Billigkeit liegt.

In politischer Hinsicht bietet die Gegenwart die beste Illustration. Ihren Nutzen haben die industriellen und kommerziellen Kapitalisten zu finden geglaubt, wenn sie die Reaktion stärken zur Unterdrückung der Proletarierpartei und zur Eindämmung der Arbeiterbewegung. Und was haben sie erreicht? Daß dem Agrarier- und Junkerthum und dem Klerikalismus wieder gewaltig der Kamm geschwollen ist und diese finsteren Mächte nicht allein die Rechte des arbeitenden Volkes, sondern auch die bürgerlichen Interessen, die materiellen und geistigen, auf's Schwerste bedrohen. Einem süddeutschen nationalliberalen Blatt ist darüber ein Lichtblick gekommen. Sonst bismärckisch und sozialistenfeindlich bis auf die Knochen, schrieb es neulich zur Miquel'schen Sammelpolitik: „Es sei nicht zu bestreiten, daß dem extremen Agrarierthum gegenüber die industriellen Arbeitgeber mit ihren Arbeitern eine Gemeinschaft der Interessen haben, die zu verkennen die Sozialdemokratie weder die Möglichkeit noch das Bedürfniß habe.“ Seufzend muß das Blatt bekennen, „daß die industriellen Arbeiter sich gezwungen sehen, die Sozialdemokraten als die Vertheidiger ihrer, der Arbeitgeber, eigensten und unmittelbarsten Interessen anzuerkennen“, und es verweist auf die Stelle im sozialdemokratischen Wahlaufruf, wo derselbe für eine stetige Handelspolitik eintritt, die auf dem Abschluß von Tarif- oder Meistbegünstigungsverträgen mit allen in den modernen Verkehr gezogenen Völkern beruht.

Der neueste agrarische Vorstoß, das freche Attentat gegen die Freizügigkeit, gehört auch in dieses Kapitel. Daß das Recht der Arbeiterfreizügigkeit den Junkern ein Dorn im Auge ist, weiß man längst. Sie haben demselben auch mehrmals Löcher in den Kopf zu schlagen versucht. So im März 1889, wo sie die Vertheuerung der Eisenbahnfahrt in der 4. Klasse verlangten und über „Eisenbahnvagabundage“ der Arbeiter belferten. Jetzt blüht ihr Weizen und die Erklärung des Ministers v. Hammerstein hat die saubere Absicht des gegenwärtigen Kurses grell erhellt. Wie sehr aber die Freizügigkeit auch im Interesse der industriellen Kapitalisten gelegen ist, liegt auf der Hand; sie wurde ja auch in ihrem Interesse eingeführt (in Preußen schon 1842, und nachdem sie vorübergehend durch „Einzugsgelder“ beschränkt war, später durch Reichsgesetz garantirt). Die „Kölnische Zeitung“ tritt darum auch dem dreisten Anschlag entgegen, natürlich nicht der Arbeiter wegen. — Hätten die kapitalistischen Parteien ihren wahren Nutzen gesucht und sich mit der Arbeiter-Partei zu vertragen gewußt, so könnten sie jetzt ruhig schlafen. Aber sie haben ihren scheinbaren Nutzen gesucht und müssen sich nun selbst anklagen: mea maxima culpa! durch unsere Schuld ist heute das Deutsche Reich junkerlich und pfäffisch verseucht.

Suche deinen wahren Nutzen! Dieser Appell ergeht ganz besonders an die Arbeiter, speziell an diejenigen, die noch nicht in unseren Reihen stehen. Suchet euren wahren Nutzen! Wollt ihr die schweren Gefahren, welche die Arbeiterklasse bedrohen, abwenden, so schließet euch dem Banner der Sozialdemokratie an, agitirt mit allem Eifer und sorget dafür, daß im kommenden Reichstag die sozialdemokratische Volksvertretung in solch starker Zahl einzieht, daß der junkerlich-pfäffischen Reaktion gehörig auf's Maul geschlagen wird, daß ihr das Gebiß in den Bauch hinunterrutscht.

Von der Weltbühne.

Ueber den Ausgang des Wahlkampfes hegt der hiesige Bismarckmonitör Besorgnisse, weil die Regierung nicht nach Bismarck'schem Muster mit fester Hand in den Wahlkampf eingreift und das Wahlglück zu ihren Gunsten zu korrigiren sucht. Die „Hamb. Nachr.“ beklagen diese Zurückhaltung bitter und suchen die Regierung anzustacheln, noch jetzt in ihrem Sinne vorzugehen. Sie erklären:

„Wir unsererseits würden es für richtiger gehalten haben, wenn sich die Regierung offen an die Spitze der Politik der Sammlung und der Bekämpfung der Sozialdemokratie gestellt hätte, wenn sie mit voller Energie und mit ihrer ganzen Autorität für die Erreichung der angestrebten Ziele eingetreten wäre. Zweifellos wäre der Kampf dann heftiger geworden, als er es jetzt ist, aber ohne Kampf giebt es keinen Sieg, sondern nur Stagnation und unklare Verhältnisse, bei denen lediglich die subversiven Tendenzen im Staatsleben ihre Rechnung finden.“

Das Bismarckblatt sucht dann nach den Gründen für die Passivität der Regierung und bemerkt: „Ist der ideale Wille darauf gerichtet, sich jeder Einflußnahme auf die Wahlen geflissentlich zu enthalten, um in dem neuen Reichstage ein möglichst getreues Bild der im Volke wirklich herrschenden Auffassungen zu erlangen? Diese Absicht möchten wir einer Regierung nicht zuschreiben, die sich ihrer Pflicht bewußt ist, auf die Zusammensetzung der Volksvertretung innerhalb der gesetzlichen Schranken im Sinne der Förderung derjenigen Politik pflichtgemäß einzuwirken, die sie nach bestem Wissen und Gewissen für diejenige hält, die den Interessen von Reich und Volk am meisten entspricht und die deshalb von ihr betrieben werden soll.“

Merkwürdiger Weise stimmen wir hier einmal durchaus mit den „Hamb. Nachr.“ überein. Die Regierung kann wirklich nicht in den Verdacht kommen, daß sie den „idealen Willen“ habe, im Reichstage ein möglichst getreues Bild der im Volke herrschenden Strömungen zu schaffen. Wollte sie das, so hätte sie längst für thatsächliche Sicherung des Wahlgeheimnisses sorgen und mit der veralteten Wahlkreiseintheilung aufräumen müssen, deren Aufrechterhaltung das reichstägliche Spiegelbild der Volksstimmung gradezu fälscht. Solch ideale Motive stecken wirklich nicht hinter der wenigstens scheinbaren Zurückhaltung der Regierung. Auch darin stimmen wir den „H. N.“ bei, daß es nicht Rücksicht auf das Zentrum sein kann, wie von ultramontaner Seite darzulegen versucht worden ist. Aber welche „Gründe bleiben dann noch“. Das Bismarckorgan legt sie sich nach seiner Weise zurecht. Es erklärt zum Schluß:

„Unter solchen Umständen bleibt nichts übrig, als die Enthaltsamkeit der Regierung auf den Fortbestand der Auffassungen zurückzuführen, welche bisher u. A. den Versuch einer Repristination (Wiederherstellung) des Sozialistengesetzes verhindert haben und zu denen sich auch der Staatssekretär des Innern bekannt hat, als er erklärte, es müsse den durch die sozialrevolutionäre Bewegung bedrohten Elementen der Bevölkerung überlassen bleiben, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen; der Erlaß eines Ausnahmegesetzes gegen dieselben würde nur die Erschlaffung dieses Kampfes zur Folge haben. Wir theilen diese Auffassung nicht und können dem Verzicht der Regierung auf die Führung im Wahlkampfe in dieser Beziehung so wenig beistimmen wie in jeder anderen. Es liegt zu tief in unseren deutschen Anschauungen und Gewohnheiten begründet, daß eine Bewegung nur dann durchschlagenden Erfolg hat, wenn die Regierung sich mit dem vollen Schwergewicht der Staatsautorität an ihre Spitze stellt. Daran fehlt es in dem jetzigen Wahlkampfe völlig und deshalb sehen wir seinem Ausgange nicht ohne Besorgniß entgegen.“

Neues Sozialistengesetz, brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller ihrer Bestrebungen, das ist ja das Abend- und Morgenlied des Bismarckblattes, das es mit an Blödsinn grenzender Blindheit immer auf's Neue herplärrt. Sein unheilbarer Rothkoller macht es blind für die entgegenstehenden Hindernisse und es sieht nur ungenügende Entschlossenheit der Regierung, wo es sich in der That um schwere Verlegenheiten handelt. Die „H. N.“ könnten auch wissen, daß das jetzt am Ruder befindliche Konsortium von Ministern und Staatssekretären es in Bezug auf reaktionäre Gesinnung und in Bezug auf die Neigung, der Arbeiterklasse neue schwerere Fesseln anzulegen, mit dem Alten im Sachsenwalde getrost aufnehmen kann. Nicht um das Wollen handelt sich's, sondern um das Können. Wenn die Regierung nicht so plump draufgeht, wie den „H. N.“ gefallen würde, so geschieht es nur, weil die Herren so viel staatsmännische Schläue besitzen, sich zu sagen, daß sie damit das Gegentheil ihrer Wünsche erreichen würden und daß forsches reaktionäres Draufgängerthum der Opposition zu Gute kommen würde. Darum die dem Bismarckblatt so unsympathische Zurückhaltung. Man hofft heimlich und still, von hinten herum auf dem Umwege der wirthschaftlichen Sammlung eine reaktionäre Mehrheit zusammenzutreiben, die dann die politischen Pläne der Reaktion verwirklichen soll, die Anschläge gegen das Wahlrecht, die Freizügigkeit, das Koalitionsrecht ꝛc. Aus demselben Grunde schwören die Konservativen Tag für Tag Meineid über Meineid, indem sie ihre Wahlrechtsfeindschaft verleugnen. Aber es ist umsonst! Das Volk hat die Herren durchschaut und sie richtig erkannt; es wird auf seiner Hut sein und auch auf den beliebten Schleichwegen wird eine reaktionäre Mehrheit nicht zu Stande kommen. Die Wähler werden am 16. Juni dem einen Riegel vorschieben.

Der Kampf gegen das allgemeine Wahlrecht. Wie Berliner Blätter mittheilen, wurde am 29. Mai in einer zu Berlin abgehaltenen Versammlung der „konservativen und gemäßigt liberalen Wähler des Kreises Niederbarnim“ der konservative Landtagsabgeordnete, frühere Führer der Berliner antisemitischen Stadtverordnetenfraktion, Oberlehrer Professor Dr. Irmer, als Kandidat aufgestellt. Ueber die Stellung Dr. Irmers zum Wahlrecht giebt folgender Passus seiner Rede Auskunft:

„Der Reichstag müsse die Rechte der verbündeten Regierungen schützen und aus diesem Grunde jeden Gedanken eines parlamentarischen Regiments abweisen. Selbstverständlich verlange man auch, daß der Reichstag die Rechte des Volkes gegenüber der Regierung wahre, und falle es deshalb den Konservativen gar nicht ein, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht jetzt anzugreifen. Auch liege augenblicklich kein Anlaß dazu vor, wenn er auch nicht annehme, daß dieses Wahlrecht für alle Ewigkeit das beste sein müsse. Denn es sei ein netter Zustand, daß eine Stadt wie Hamburg, die durch den Handel groß geworden, lediglich drei Sozialdemokraten in den Reichstag entsendet und keinen Vertreter des Handels. Man werde versuchen müssen, diesen Uebelstand auf dem Boden der bestehenden Verfassung zu beseitigen. Ebenso müsse das Dreiklassen-Wahlrecht für den Landtag beibehalten werden, das ein passendes Gegengewicht gegenüber dem Reichstags-Wahlrecht sei.“

Also auf dem Boden der Verfassung soll das Reichstagswahlrecht „reformirt“ werden. Ein gescheidter Gedanke! In der Reichsverfassung ist allerdings das allgemeine, direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung garantirt, nicht aber das gleiche Wahlrecht, und deshalb brauchen Diejenigen, welche nur für das „verfassungsmäßige“ Wahlrecht eintreten, nicht für das gleiche Wahlrecht zu sein, sondern können, unbeschadet dieser Erklärung, ein abgestuftes Stimmrecht, beispielsweise wie in Belgien, befürworten.

Nach der „Frankf. Ztg.“ erklärte sich der freikonservative Reichstagsabgeordnete Dr. Höffel in einer Wählerversammlung zu Drulingen gegen das geheime Wahlrecht bei den Reichstagswahlen.

Die „Kreuzzeitung“ goß neulich ein vollgerüttelt Maß antisemitischen Unflaths über Diejenigen aus, die nicht müde werden, die Wähler auf die Gefahr hinzuweisen, die ihrem kostbarsten politischen Rechte von der ostelbischen Reaktion her droht. Das Junkerblatt machte in jenem Artikel den Versuch, die Mahnungen und Warnungen vor der reaktionären Gefahr als ein unsauberes Wahlmanöver darzustellen. Was sagt das edle Blatt zu diesen neuesten Auslassungen konservativer Politiker?

Die „Reformbedürftigkeit“ des Reichstagswahlrechts hat, wie wir gestern mittheilten, das Organ der sächsischen Regierung, die „Leipziger Zeitung“, betont. Das Blatt fügt dem hinzu: „Aber so lange wir mit dieser Ueberzeugung nicht die Mehrheit der Parlamentarier und die Regierung gewonnen haben, besteht für das allgemeine Wahlrecht keine Gefahr.“

Unsere Kritik dieser Auslassung können wir durch Wiedergabe einiger Bemerkungen der ultramontanen „Germania“ vervollständigen:

„Das ist doch wenigstens offen gesprochen. So lange eine Mehrheit der Parlamentarier für eine Beseitigung oder Beschränkung des Reichstagswahlrechts noch nicht vorhanden ist, kann natürlich Niemand daran denken, es sei denn, daß er auch vor einem Staatsstreich nicht zurückschreckt, wie ihn der konservative Graf Mirbach in der Sitzung des preußischen Herrenhauses vom 28. März 1895 empfohlen hat. Aus der Erklärung der „Leipz. Ztg.“ ergiebt sich aber von selbst der Schluß: Sobald eine Mehrheit im Reichstage für die Beseitigung oder Beschränkung des Reichstagswahlrechts vorhanden ist, kann diese in Angriff genommen werden. Denn daß die Regierung gern zugreifen würde, wenn eine Reichstagsmehrheit ihr die Beseitigung oder Beschränkung des Reichstagswahlrechts auf dem Präsentirteller entgegenbringen sollte, wird doch im Ernst Niemand bezweifeln. So hat sie ja auch die Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstages, die insofern auch eine Beschränkung des Wahlrechts enthalten, als dieses statt drei nur mehr alle fünf Jahre ausgeübt werden kann, von dem Kartellreichstage von 1887 sich gern „apportiren“ lassen. In einem neuen Kartellreichstage liegt also, wie auch die halbamtliche „Leipziger Zeitung“ indirekt zugiebt, die Gefahr für das bestehende Reichstagswahlrecht. Daraus ergiebt sich dann von selbst, daß Derjenige, welcher das Reichstagswahlrecht erhalten will, gegen die Kartellbrüder als Feinde desselben seine Stimme abgeben muß. Man kann sich auch dadurch nicht irre machen lassen, daß der eine oder andere Kartellkandidat sich jetzt vor den Wahlen für die Erhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts ausspricht. Nicht daß wir ehrenwerthen Männern damit imputiren wollten, sie gäben wider ihre Ueberzeugung ein solches Versprechen vor der Wahl ab, ohne sich nach der Wahl darum zu kümmern. Aber die Gefahr für das Reichstagswahlrecht bleibt bestehen, wenn auch einige wenige Mitglieder unter einer neuen Kartellmehrheit im Reichstage nicht für die Beseitigung oder Beschränkung desselben eintreten würden.“

„Schutz der nationalen Arbeit.“ Der preußische Eisenbahnminister Thielen, der den ostelbischen Großgrundbesitzern schon durch die Einführung eines Getreideausnahmetarifs nach Oesterreich eine Freundlichkeit erwiesen und die Abschiebung deutscher Brotfrüchte nach dem Auslande wesentlich gefördert hat, ist jetzt darauf bedacht, der „nothleidenden Landwirthschaft“ noch einen weiteren Gefallen zu thun und billige Arbeitskräfte zu sichern, indem er innerhalb seiner Verwaltung die Heranziehung ausländischer Arbeiter empfiehlt.

In letzter Zeit sind mehrere diesbezügliche Verfügungen des Ministers bekannt geworden. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, folgende weitere Verfügung zu veröffentlichen:

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.
IV B. 4786.

Unter Hinweis auf die Erlasse vom 15. April — IV B. 4187 — veranlasse ich die königliche Eisenbahndirektion, mir binnen vier Wochen eine Nachweisung über die Zahl der gegenwärtig im Betriebsdienste und bei Eisenbahn-Neubauten (Bau neuer Bahnstrecken, Bahnhofsbauten ꝛc.) beschäftigten ausländischen Arbeiter (soweit möglich, nach ihrer Staatsangehörigkeit getrennt) einzureichen. Die Nachweisungen sind für die Betriebsverwaltung und die Neubauverwaltung gesondert aufzustellen und für die Betriebsverwaltung nach Werkstätten-, Stations- und Streckenarbeiten zu scheiden. Bezüglich der Neubauverwaltung ist zugleich die Zahl der überhaupt beschäftigten Arbeiter anzugeben.

Zugleich sehe ich einer Aeußerung darüber entgegen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfange es thunlich ist, in der Betriebsverwaltung, und soweit beim Neubau Regiearbeiten ausgeführt werden, auch in diesem ausländische Arbeiter vorübergehend, z. B. als Saisonarbeiter zu verwenden.

Zur Milderung des in der Landwirthschaft herrschenden Arbeitermangels würde es beitragen, wenn zu den Eisenbahnneubauten, bei denen die Arbeitsgelegenheit naturgemäß nur eine vorübergehende ist, wenigstens in gewissen Landestheilen in größerem Umfange als bisher ausländische Arbeiter herangezogen werden könnten. Die königlichen Eisenbahndirektionen wollen sich darüber aussprechen, ob sich in dieser Beziehung auf die Unternehmer durch Aenderung der Verträge und in sonst geeigneter Weise mit Erfolg einwirken läßt und ob eine derartige Maßnahme ohne wesentliche Schädigung fiskalischer und sonstiger berechtigter Interessen ausführbar erscheint.

Der „Vorwärts“ wirft die Frage auf: Ist dieser Erlaß vaterlands- und staatsfreundlich?

Zwei Ansichten stehen sich gegenüber. Die Ansicht der Kraut- und Schlotjunker geht dahin: Profit und Rente der wenigen Reichen sei Zweck des Staates. Diese „Patrioten“ führen die Worte „national“, „patriotisch“ stets im Munde und treten begeistert dafür ein, daß an Stelle der deutschen Arbeiter ausländische in Deutschland arbeiten und — mögen immerhin die deutschen Arbeiter verhungern oder auswandern. Diese Talmi-Patrioten und Sammlungsbrüder sind gewiß über den oben veröffentlichten Erlaß hocherfreut.

Die Ansicht der erwerbsthätigen und arbeitenden Bevölkerung ist grade entgegengesetzt. Sie meint, nicht die Höhe des Profits und der Rente der wenigen Reichen, sondern das Wohlergehen der Gesammtheit bestimme die Größe des Vaterlandes. Der Wohlfahrt des Vaterlandes handelt der zuwider, der den inländischen Arbeiter benachtheiligt oder gar die Schmutzkonkurrenz ausländischer Lohnsklaven noch künstlich steigert. Schon der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht verbietet das Verdrängen der inländischen durch ausländische Arbeiter. Eine Richtung, die die inländischen Arbeiter durch Konkurrenz von Ausländern benachtheiligt, greift die Grundlagen des Staates an. Wenn nun gar die Heranziehung ausländischer Arbeiter den reichsten Leuten im Lande noch billigeres und willigeres Arbeitermaterial verschafft, so ist die, wenngleich unbeabsichtigte Folge solcher Heranziehung eine jedes Kulturstaates unwürdige Unterstützung der krassesten Ausbeutung.

Die arbeitende Bevölkerung Deutschlands möge es sich daher angelegen sein lassen, über die gemeinschädlichen Versuche der Verdrängung deutscher Arbeiter durch ausländische ihre eigenen Genossen und die Gesammtheit der Arbeitsthätigen aufzuklären. Gebt am 16. Juni die Antwort auf die Pläne, Euch des Vaterlandes zu berauben! Führt der Sozialdemokratie neue Kämpfer zur Beschleunigung des Sieges der Arbeiter über das vaterlandslose Kapital zu!

Die „Voss. Ztg.“ bemerkt zu der Verfügung: „Von der amtlichen Empfehlung der Verwendung ausländischer Arbeiter ist vielleicht der Weg nicht allzu weit zu der von einzelnen Agrariern längst befürworteten Einführung von Kulis. Ob man die ausländischen Arbeiter in jedem Falle auch so leicht loswerden kann, wie man sie ruft, ist fraglich. Nur zu wahrscheinlich aber ist es, daß die Verfügung des Eisenbahnministers dazu führen wird, die Zahl der Arbeiterstimmen für die Sozialdemokratie zu vermehren.“

Die gesetzliche Gleichberechtigung der Arbeiter ist dem anmaßenden Schlotjunkerthum ein Greuel. Daher richten sie ihre Angriffe gegen alle Institutionen, die diese Gleichberechtigung zum Ausdruck bringen, z. B. gegen die Gewerbegerichte. Einen solchen Angriff von Seiten der „Deutschen Volksw. Korresp.“, einem ganz im Stumm'schen Geiste gehaltenen Unternehmerorgan, haben wir jüngst mitgetheilt. Die Zeitschrift „Das Gewerbegericht“ antwortet jetzt darauf mit wohlthuender Schärfe, indem sie besonders auch die sozialdemokratischen Beisitzer gegen den Vorwurf der Parteilichkeit bei der Rechtsprechung in Schutz nimmt:

„Wenn ohne jede Begründung und Beweis die Klagen über gewerbegerichtliche Urtheile, die von einseitig sozialdemokratischer Parteiauffassung beherrscht werden, wiederholt werden, so möchten wir doch darauf hinweisen, daß solche Klagen uns von keinem Gewerbegerichts-Vorsitzenden bisher bekannt geworden sind und daß auch unter den Urtheilen, die uns wohl in reicherer Fülle als irgend einer Stelle sonst in Deutschland zugehen, sich niemals solche gefunden haben, die einen derartigen Vorwurf rechtfertigen. Es ist diese Behauptung über die von sozialdemokratischer Parteiauffassung beherrschten, also parteiischen und deshalb ungerechten Urtheile eine Phrase ohne jeden Inhalt, die eine schwere Beleidigung der Gewerbegerichts-Vorsitzenden wie der Beisitzer enthält. Im Gegentheil, es ist das übereinstimmende Urtheil aller Gewerbegerichts-Vorsitzenden, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter in den Spruchsitzungen fast ausnahmslos sich lediglich als Richter und nicht als Parteimänner fühlen.“

Wie glücklich wären die Richter an den Strafgerichten zu preisen, wenn man von ihnen allen das Gleiche sagen könnte!

Der evangelisch-soziale Kongreß, eine aus der Stöcker'schen christlich-sozialen Partei hervorgegangene Vereinigung evangelischer Sozialpolitiker, hat in diesem Jahre Berlin zu seinem Versammlungsort gewählt. Aus den im Uebrigen nicht sonderlich interessanten Verhandlungen sei ein Vortrag des Professors Stieda-Leipzig über die Arbeiterorganisationen hervorgehoben. Der Vortragende erinnerte daran, daß nach der kaiserlichen Botschaft des Jahres 1881 und den Erlassen vom 4. Februar 1894 die sozialpolitische Weiterentwicklung neuerdings in's Stocken gerathen sei. Er hoffe jedoch trotzdem auf eine baldige Wiederaufnahme der sozialpolitischen Arbeiten, da dies auf die Dauer nicht zu umgehen sei. Die kaiserlichen Erlasse hätten angeregt, daß man bei Allem, was für die Arbeiter geschehen solle, diese selbst hören müsse. Dem sei s. Z. die Verwirklichung auf dem Fuße gefolgt, indem gesetzlich die Arbeiterausschüsse geregelt worden seien. Solche Arbeiterausschüsse könnten zweifellos als vermittelndes Organ zwischen den verschiedenen Interessen der Unternehmer und Arbeiter dienen und auf beiden Seiten die Schärfen mildern. Trotzdem halte der Redner die günstige Auffassung der Arbeiterausschüsse unter den deutschen Nationalökonomen für zu enthusiastisch. Die Unternehmer zeigen Abneigung gegen die Ausschüsse, die Arbeiter Gleichgültigkeit und Mißtrauen. Wo sie bestehen, verfallen sie einer ruhmlosen Vergessenheit. Man komme in den Ausschüssen selten über eine platonische Behandlung der Arbeiterverhältnisse hinaus. Denn der Unternehmer sei eben durch Nichts gehalten, die angeregten Verbesserungen auch durchzuführen. Die Ausschüsse seien z. B. bei Fragen der Lohnregulirung so gut wie ohnmächtig. Die Arbeiter müßten sich daher, um wirklich in die Gestaltung ihrer Verhältnisse eingreifen zu können, in Vereine zusammenschließen. Die Arbeitervereine leiden aber unter einer bedauernswerthen Rechtsunsicherheit und auch die gegenwärtige Regierung sei nicht geneigt, die Sicherheit der Rechtsstellung zu erhöhen. Der Grundzug aller Bedenken sei, daß die Gewerkschaften und dergleichen keine Institution des Friedens, sondern Kampforganisationen seien. Man fürchte, daß ihre Rechtssicherung der Sozialdemokratie dienen würde. Keine Friedensinstitutionen seien die Gewerkvereine allerdings nicht. In einem gewissen Gegensatz stehen nun einmal Unternehmer und Arbeiter; freiwillig verzichte das Kapital auf einen bisherigen Gewinn nicht. Deswegen seien Friktionen unvermeidlich. Das begründe aber noch nicht die ewige Angst vor den Gewerkschaften, denn es sei anzunehmen, daß die politische Organisation der Arbeiter in demselben Maße zurückgehen werde, wie sich die Arbeiter in Fachverbänden zusammenschließen. Endlich hielt der Vortragende die staatliche Errichtung von Arbeiterkammern für sehr wünschenswerth. Ebenso wie der Handel, die Landwirthschaft, das Handwerk, sollten auch die Arbeiter ihre legale Vertretung haben. Es handelte sich hierbei gar nicht um eine Institution, die ausschließlich im Interesse der Arbeiter liege, weil es auch für die Regierung und für die übrigen Gesellschaftsklassen wünschenswerth sei, die Ansichten der Arbeiter über Gesetzesvorschläge oder dergleichen kennen zu lernen.

Nach diesem Vortrage, der vieles Richtige mit einigem Falschen und Schlechten gemischt enthielt, sprach der National-Soziale Tischendörfer ebenfalls zu Gunsten der Arbeiterorganisationen. Sehr krauses Zeug brachte dagegen der Prof. Hans Delbrück, der Herausgeber der „Preuß. Jahrbücher“, zu Tage. Nach ihm bilde das Bestehen der Gewerkschaften eine ungeheure Gefahr für die Industrie, weil dies Bestehen den Anreiz zu allerlei Machtproben biete. In wie vielen Fällen die Arbeiterorganisationen den Ausbruch von Streiks verhindern, übersah der Herr Professor. Trotzdem will er aber den Arbeitern das Recht, sich zu vereinigen, nicht nehmen, weil dies doch einmal zu den modernen bürgerlichen Freiheiten gehöre. Dagegen würde Herr Delbrück, „um die Streikvereine etwas an den Zügel zu nehmen“, einen Sparzwang der Arbeiter für vortheilhaft halten, und zwar sollte bei Ausbruch eines Streiks das Gewerbegericht zu prüfen haben, ob der Streik gerecht oder ungerecht ist; wird er für ungerecht befunden, dann sollen die Auszahlungen aus den Sparbüchern für gesperrt erklärt und die Arbeiter dadurch der Mittel zur Durchführung ihres Streiks beraubt werden.

Damit wäre ja ein recht hübsches Mittelchen entdeckt, die den Unternehmern so unangenehmen Streiks zu hindern.

Den Einfluß der gewerblichen und landwirthschaftlichen Kinderarbeit auf die Jugenderziehung behandelte auf der in diesem Jahre in Breslau tagenden Deutschen Lehrerversammlung Herr Lehrer Fechner-Berlin in einem hochinteressanten Vortrage. Der Redner zeigte ein tiefgehendes soziales Verständniß für die Frage und trat auch mit Muth und Entschiedenheit für die Konsequenzen seiner Feststellungen ein, indem er ein scharfes Vorgehen der Lehrer gegen die Erwerbsarbeit der Kinder forderte. Die deutsche Lehrerschaft lege bei Behandlung dieser Frage den Finger in eine tiefe Wunde am Körper unserer Gesellschaft. Nach der Statistik würden in Deutschland eine Million Kinder zur Erwerbsarbeit herangezogen. In den Städten beziffere sich die Zahl der beschäftigten Kinder auf 12—13 pZt., auf dem Lande gar auf 25 pZt. aller Kinder. In den Industriezentren sei die Kinderausbeutung auf das Schlimmste ausgebildet, am ungünstigsten seien die in der Hausindustrie beschäftigten Kinder daran. Aber überaus verderblich wirken auch manche andere Arten der Beschäftigung von Kindern. So sei das Frühstückbrotaustragen in den großen Städten für die Sittlichkeit der Jugend so verderblich, daß die Bäckermeister in Berlin erklärt haben, sie können unmöglich ihre Lehrlinge, mit Rücksicht auf die damit verbundenen sittlichen Gefahren, noch ferner zum Frühstückaustragen verwenden. Trotzdem erkläre der Obermeister der Berliner Bäckerinnung, Herr Bernard (gegenwärtig konservativer Reichstagskandidat), die Bäcker könnten die Kinderarbeit nicht entbehren, während dieselben Bäckermeister bei anderer Gelegenheit behaupten, daß sie die Kinder nur aus „Humanität“ beschäftigten, um ihren armen Eltern einen Verdienst zuzuführen. Redner wandte sich dann auch mit scharfen Worten gegen die Kinderausbeutung in der Landwirthschaft. Die Landwirthschaft behaupte zu Unrecht, daß sie die Kinderarbeit nicht entbehren könne. Die Schule werde gleichmäßig bedroht durch „die Klerisei“, die wieder mittelalterliche Schulzustände einführen möchte, und „durch die Agrarier, die die Hörigkeit wieder einführen möchten“. Scharf trat der Redner auch den Aeußerungen des konservativen Abgeordneten Gamp und des ultramontanen Grafen Ballestrem zu Gunsten der Kinderarbeit entgegen. Gegen solche kulturfeindliche Bestrebungen protestire die deutsche Lehrerschaft. Die Lehrer müßten dagegen eintreten, daß den Kindern das geistige Brot noch mehr geschmälert werde. Auch die Lehrer wollten Arbeit für die Kinder, aber durch diese Arbeit solle ein Mittel geboten sein, die Kinder körperlich und geistig zu erziehen, und als solche Arbeit sähen die Lehrer die Schularbeit an. Vor Allem müsse den Kindern Zeit zur Bewegung in freier Luft gegeben werden. Die Lehrerschaft sei nicht dagegen, daß die Kinder zu häuslicher Hülfeleistungen verwendet werden aber sie sei Gegnerin der Kinderarbeit in der heutigen Form, für die zumeist die gegenwärtige soziale „Ordnung“ verantwortlich sei. In einer Zeit, wo Reichthum und Luxus in solcher Weise wachse, wie eben jetzt, in einer Zeit, wo die Maschine für Millionen Menschen arbeite, sei es im höchsten Maße verwerflich, die Kinder mit zu der Arbeit heranzuziehen, das sei wirklich kein gutes Zeugniß für unser Jahrhundert. Der Zusammenhang zwischen kriminellen Vergehen und Verbrechen der Jugend und gewerblicher Beschäftigung der Kinder werde immer mehr erkannt. Längst hätten daher die Sozialdemokraten das Verbot der Kinderarbeit in ihr Programm aufgenommen, und auch der internationale Arbeiterschutzkongreß in Zürich, auf dem auch sehr viele Nichtsozialdemokraten vertreten waren, habe diese Forderung zu der seinigen gemacht. Redner schloß unter lebhaftestem Beifall mit den Worten: „Wenn wir die uns anvertrauten Kinder für die Kultur erziehen wollen, dann müssen wir nicht nur Erzieher, sondern auch Kämpfer für unsere Kinder sein.“

In der Diskussion, die dem trefflichen Vortrag folgte, zeigten einige unserer Herren Volksbildner, daß ihnen zum Verständniß sozialer Fragen leider noch fast Alles fehlt. Besonders entrüstet über die Beleidigung „politischer Personen“, wie des Grafen Ballestrem, war ein Lehrer Ricke aus dem Breslauer Landkreise! Er sprach dem Referenten jede Kenntniß landwirthschaftlicher Verhältnisse ab und erklärte es für eine große Wohlthat, wenn die Kinder auf dem Lande des Nachmittags drei bis vier Stunden beschäftigt würden. Die Ausführungen des Referenten wurden dagegen energisch unterstützt durch den bekannten, um die Aufhebung der schmachvollen Kinderausbeutung und ihrer verderblichen Folgen sehr verdienten Lehrer Agahd aus Rixdorf-Berlin. Schließlich wurde eine Resolution des Referenten nahezu einstimmig angenommen, die sich in ihrem ersten Theile mit der Schilderung der verderblichen Wirkungen der gewerblichen Kinderarbeit in pädagogischer, moralischer, geistiger und körperlicher Beziehung beschäftigt und in ihrem Schlusse folgende nächstliegende Forderungen aufstellt:

a) Das Verbot jeder Beeinträchtigung des regelmäßigen Schulbesuchs durch Rücksichtnahme auf erwerbsmäßige Beschäftigung der Schulkinder, insbesondere Beseitigung der Hüteschulen, sowie solcher Dispensationen vom Schulbesuch, die im Interesse der Erwerbsthätigkeit geschehen.

b) Jede erwerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren ist zu verbieten.

c) Ebenso die Arbeit älterer Kinder Morgens vor Beginn der Schule, nach 6 Uhr Abends und an Sonntagen und jede Akkordarbeit.

d) Die Dauer der regelmäßigen täglichen Beschäftigung ist möglichst kurz zu bemessen, auch während der Ferien. Bei der Arbeit müssen diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit genommen werden, die durch das jugendliche Alter geboten sind.

e) Ganz zu verbieten ist: Hausiren, Beschäftigung in Wirthshäusern, bei Schaustellungen und bei Treibjagden.

f) Die staatliche Beaufsichtigung ist auch auf die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und in der Landwirthschaft auszudehnen.

Die deutsche Lehrerversammlung spricht weiter den lebhaften Wunsch aus, daß die kürzlich seitens der Reichsbehörden aufgenommene Statistik über die erwerbsmäßige Arbeit schulpflichtiger Kinder, unter vermehrter Berücksichtigung der Belastung der Kinder durch die Arbeit, in regelmäßigen Abständen wiederholt und auch auf die Arbeit in der Landwirthschaft ausgedehnt werde.

Die freie Konkurrenz in „monarchischer Gesinnung“. Nach Ansicht der Antisemiten sind die Juden „nicht würdig“, sich auf „monarchische Gesinnung“ zu berufen und sich „Deutsche“ zu nennen. Die antisemitischen „Patrioten“ werden nicht wenig erbost sein, folgende Berliner Meldung vom 1. Juni in den Zeitungen zu finden:

„In der heutigen ersten Sitzung der Generalversammlung des „Rabbinerverbandes in Deutschland“, die von 120 Mitgliedern besucht ist, stellte das Ausschußmitglied Rabbiner Dr. Rahmer-Magdeburg den Antrag auf Absendung eines Er-

gedenheitstelegramms an den deutschen Kaiser, in dem ausgesprochen wird, daß die Rabbiner Deutschlands es als ihre heiligste Pflicht und Aufgabe betrachten, von Kanzel und Katheder den ihrer Seelsorge anvertrauten Gemeinden die treueste Liebe zu Kaiser und Reich, die aufopferungsvollste Hingebung an das deutsche Vaterland und die Förderung aller nationalen Bestrebungen desselben einzuprägen. Der Antrag wurde mit Jubel einstimmig angenommen und das Telegramm sofort abgesandt."

Da hat die antisemitische Presse wieder Stoff zu etlichen Abhandlungen.

Neues Heil ist den Arbeitern zugedacht, d. h. nur den „königstreuen". Für sie wünschen gutgesinnte Blätter die Stiftung eines Ordens! Man weist darauf hin, daß in Sachsen etwas Aehnliches schon bestehe, eine Medaille an einem grünen Bande, die königstreuen Arbeitern nach dreißigjähriger Dienstzeit verliehen werde. Wenn jetzt der Deutsche Papier-Industrie-Verein auf Stiftung eines ähnlichen Ordenszeichens für Preußen hinarbeitet, so wird vermuthet, daß eine „höhere Anregung" dahintersteckt.

Selbstverständlich kann vernünftigen Menschen dieses Projekt nur zur Erheiterung dienen, speziell in Rücksicht auf die Thatsache, daß im deutschen Reiche auch republikanische Staatswesen existiren — Hamburg, Lübek, Bremen — wo man füglich selbst dem dümmsten Arbeiter nicht zumuthen kann, „königstreu" zu sein.

Die ultramontane „Köln. Volks-Ztg." erhebt gegen einen Orden „für königstreue Arbeiter" Bedenken. Sie meint: „Niemand hat einen Orden für königstreue Kaufleute, Aerzte, Rentiers oder Handwerker vorgeschlagen; man sieht in diesen Kreisen die Königstreue nicht als etwas so sehr Bemerkenswerthes, sondern als etwas ganz Selbstverständliches an. Ein Orden für königstreue Arbeiter könnte leicht den Anschein erwecken, als ob in Arbeiterkreisen die Königstreue eine so außergewöhnliche, fast anormale Erscheinung sei, daß sie besonders belohnt werden müßte. Deshalb wäre leicht anzunehmen, daß die Sozialdemokratie eine solche Ordensstiftung als eine ihr erwiesene Huldigung auffaßte. Vielleicht käme man dann auch noch zur Stiftung eines Ordens für königstreue Redaktöre, der allen verliehen werden könnte, die in Herrn von Miquel Deutschlands politischen Mohammed — den „wahren Propheten" — erblickten."

Wie wär's aber doch so hübsch, wenn jeder „königstreue" Mann im Reich sich allzeit als solcher kenntlich machen könnte durch Anlegung des Ordens für das „Verdienst monarchischer Gesinnung"!

Zur Auslegung des Vereinsrechtes hat das preußische Oberverwaltungsgericht durch Erkenntniß vom 1. Februar d. J. nachstehende für die Allgemeinheit wichtige Rechtsgrundsätze aufgestellt: „Die Bestimmungen über die Polizeistunde gelten auch für die Versammlungen von Vereinen, da diese den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften unterliegen. In der Anwendung der Polizeistunde auf die Vereinsversammlungen ist also eine unzulässige Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts nicht zu finden. Es kann sich nur fragen, ob zu Schanklokalen gehörige Räume durch ihre Ueberlassung an Vereine zeitweilig den Karakter der Oeffentlichkeit verlieren. Die Ueberlassung an Vereine kann nur dann diese Folgen haben, wenn die Versammlungen der Vereine als geschlossene Gesellschaften zu betrachten sind."

Eine neue Standesinteressen-Vertretung beabsichtigt die preußische Regierung in's Leben zu rufen, und zwar soll es sich hierbei der „Pharm. Ztg." zufolge um Errichtung von Apothekerkammern nach dem Vorbilde der Aerztekammern handeln. In Sachsen, Baiern, Württemberg, Baden und Hessen bestehen bereits Standesorganisationen für die Apotheker. Die Vorarbeiten zu der neuen Standesvertretung sind bereits im Gange.

Statt an die wichtige Frage der Verstaatlichung der Apotheken zwecks Beseitigung des Arzeneiwuchers zu gehen, giebt man den Apotheker-Privilegien eine festere Grundlage.

Die Rechtsunsicherheit der Presse in Deutschland wird nachgrade auch den bürgerlichen Journalisten unheimlich. Auf dem in Wien tagenden deutschen Schriftsteller- und Journalistentag referirte Monsignore Knab (München) über eine Reihe von Mißständen des gerichtlichen Verfahrens gegenüber der deutschen Presse. In erster Linie erörterte der Referent in eingehender Weise die Anwendung des ambulanten Gerichtsstandes in Deutschland, durch welchen Angehörige der Presse vom Chefredaktör abwärts bis zum Setzerlehrling in die Gefahr kommen, vor jedem beliebigen Gerichte zur Verantwortung gezogen werden zu können. Er verlangt ferner eine Abänderung der Bestimmungen des Berichtigungs-Verfahrens in der Weise, daß zumindest solche Berichtigungen sollen abgelehnt werden können, welche sich als effektiv unwahr darstellen. Ein Krebsschaden des Gerichtswesens sei ferner der Zeugnißzwang. Nicht weniger bedenklich sei die Aufhebung der Verjährungsfrist. Monsignore Knab streift ferner die Härten beim Strafvollzug und bezeichnet es als nicht gerecht, daß ein Mann, der lediglich seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben hat, gleich einem gemeinen Verbrecher behandelt wird. Insbesondere sei jedoch in Deutschland eine Praxis eingetreten, gegen welche der Kampf mit aller Energie aufgenommen werden muß. Es sei dies die Anwendung des Groben Unfugs-Paragraphen auf die Presse. Redner erklärte: „Wir Schriftsteller wollen kein Privilegium für uns haben, wir wollen nur die Aufhebung einer gegen uns gerichteten Ausnahmegesetzgebung, welche der modernen Zeit zur Schande gereicht." Er beantragte schließlich folgende Resolution:

„Der Delegirtentag anerkennt, es sei in Wahrung seiner Berufs- und Standesinteressen und in Vertheidigung der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichberechtigung aller Staatsbürger, sowie des Rechtes der freien Meinungsäußerung mit allen gesetzlichen Mitteln in ruhiger Ausdauer der Kampf gegen die Weiterentwicklung einer Rechtsprechung, welche nach und nach auf Grund unklarer und dehnbarer gesetzlicher Bestimmungen gegen die deutsche Presse eine vielgestaltige Ausnahme-Gesetzgebung schafft, wie eine solche anderen Berufskreisen und Staatsbürgern gegenüber nicht besteht und nicht angestrebt wird, fortzusetzen."

Dahms („Berliner Presse") empfahl, gegen diese Ausnahmegesetze eine Petition an den deutschen Reichstag zu richten.

Die Anträge der Herren Monsignore Knab und Dahms wurden sodann in namentlicher Abstimmung einhellig angenommen. Hans Kastner (München) empfahl hierauf Namens des Münchener Journalisten- und Schriftsteller-Vereins folgenden Antrag: „Jeder Versuch, die Presse zum Gegenstande fiskalischer Maßnahmen zu machen, ist sowohl im Hinblicke auf die Nothwendigkeit der Wahrung ihrer Freiheit, als auch im Interesse des Volkes, dem ein unentbehrliches Bildungs- und Verkehrsmittel nicht vertheuert werden darf, und nicht zuletzt mit Rücksicht auf die wirthschaftlichen Existenzbedingungen der Journalisten energisch zurückzuweisen."

Im österreichischen Abgeordnetenhause kam es auch am Schluß der Donnerstagssitzung wieder zu stürmischen Szenen. Sylvester fragte den Präsidenten, ob es richtig sei, daß in Folge des außerparlamentarischen Einschreitens der Präsident die Weglassung der Zwischenrufe im stenographischen Protokoll angeordnet habe. Der Präsident erwiderte, daß er diese Anordnung gleich dem früheren Präsidenten Chlumecki getroffen habe. Es sei ein „wahrer Skandal", daß solche Zwischenrufe, wie die gestrigen, in den Blättern erscheinen; darunter leide das Ansehen und die Autorität des Parlamentes. Wolf beschwerte sich, daß in der Delegation der Kriegsminister die Anfragen erst am Sitzungsschlusse beantwortet habe. „Wir werden uns dagegen verwahren," sagte der Redner, „daß dieser Mißbrauch, wie er im Taubstummeninstitut der Delegationen eingerissen ist, auch hier einreiße." Der Präsident ruft Wolf zur Ordnung. Wolf: „Schonen Sie die Glocke; Sie als Präsident sollten ein Interesse daran haben, die Untersuchung dieser Sache zu fördern." Wolf verwies dann auf die gestrige Interpellation wegen der Ernennung Gleispachs. Graf Thun hätte fühlen können, welche unendliche Beschimpfung der Deutschen diese Ernennung in sich schließe. So lange Thun die Interpellation nicht beantworte, sei an einen ruhigen Fortgang der parlamentarischen Verhandlungen nicht zu denken. Wolf fragte schließlich den Präsidenten, ob er Thun nahelegen wolle, daß die Beantwortung der Anfrage wegen Gleispachs eine Staatsnothwendigkeit ersten Ranges sei. (Gelächter rechts.) Wolf wandte sich dann noch gegen die Jungtschechen und warf ihnen „erbärmliche politische Niedrigkeit" vor. Damit war der Zwischenfall beendigt.

Einen niederträchtigen Verleumdungsfeldzug haben die österreichischen Christlich-Sozialen (Antisemiten) gegen den sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten Cingr in's Werk gesetzt, sind damit aber schließlich abgefallen. Schon vor einigen Jahren wurde gegen Genossen Cingr die Anzeige erstattet, daß er Gelder des Fachvereins der Bergarbeiter, dessen Obmann er war, veruntreut habe. Wochenlang saß Genosse Cingr unter dem schimpflichen Verdacht in Untersuchungshaft. Jeder Kreuzer, den er eingenommen, wurde nachgerechnet, die Bücher des Vereins genau geprüft. Endlich wurde Genosse Cingr aus der Haft entlassen und das Strafverfahren gegen ihn eingestellt. Die Untersuchung hatte ergeben, daß kein Kreuzer von ihm veruntreut worden war. Das Vertrauen der Bergarbeiter zu ihm war befestigt, und bei den vorjährigen Wahlen wurde er aus der fünften Kurie von den Bergarbeitern zum Abgeordneten gewählt. Jetzt setzten die Verdächtigungen, die längere Zeit geruht hatten, wieder ein. In Flugschriften und Versammlungen wurde das Märchen von den Arbeitergroschen, die Genosse Cingr veruntreut habe, immer wieder aufgetischt, und als Genosse Cingr den Verfasser einer solchen Broschüre, den christlich-sozialen Kapitalisten-söldling Lukascik, vor die Geschworenen schleppte, da erklärten die Geschworenen, Genosse Cingr sei gar nicht beleidigt worden, und sprachen den Verleumder frei. Die christlich-soziale Presse log das Verdikt der Geschworenen dahin um, Lukascik sei freigesprochen worden, weil er den Wahrheitsbeweis erbrachte. Vor zahlreichen Gerichten mußte Genosse Cingr erst in der letzten Zeit gegen solche Verleumder, die diese Behauptungen wiederholt hatten, seine Ehre vertheidigen. Vor einiger Zeit wurde an das Bezirksgericht Mährisch-Ostrau wieder eine anonyme Anzeige gerichtet, worin die alten Lügen gegen Cingr neuerlich vorgebracht wurden. Das Bezirksgericht suchte auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim Parlament um die Auslieferung des Genossen Cingr nach. Dieser ersuchte in der Sitzung vom 17. November 1897 das Haus, seine Auslieferung sofort zu beschließen, damit er „ungesäumt in die Lage komme, dem häßlichen Verleumder die Maske vom Gesichte zu reißen und seine Ehre wieder reinzuwaschen". Die Auslieferung wurde einstimmig beschlossen. Jetzt hat nun das Abgeordnetenhaus die Mittheilung erhalten, daß das Strafverfahren gegen den Abgeordneten Cingr mangels eines strafbaren Thatbestandes eingestellt wurde. Damit ist klar ausgesprochen, daß alle Vorwürfe der Christlich-Sozialen eitel Lüge und Verleumdung waren. Genosse Cingr ist rein von dem Verdachte, Arbeitergeld angegriffen zu haben, er ist des Vertrauens, das die Genossen in ihn gesetzt, als sie ihn zum Abgeordneten wählten, würdig. Der christlich-sozialen Verleumderbrut ist damit hoffentlich endlich der Mund gestopft.

---

r. **Aus der Schweiz.** Im Kasino Außersihl in Zürich fand am Dienstag Abend eine sehr gut besuchte Protestversammlung in Sachen der Italienerauslieferung statt. Nach vorzüglichen und mit Beifall aufgenommenen Referaten der Genossen Greulich und Lang gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die von der Arbeiterunion Zürich einberufene, am 31. Mai im Kasino Außersihl tagende Versammlung von Schweizerbürgern, in Kenntniß folgender Thatsachen: 1) Sonntag, den 15. Mai, Nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, wurden drei Personenwagen voll italienischer Arbeiter unter Begleitung einer Kompagnie des Tessiner Bataillons 96 zwangsweise über die Grenze südlich von Chiasso geführt und dort direkt starker italienischer Militärmacht übergeben; 2) auf eine Interpellation erklärte Regierungspräsident Curti dem Tessiner Großen Rath, diese Uebergabe sei durch ein Telegramm des Bundesrathes angeordnet worden; 3) im Gebiet von Como herrschte der Belagerungszustand, die Ausgelieferten kamen also direkt in die Hände des Kriegsgerichts; protestirt gegen diese Unthat, die, in der Schweizergeschichte unerhört, den schweizerischen Traditionen der Neutralität und des Asylrechts in's Gesicht schlägt und zugleich eine schwere Verletzung des Bundesgesetzes betreffend die Auslieferung gegenüber dem Auslande vom 22. Januar 1892 ist. Die Versammlung weiß sich in ihrem Protest gegen diese schändliche Preisgabe der heiligsten Institutionen der Schweiz einig mit allen Schweizerbürgern, die — ohne Unterschied der Partei — gemäß der Bundesverfassung die Einheit, Kraft und Ehre der Eidgenossenschaft ungekränkt erhalten wollen. Die Versammlung sieht in der Bundesanwaltschaft und der mit ihr verbundenen politischen Polizei einen Widerspruch mit den demokratischen Einrichtungen und deren ständige Gefährdung und sie verlangt daher energisch ihre Beseitigung." — In Genf nahm eine Protestversammlung eine ähnliche Resolution an, die insbesondere auch die Abschaffung der politischen Polizei und der Bundesanwaltschaft fordert.

In Belgien finden am Sonntag die Wahlen zu den Provinzialräthen statt. Der Kampf wird ein ebenso erbitterter zwischen Sozialisten, Klerikalen und Liberalen werden, wie bei den Kammerwahlen, denn die Provinzialräthe Belgiens sind nicht nur Verwaltungsbehörden, denen die Gemeinden, die Schulen, die Wegebauten und öffentlichen Einrichtungen jeder Provinz unterstehen, sondern auch Körperschaften von großem politischen Einflusse; ihnen steht das Vorschlagsrecht bei der Besetzung der Richterstellen an den Appellhöfen des Landes zu; sie haben das Recht, eine bestimmte Anzahl Bürger nach freier Wahl zu Mitgliedern des Senats zu ernennen. Bei den diesjährigen Wahlen kommt zum ersten Male das neue urreaktionäre Wahlgesetz zur Anwendung. Nur, wer mindestens 30 Jahre alt ist, hat eine Wahlstimme; wer Grundbesitz hat, oder höhere Steuern zahlt oder akademisch gebildet ist, hat zwei oder drei Wahlstimmen. Die Wahlen erfolgen gleich auf acht Jahre, „um dem Lande die vielen Wahlaufregungen zu ersparen"; es werden daher Provinzialräthe und Ersatzmänner gewählt; überdies wird immer nur die Hälfte der Provinzialräthe neu gewählt. Außerdem schafft dieses Gesetz neue Wahlkreise. Von den neun Provinzialräthen des Landes sind schon heute sechs in den Händen der katholischen Partei, und zwar die Provinzialräthe der Provinzen Antwerpen, Ostflandern, Westflandern, Limburg, Luxemburg und Namur. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Liberalen und Sozialisten einen dieser Provinzialräthe sich erobern werden. Nur drei Provinzialräthe, die der Provinzen Brabant, Hennegau und Lüttich, haben eine liberal-sozialistische Mehrheit. Soweit sich die Sachlage übersehen läßt, ist die liberal-sozialistische Mehrheit in den beiden Industrie-Provinzen Hennegau und Lüttich, in denen die Arbeitermassen einen mit entscheidenden Einfluß geltend machen können, nicht gefährdet. Ganz anders aber ist die Lage in Brabant, zu dem Brüssel gehört, und im Wahlkreise Brüssel erhebt sich ein gewaltiger klerikaler Ansturm, um den Brabanter Provinzialrath für die katholische Partei zu erobern. Dieser Provinzialrath hat nur eine aus zwei Stimmen bestehende liberal-sozialistische Mehrheit, die sehr gefährdet erscheint. Nun hätte man denken sollen, daß die Brüsseler Liberalen nach den trüben Erfahrungen bei den Kammerwahlen jetzt geschlossen vorgehen würden, um sich wenigstens diesen Provinzialrath zu sichern, aber weit gefehlt: Die Fortschrittler hatten Unterhandlungen eingeleitet, um eine gemeinsame liberal-sozialistische Kandidatenliste für den Wahlkreis Brüssel aufstellen zu können, aber die gemäßigt Liberalen lehnten es rundweg ab, mit den Sozialisten zusammenzugehen und die Sozialisten wiesen ein Wahlbündniß mit den gemäßigten Liberalen ab. Um den Besitz des Brabanter Provinzialrathes dreht sich somit am Sonntag der Hauptwahlkampf; die Liberalen werden es ihrer wachsenden Zerfahrenheit zuzuschreiben haben, wenn sie auch aus diesem wichtigsten Provinzialrathe verdrängt werden.

Polizei-„Reformen" in Rußland. Aus Warschau wird gemeldet: Auf Anordnung des Generalgouvernörs wurde eine Kommission eingesetzt zur Revision der bestehenden Verordnungen über die Polizei des Zarthums Polen und der Reglements vom Jahre 1867, betreffend die polizeiliche Beaufsichtigung kompromittirter Personen. Ferner soll die Kommission ein Programm für den polnischen Sprachunterricht in den mittleren und unteren Lehranstalten des Zarthums Polen ausarbeiten.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm einen Gesetzentwurf an, betreffend die Kriegskredite. Die Höhe derselben beläuft sich auf 17 845 000 Dollars, einschließlich 10 Millionen für die Marine. Auf die Anfrage eines Deputirten erklärte der Vorsitzende der Finanzkommission, die Kriegskosten würden sich auf ungefähr 600 Millionen Dollars belaufen, wenn der Krieg ein Jahr dauern würde.

Das Kriegsdepartement charterte noch einige weitere Schiffe für den Transport der kubanischen Invasionsarmee. Die Transportflotte besteht jetzt aus 30 Schiffen, die insgesammt 30 000 Mann befördern können. Bis jetzt sind über 124 000 Freiwillige angeworben worden.

Ein zweiter Truppentransport wird am 10. d. von San Franzisko nach den Philippinen abgehen.

Ueber Port Antonio von Schleys Geschwader nach New-York gelangte Nachrichten besagen, der Dynamitkreuzer „Vesuvius" gehe nach Santiago, um die Minen im dortigen Hafeneingange zu zerstören. Nach weiteren Depeschen aus Port Antonio ist Admiral Schley von dem Marinedepartement benachrichtigt worden, daß des Schlachtschiff „Oregon", der Kreuzer „New-York", ein anderer Kreuzer und 2 Kohlenschiffe nach Santiago gesandt werden würden.

Eine Depesche der „Evening World" aus Port au Prince meldet: Das amerikanische Geschwader erneute am 2. d. M. den Angriff auf die Forts von Santiago. Gleichzeitig griffen 3000 Aufständische die Stadt Santiago an. Ein heftiger Kampf sei im Gange.

Der spanische Marineminister erwiderte auf eine Anfrage, betr. das Gerücht, Admiral Cervera sei während des Seegefechtes bei Santiago nicht dort gewesen, daß Cervera die Operationen selbst von Bord der „Christobol Colon" aus leitete, wo er seine Flagge gehißt hatte.

Nach spanischen Privatmeldungen sind die Befestigungen an der Einfahrt zur Bucht von Santiago mit schweren Geschützen vom Kreuzer „Reina Mercedes" armirt, der wegen Unbrauchbarkeit seiner Kessel in einen Ponton umgewandelt wurde,

Ueber den neuen Angriff auf Santiago meldet der „Lok.-Anz.": Zahlreiche Granaten platzten in Santiago selbst und verursachten großen Schaden. Die Marinetruppen legten im Kanal neue Seeminen. Mehrere alte Schiffe sind versenkt worden, um die Einfahrt zu sperren. 3000 Insurgenten rücken unter Garcia von Camporeal San Antonio und El Caney heran. In der Stadt herrscht eine Panik.

Uebereinstimmend mit anderen Meldungen erhält die „Voss. Ztg." folgendes Privattelegramm aus New-York: Zuverlässigen Meldungen zufolge griff das amerikanische Geschwader im Verein mit den Aufständischen am 2. Juni Santiago an. Eine Schlacht ist im Gange. Sampson befehligt das Geschwader. Die Aufständischen haben schwere Geschütze, die die Expedition von Key West vorige Woche gelandet hat. Der Angriff bezweckt die Einnahme von Santiago.

Der Pariser „Gaulois" verbreitet folgende verblüffende Alarmnachricht, die er aus erster spanischer Quelle erfahren haben will: Admiral Villamil wurde mit einem ziemlich werthlosen Geschwader nach Kuba geschickt und schloß sich in Santiago ein; Cervera umschiffte von den Kapverdischen Inseln aus das Kap der guten Hoffnung und hielt graden Weges auf die Philippinen, wo er morgen oder übermorgen fällig ist. Er wird dann in der Bucht von Manila unversehens die Dewey'sche Flotte überfallen. Admiral Camara wird mit seinem Geschwader aus Cadix gleichfalls nach den Philippinen segeln. Die spanische Regierung will dort alle Anstrengungen machen. Kuba, glaubt sie, könne sich selbst vertheidigen und brauche zunächst keinen Ersatz aus dem Mutterlande.

Ueber die mit großem Eifer betriebenen Seekriegsrüstungen der Vereinigten Staaten wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Drei neue Schlachtschiffe sollen auf Stapel gelegt werden. Eine besondere Eigenart dieser Schiffe bilden die beiden aufeinander gestellten schweren Geschütz-Doppelthürme, in denen je zwei 33 cm-Geschütze mit je zwei 20 cm-Geschützen gekuppelt untergebracht sind. Außer den drei neuen Schlachtschiffen ist der Bau von 100 Torpedobootszerstörern und Torpedobooten beschlossen. Die Torpedoboote sollen in 90 Tagen abgeliefert werden.

Hamburger Neuigkeiten.

Hamburg, 3. Juni.

Die „Ordnungsparteien" geben sich alle erdenkliche Mühe, den „Ordnungskarren" in ein lebhaftes Tempo zu bringen. Jetzt leitartikelt auch das „Fremdenblatt" über die Reichstagswahl und meint: „Es gilt vor allen Dingen im lokalen Interesse, mit Hülfe der anderen bürgerlichen Parteien die bisherige Uebermacht der Sozialdemokratie zu Fall zu bringen. Es darf und soll nicht mehr von der ersten Handelsstadt Deutschlands und des Kontinents gesagt werden, daß sie unfähig ist, einen Vertreter ihrer eigensten Interessen in den Reichstag zu senden. Bei Anstrengung aller Kräfte, in unermüdlicher Heranziehung aller Wähler, die die Vertretung Hamburgs durch Sozialdemokraten als eine Blamage empfinden, wird es gelingen, den endlichen Sieg zu erfechten. Und dieser Sieg wird auch das gesammte deutsche liberale Volksthum im Kampfe gegen die junkerlichen und agrarischen Parteien stärken, welche einen verhängnißvollen Einfluß auf die gesammte innere Politik Deutschlands erstreben, denn ihre Bestrebungen gelten nicht dem Gesammtwohl des Volkes, sondern nur ihren speziellen Interessen, welche namentlich auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs den Interessen des Volkes schnurstracks entgegenlaufen. Dieser agrarischen Partei schließen sich auch die Antisemiten an und so gilt es also bei der bevorstehenden Reichstagswahl drei Gegner zu besiegen: die Agrarier, die Antisemiten und die Sozialdemokraten. Will man dieses hohe Ziel aber erreichen, so müssen die Liberalen aller Schattirungen alle ihre Kräfte aufbieten, und wenn sie auch die erste Schlacht getrennt schlagen, in der etwaigen Entscheidungsschlacht am Stichwahltage einmüthig und fest zusammenhalten und eine gemeinsame Taktik befolgen. Hier in Hamburg liegt diese Taktik sehr einfach. Da die „Hochburg der Sozialdemokraten", wie unsere Gegner übermüthig unsere Vaterstadt Hamburg nennen, nicht auf einen Streich den Sozialdemokraten entrissen werden kann, so gilt es vorerst für den 16. Juni alle liberalen Stimmen zu sammeln. Die rechtsstehenden Liberalen wollen sich um das Banner des Reichstagswahlvereins schaaren, die linksstehenden müssen Dasselbe thun, indem sie die von der Volkspartei und dem Liberalen Verein nominirten Kandidaten auf den Schild heben. Wenn nicht nur Jeder seine Stimme in die Wahlurne legt, sondern auch seine ganze Persönlichkeit, seinen ganzen Einfluß in die Wagschale wirft, um die fernstehenden und lauen Wähler im entscheidenden Augenblick heranzuziehen, dann muß es gelingen, eine so imposante Stimmenzahl für die Liberalen zu werben, daß man mit frohem Muthe den Kampf in der Stichwahl für diejenigen bürgerlichen Kandidaten beginnen kann, auf welche sich die Mehrzahl der bürgerlichen Wahlstimmen vereinigt haben. Allen schwachmüthigen und lauen Wählern kann es nicht eindringlich genug gesagt werden, daß von sogenannten Zählkandidaturen bei dieser Wahl nicht die Rede ist, sondern daß es einen ernsten Kampf mit der guten Hoffnung auf Erfolg gilt, zu welchem jeder Wähler sein Theil beitragen kann. Deshalb müssen alle Reibereien und Verhetzungen vermieden werden. Die einzige Parole im Wahlkampfe muß lauten: Schafft Stimmen herbei gegen die Agrarier, gegen die Antisemiten und gegen die Sozialdemokratie!"

Ja, bedenkt das „Fremdenblatt" gar nicht, daß auch die Antisemiten zum „Ordnungsbrei" gehören und daß ohne ihre Hülfe selbst eine Stichwahl von vornherein für den „Ordnungskandidaten" aussichtslos sein würde?! Stößt man die Genossen des Herrn Raab vor den Kopf, wie es das „Fremdenbl." thut, dann bekommt man den „Ordnungsbrei" niemals beisammen.

Weit vorsichtiger ist deshalb der „Hamb. Corresp.", der ermahnt, daß die antisozialistischen Parteien sich untereinander nicht befehden dürfen, damit Liberale, Agrarier, Freisinnige, Antisemiten u. s. w. im gegebenen Augenblick nur um so inniger zum „Ordnungsbrei" zusammenfließen.

Der dritte Freisinnskandidat ist nun gefunden. Nachdem die männliche Linie den zweiten und dritten Kreis besetzt hat, ist es auch der weiblichen Linie gelungen, für den ihr zugetheilten ersten Kreis einen Kandidaten zu finden. Nachdem Dr. Barth und Hagen ausgeschieden, ist Herr Kaufmann Pfeiffer dazu ausersehen, in diesem Kreise als Wahlkandidat zu figuriren. Derselbe war bisher zweiter Vorsitzender des liberalen Vereins. — Am Mittwoch wird in Sagebiels Saal eine von freisinniger Seite einberufene Wählerversammlung stattfinden, die auch den Angehörigen anderer Parteien zugänglich sein soll. Die Redezeit wird jedoch beschränkt sein.

Regulirung der Beamtengehälter der Hamburger Zollverwaltung. Am Sonnabend Abend ist der erste Bericht des von der Bürgerschaft am 20. Oktober 1897 niedergesetzten Ausschusses zur Prüfung der Position 1 und des übrig bleibenden Theils von Position 5 des Senatsantrages Nr. 160 von 1897, betreffend die Regulirung der Beamtengehälter der Hamburgischen Zollverwaltung, sowie zur Prüfung der Frage über die Höhe der für die Zollbeamten bestimmt gewesenen, jedoch unverwendet gebliebenen Gehaltsbeträge, erschienen. Der Bericht befaßt sich im Wesentlichen mit der Gehaltsregulirung; über die Frage der „unverwendet gebliebenen Gehaltsbeträge" behält sich der Ausschuß einen zweiten Bericht vor. Der Ausschuß hat verschiedene Aenderungen an der Senatsvorlage vorgenommen. Bezüglich der Gehälter, hat der Ausschuß die Gehaltssätze der Senatsvorlage hinsichtlich der Hauptzollkassenkontroleurs, der Oberzollrevisoren, der Hauptzollkassenrendanten, der Oberzollinspektoren unverändert gelassen. Hinsichtlich der übrigen Beamten stellt sich die Sache so:

	Bisheriges Gehalt M.	Antrag des Ausschusses M.	Das Höchstgehalt wird erreicht nach d. Vorschlägen des Ausschusses in
Kassen- u. Amtsdiener	1150-1500	1200-1600	15 Jahren
Heizer	1150-1300	1300-1700	15 „
Zollbootsleute	1150-1300	1400-1800	15 „
Aufseher	1350-1800	1600-2000	15 „
Maschinisten	1500-1800	1700-2500	15 „
Assistenten II. Klasse	1800-2800	2100-3000	15 „
Assistenten I. Klasse	2100-3800	2200-4000	18 „
Oberzollmaschinist	2100-3800	3000-4000	15 „
Oberkontrolöre	3300-4200	3400-4800	15 „
Hauptamtskontrolör	3600-4000	3400-5200	18 „
Revisionsinspektoren	3900-4500	3700-5200	18 „
Büreauassistenten und Kanzlisten	1500-2500	2100-3000	15 „
Büreaubeamten II. Kl.	2200-3000	2200-4000	18 „
Büreaubeamten I. Kl.	3000-4500	3400-5200	18 „
Büreaubeamten f. das Rechnungswesen, f. Expeditions- und Kanzleiwesen	—	5000-5600	15 „

Konkursverfahren. Ueber das Vermögen des Radfahrlehrers Hermann Guillaume Kronenwerth und dessen Ehefrau, Putz- und Modewaarenhändlerin Amanda Ludewika Wilhelmine, geborenen Oeters, in (nicht eingetragener) Firma Amanda Oeters, An der Bürgerweide 82, ist am 2. d. M., Nachmittags 3½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Buchhalter P. Woldemar Möller, Neuerwall 72, ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 16. Juli 1898 bei dem Gerichte anzumelden. — Das Konkursverfahren über das Vermögen der Auguste Ernestine, geborenen Becker, des Johann Hinrich Borgmann Wittwe, alleinigen Inhaberin der Firma Bargstedt & Borgmann; das Konkursverfahren über das Vermögen des Knabengarderobenhändlers Leopold Elkeles; das Konkursverfahren über das Vermögen des Hausmaklers Johann Christian Gustav Heins, in Firma Gustav Heins; das Konkursverfahren über das Vermögen des Wein- und Spirituosenhändlers Walther Heinrich Albert Hinsch ist aufgehoben. — In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Delikatessen- und Fettwaarenhändlers Joachim Christian Wilhelm Vegeest ist Termin bezw. Schlußtermin auf Dienstag, 28. d. M., Vormittags 11¼ Uhr; in dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wäsche-, Wollwaaren- und Putzhändlers Julius Goldmann ist Termin bezw. Schlußtermin auf Dienstag, 28. Juni, Vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgerichte hierselbst, Dammthorstraße 10, 3. Stock, links, Zimmer Nr. 56, bestimmt.

Der Hamburger Verein zur Errichtung von Sanitätswachen hatte in seiner Sanitätswache Nr. 1, St. Pauli, am Millernthor-Glacis, neben Feuerwache Nr. 3, im Monat Mai d. J. eine Frequenz von 65 Gesammtfällen zu verzeichnen. Von diesen betrafen 42 chirurgische und 23 innerliche Behandlungen. Innerhalb der Wache wurde 38, außerhalb derselben 27 erkrankten Personen die erste ärztliche Hülfe zu Theil. Von den 65 Patienten hatten ihr Domizil: 27 in der Neustadt, 23 in St. Pauli, 7 in Altona, 2 in Eimsbüttel, 1 in der Altstadt, 1 in St. Georg, 1 in Barmbek, 1 in Billwärder Ausschlag, 1 auf dem Schiff und 1 auswärts. — Die Wache ist von Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr ununterbrochen geöffnet. Während dieser Zeit wird auch in der Wohnung der Erkrankten jedem Rufe nach ärztlicher Hülfe Folge geleistet und in momentanem Behinderungsfalle des diensthabenden Arztes ein Nachweis von Aerzten und Hebammen ertheilt.

Verkauf von altem Akten- und Listenmaterial der Kai-Verwaltung zum sofortigen Einstampfen. Eine theils auf dem Boden des Hauptbüreaus, des Bahnbüreaus, des Sammelschuppenbüreaus an der Meyerstraße und im Büreau auf dem Südbahnhof — linkselbisch — lagernde Quantität ausgesonderter Akten und Listen der Kai-Verwaltung soll im Lizitationswege käuflich überlassen werden, mit der Maßgabe, daß der Käufer verpflichtet ist, dieses Material innerhalb 4 Tage nach erhaltenem Zuschlage in Empfang zu nehmen und alsdann sofort einzustampfen oder sonst zu vernichten, ohne vorher Jemandem davon Durchsicht zu gestatten, bei Vermeidung einer Konventionalstrafe in Höhe des doppelten Betrages des Gesammtkaufpreises. Kaufliebhaber können das Material werktäglich von Morgens 8 Uhr bis Nachmittags 1 Uhr in Augenschein nehmen und haben sich deswegen in der Material-Verwaltung an der Hübenerstraße zu melden.

Zirkus Albert Schumann. Die Sonnabend-Vorstellung bringt zwei hervorragende Novitäten. An Stelle der ausgeschiedenen sechs Geschwister Daineffs ist der Springkünstler, der Amerikaner John Higgins, der in letzter Zeit in Wien Aufsehen erregte, für ein kurzes Gastspiel gewonnen worden. Dieser Springkünstler steht ohne Rivalen da. Seine Leistungen sind bisher unübertroffen, und werden auch wohl kaum jemals erreicht werden. Frei über ein Pferd hinwegzusetzen, ist für Higgings eine Spielerei; er springt aber schließlich über eine Droschke mit vollständig geschlossenem Verdeck, d. h. frei, nicht etwa mit Hülfe einer Stange. Das Auftreten Mr. John Higgings wird in Hamburg jedenfalls eine gleich große Anziehungskraft auf das Publikum ausüben, wie in Wien, was im Interesse des Direktors Schumann nur zu wünschen wäre, denn dieses Gastspiel dürfte gewiß große Opfer erfordern. Ferner wird das Publikum am Sonnabend durch ein neues, höchst originelles Ballet überrascht werden. Es heißt: „La Gavotte viennoise" oder das „singende Ballet." Wenn die Solotänzerin Fräulein Bertha Happé und das Korps de Ballet die Kunst des Gesanges in gleichem Maße auszuüben verstehen, wie die göttliche Gabe Terpsichorens, so dürfte das Repertoire der nächsten Zeit auch hierdurch um eine sensationelle Nummer bereichert sein, zumal auch ebenso reiche, wie originelle Phantasie-Kostüme für die Gavotte neu geschaffen sind.

w. **Vom Hafen und von der Schifffahrt.** Der Postdampfer „Patagonia" ging gestern von hier nach Brasilien ab. — Heute Morgen verließ der Dampfer „Corrientes", nach Südamerika abgehend, und der Dampfer „Taquary", nach Argentinien abgehend, den hiesigen Hafen. — Die Hamburger Bark „Antigone" der Rhederei M. G. Amsinck ist in letzter Nacht von hier nach Valparaiso in See gegangen. — Der Seeschleppdampfer „Reiher", welcher vor einigen Tagen den auf der Unterelbe festgewordenen Dampfer „Recepta" abschleppen wollte und hierbei von dem aufkommenden Dampfer „Bazan" am Hinterschiff angerannt und stark beschädigt wurde, ist auf der Werft von H. C. Stülcken Sohn reparirt und heute Morgen dem Betrieb wieder übergeben worden. Der neue Dampfer „Bahia", welcher für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft erbaut wurde, tritt am 29. d. M. seine erste Reise nach Bahia, Rio de Janeiro und Santos an. — Der Dampfer „Mercur" traf mit 37 Rindern, von Esbjerg kommend, hier ein. Die Thiere sind am Johannisbollwerk gelandet worden. — Der Dampfer „Wilhelm Oelsner", welcher auf der Insel Hogland im Finnischen Meerbusen strandete, dort bedeutenden Schaden am Boden erlitt, dann später noch an eine Mauer im Hafen von Petersburg rannte und am Vorderschiff Schaden erlitt, ist bereits nach hier gekommen und hat seine Ladung gelöscht. Gestern Abend ist der Dampfer nach der Werft von H. C. Stülcken Sohn verholt, wo die Reparatur erfolgen soll. Etwa 15 Fuß vom Kiel und dem Vordersteven ist eine Anzahl Platten vollständig weggerissen. Der Dampfer hat Doppelboden und konnte deshalb trotz der Beschädigungen nach hier kommen. — Der Glückstädter Fischlogger „S. G. 2 Stoer" hat auf See den Fockmast gebrochen und den Klüverbaum verloren. Das Schiff ist im Tau des Fischdampfers „August Bröhan" elbaufwärts geschleppt und heute Morgen an den Altonaer Fischmarkt gebracht. — Eine mit Brettern beladene Schute, die sich im Tau des Schleppdampfers „Louise" befand, wurde gestern Abend durch Wellenschlag eines Dampfers voll Wasser geschlagen und zum Sinken gebracht. Die Bretter trieben zum Theil im Hafen umher; ein großer Theil ist beim Worthdamm, Kleiner Grasbrook, aufgefischt worden, während der Rest mit der Schute treibt.

w. **Ein Hamburger Dampfer gestrandet.** Der Postdampfer „Lothar Bohlen", Kapitän Jarck, der Rhederei A. Woermann gehörig, ist auf der Reise von Hamburg nach der Westküste Afrikas bei Kap Palmas gestrandet. Das Schiff stieß auf einen Felsen und ist als total verloren zu betrachten. Die Mannschaft, sowie Passagiere, die Post und die wichtigsten nautischen Instrumente sind gerettet und von dem Dampfer „Ella Woermann" aufgenommen worden. — Der „Lothar Bohlen" ist am 11. Mai von hier abgegangen und passirte am 13. Mai Dover. Das Schiff ist 1888 in Hamburg auf der Reiherstieg-Schiffswerft und Maschinenfabrik für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft erbaut und erhielt den Namen „San Nicolas". Es wurde dann im Jahre 1897 an die Rhederei von A. Woermann verkauft, wo es den jetzigen Namen erhielt. Der Dampfer ist 2515 Registertons groß, hat eine Maschine von 1680 Pferdekräften und führt das Unterscheidungssignal RHKQ.

w. **Unglücksfälle.** Als heute Vormittag der Ewerführer H. Seben, welcher bei der Oesterreichischen Nord-West-Dampfschifffahrts-Gesellschaft beschäftigt ist, zwischen den Schuppen 0 und Schuppen 1 am Sandthorkai stand, wurde er von einer Hieve Korkballen, die mittels Krahns in eine Schute abgesetzt werden sollten, erfaßt und von der Kaimauer geschleudert. Er schlug auf ein Schutenbord, fiel dann auf einen Holm der Kaimauer und von dort in's Wasser. Er wurde mittels Hakens gerettet und dann in schwer verletztem Zustande dem Allgemeinen Krankenhause zugeführt. — Der Arbeiter Schümann wurde in einem Schuppen der Export- und Lagerhaus-Gesellschaft von einem umstürzenden Stapel Zuckersäcke begraben. Kollegen befreiten den Mann sofort von seiner Last, jedoch hat er den rechten Arm und das rechte Bein gebrochen. Der Verunglückte hat im Seemannskrankenhause Aufnahme gefunden. — Auf dem Dampfer „Foreland" erlitt ein farbiger Heizer Verletzungen an beiden Beinen. — Ein Matrose der schwedischen Bark „Amazone" hat durch einen Fall innere Verletzungen erlitten. — Der Steward Johnson, vom Dreimast-Schooner „Zibar", fiel von der Reeling in eine neben dem Schiffe liegende Schute und erlitt bedeutende innere Verletzungen. Alle drei Verunglückte sind nach dem Allgemeinen Krankenhause gebracht worden.

w. **Jetzt werden die Hafenarbeiter, speziell die Schauerleute, doch einen Arbeitsnachweis erhalten.** Der Verein der Stauer von Hamburg-Altona von 1886 hat sich an die Finanz-Deputation gewendet und veranlaßt, daß der in dem Hause Baumwall 11 domizilirten Firma Kruse u. Bleichwehl und der neuen Bergungs-Kompagnie (früher Nordischer Bergungsverein), vertreten durch Kapitän Sprut, zum 1. November gekündigt wurde. Das Gebäude, welches früher ein Spritzenhaus war, dann als Pfandleihhaus verwerthet ward, soll jetzt zum Arbeitsnachweis für Hafenarbeiter eingerichtet werden. — Der Verein der Stauer hat somit dem Drängen des Arbeitgeber-Verbandes endlich nachgegeben. — Nun machen sich aber auch schon die in der Umgegend wohnenden Geschäftsleute bemerkbar, indem sie Front gegen die Errichtung des Arbeitsnachweises in der dortigen Gegend machen; ihnen ist bange, daß die Arbeitslosen das dortige Trottoir und ihre Hauseingänge belagern werden. Es zirkulirt deswegen bereits eine Petition, welche mit einer Anzahl Unterschriften bedeckt ist, die der zuständigen Behörde zugesandt werden soll. — Es wird den Petenten nicht viel nützen; der große Arbeitgeber-Verband will es grade so haben.

w. **Bestrafte Menschenfreundlichkeit.** In letzter Nacht hatte sich ein Steward des englischen Dampfers „Fernmoor" in dem Wartepavillon am Niederbaum zum Schlafen gelegt, was ein dort postirter Hafenpolizist bemerkte. Damit dem Manne nichts entwendet werde, weckte der Beamte ihn. Der Engländer wurde jedoch über diese Störung so erbost, daß er aufsprang und derartig auf den Beamten einschlug, daß diesem Hören und Sehen verging. Letzterer holte sich Hülfe, worauf der Engländer in Haft gebracht wurde.

w. **Für Afrika** hat die Firma Holst in Harburg einen Seeschleppdampfer und starke Schuten und Leichter in Auftrag erhalten. Diese Fahrzeuge sind für den Hafen von Lourenzo an der Delagoa-Bay bestimmt. Der dortige Hafen soll in Stand gesetzt, das Fahrwasser regulirt und größere Anlagen errichtet werden. Ein großer Theil der erforderlichen Maschinen und das schwimmende Material sollen in Deutschland angefertigt werden.

w. **Der Donkey (Schutenwinde) „Othilde"**, dem Stauer H. Appel gehörig, ist an den Stauer Mathei verkauft worden.

Unglücksfälle. Der Gehülfe eines in der Pappel-Allee wohnenden Gärtners fiel gestern, als er das Treibhaus mit Kalkwasser streichen wollte, von der Leiter und in die Scheiben des Treibhauses, wobei er sich die Pulsader der rechten Hand durchschnitt. Nachdem ihm ein Nothverband angelegt, wurde der Verunglückte nach dem Allgemeinen Krankenhause gebracht. — Bei der Reparatur der Dachrinne auf einem Stallgebäude am Holsteinischen Kamp stürzte ein Klempner aus einer Höhe von 4 Metern herab und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels. — In angeheitertem Zustande stürzte ein Seemann in der Zweiten Bernhardstraße eine Kellertreppe hinab und zog sich so erhebliche Verletzungen zu, daß sich seine Aufnahme in einem Krankenhause nothwendig machte.

Die Ermordung des deutschen Ingeniörs Goltz, der im Oktober 1896 auf dem Bahnhof in Pampa Blanca (Provinz Jujuy) in Argentinien von einem argentinischen Polizeibeamten durch einen Revolverschuß getödtet worden war, hat kürzlich ihre Sühne gefunden. Nach einer Mittheilung aus Buenos Aires ist der schuldige Beamte durch Urtheil vom 14. Oktober v. J. zu zehnjähriger Zwangsarbeit verurtheilt worden. Außerdem hat die argentinische Regierung sich auf die Verwendung des deutschen Vertreters bereit finden lassen, den Hinterbliebenen eine Entschädigung von 3000 Pesos Papier gleich etwa M. 4670 zu gewähren. Die Summe wird bereits in die Hände der in Barmbek bei Hamburg in ärmlichen Verhältnissen lebenden Eltern Goltz gelangt sein.

Selbstmordversuch. Gestern Abend kurz vor 12 Uhr stürzte sich beim Löschplatz, Ecke Neuer Jungfernstieg und Lombardsbrücke, eine Näherin in die Alster. Ein in der Nähe liegender Kastenschutenschiffer rettete die Lebensmüde. Da sie bald nach ihrer Rettung in Krämpfe fiel, wurde sie nach dem Kurhause gebracht.

= **Kutscher, Halt!** riefen heute Nachmittag die Fahrgäste eines Anhängewagens der Linie Hamburg-Wandsbek, dessen Verkoppelung gerissen war, in Folge dessen der Motorwagen davonsauste. Der „Kutscher" hörte jedoch nichts, sondern wurde das Fehlen des Anhängewagens erst gewahr, als dieser beinahe außer Sicht war. Dieses Vorkommniß rief große Heiterkeit bei Fahrgästen und Passanten hervor. Nachdem der Schaden ausgebessert war, ging es ohne Unfall „Vollstrom" vorwärts.

= **Verunglückter Beamter.** Gestern Abend kam an der Wandsbeker Chaussee ein in Wandsbek wohnender Beamter mit seinem Fahrrad zu Fall und erlitt außer einer Kopfverletzung einen Armbruch.

Alter Schwindel. Zu einem in der Schauenburgerstraße wohnenden Delikatessenhändler kam dieser Tage ein etwa 17 Jahre alter Mensch und kaufte im angeblichen Auftrage eines in der Mozartstraße wohnenden Kunden des Händlers für M. 31,77 Schinken, Käse u. dergl. auf Kredit. Als der leichtgläubige Delikatessenhändler dem Kunden die Rechnung präsentirte, stellte es sich heraus, daß er von einem Schwindler hineingelegt worden war.

Zu leichtgläubig war eine in der Gärtnerstraße wohnende Wittwe, als sie ihrem Einlogirer, der ihr die Ehe versprach, M. 160 lieh und sich von ihm Goldsachen, Kleidungsstücke u. dergl. erschwindelte. Der Einlogirer, ein beschäftigungsloser Gelegenheitsarbeiter, der sich für einen Angestellten bei der Bau-Deputation ausgab, von seiner Frau getrennt lebt, auch schon mehrfach vorbestraft ist, hat das Geld und den Erlös der versetzten Goldsachen verjubelt. Auf die Anzeige der Geschädigten wurde der leichte Bruder verhaftet.

Aus der Haft entlassen wurde der Schlosserlehrling, der, wie wir mittheilten, verhaftet wurde, weil man annahm, daß er seinem Herrn M. 300 entwendet habe. Der Lehrling gab an, das Geld verloren zu haben. Jetzt soll das Geld wieder gefunden sein.

Ein falsches Einmarkstück mit dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1887 wurde bei der Polizei eingeliefert.

Mit einem Bierrest erschien Nachts 11 Uhr ein Grindelallee wohnhafter Malergeselle im Stadthause und klagte dem wachthabenden Beamten, daß er dieses Bier als echtes baierisches Bier gekauft und mit 25 ₰ bezahlt habe. Er glaubte ein Produkt hiesiger Fabrikation erhalten zu haben und wollte nun den Wirth wegen Betrugs belangen. Der Maler hatte aber beim Probiren soviel von dem ihm nicht schmeckenden Stoff getrunken, daß der übrig gebliebene Rest zur chemischen Untersuchung nicht reichte. Dennoch sollen seitens der Polizei weitere Recherchen angestellt werden.

Eine Untersuchung ist gegen einen Ewerführertagelöhner eingeleitet, der Kaffee schmuggeln wollte, von dem man annimmt, daß er gestohlen ist. — Ferner wurde gegen einen Kaiarbeiter eine Untersuchung eingeleitet, weil er verdächtig ist, am Schuppen 14 eine Hose entwendet zu haben.

Agnoszirte Leichen. Die am 30. Mai im Kirchenpauerhafen aufgefischte Leiche ist als die des seit 7. Februar vermißten, Hammerbrookstraße 98 wohnhaft gewesenen Arbeiters Hengst festgestellt worden. — Die Leiche, welche man am 1. Juni bei der Schönen Aussicht aus dem Wasser zog, ist die eines am Erlenkamp in Kondition gewesenen Dienstmädchens. — Wie jetzt festgestellt, ist die am 31. Mai aus der Bille gelandete Leiche die eines in Wilhelmsburg wohnhaft gewesenen Mechanikers. — Am 1. d. M. wurde aus einer Wassergrube beim Hellbrook die Leiche eines Mannes gezogen. Der Verstorbene ist als der durch einen Unfall um's Leben gekommene Arbeiter Ralfs, am Feldweg in Hamm wohnhaft, festgestellt worden.

Aufgefischt wurde heute Morgen 4 Uhr beim Löschplatz am Neuen Jungfernstieg und Esplanade die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes mit blondem Haar und ohne Bart. Der Verstorbene war bekleidet mit braunem Ueberzieher, dunkler gestreifter Hose, gestreiftem grauwollenem Hemd, grauen Strümpfen, defekten Schuhen und schwarzem steifen Filzhut.

Ein dummer Betrüger. Zu einer an der Wandsbeker-Chaussee 36 wohnenden Frau kam gestern ein Mann und gab vor, im Auftrage der Staatsanwaltschaft anfragen zu sollen, ob die Frau für die Freilassung ihres inhaftirten Ehemannes eine Kaution leisten könne. Die Frau übergab dem Manne ein Staatspapier, auf M. 300 lautend. Ob er das aber nicht kannte, oder zu leicht Entdeckung befürchtete, genug, er meinte, das Papier könne ihm nichts nützen, er müsse M. 100 in Gold oder Silber haben. Zu ihrem Glück wurde die Frau nun doch stutzig und sagte, sie würde den Betrag selbst nach der Gerichtskasse bringen. Als sie dort einzahlen wollte, stellte sich die ganze Sache als Schwindel heraus.

Ein geübter Kautionsschwindler scheint ein sich Makler nennender Herr zu sein. Derselbe ist erst vor kurzer Zeit aus dem Gefängniß entlassen, wo er 18 Monate wegen Kautionsschwindels verbüßt hat. Um sein altes „Geschäft" fortsetzen zu können, verschaffte er sich eine Kontoreinrichtung und begab sich dann zu einem Stellenvermittler, damit dieser ihm beim Aufsuchen der Opfer behülflich sei. Er gab vor, einen Kontorboten einstellen zu wollen, der ein Monatsgehalt von M. 150 erhalten solle, aber Kaution stellen müsse. Der kautionsfähige Mann wurde gefunden, war aber zu schlau, um in's Garn zu gehen. Als der „Makler" als Sicherheit für die Kaution sein ganzes Kontorinventar anbot, meldete der Bote der Polizei den Vorfall. Diese wollte sich nun über den Erwerb des Kontorinventars erkundigen. Da der „Makler" jede Auskunft verweigerte, wurde er verhaftet, da man annimmt, daß er sich das Inventar zur Fortsetzung seines alten „Geschäftes" verschafft hat und in dem versuchten Engagement bereits einen strafbaren Versuch zu neuer Schwindelei gemacht hat.

Schneller Tod. Am 1. d. M. wurde in der Spaldingstraße ein Bäcker von einem Polizeibeamten, der ihn für betrunken hielt, arretirt und dann von der Wache aus nach dem Kurhause gebracht. Dort ist der Mann am nächsten Tage gestorben. Da die Todesursache nicht festgestellt werden konnte, ist die Sektion der Leiche angeordnet worden.

Von der Polizei gesucht wird ein angeblicher Apotheker aus Ungarn, der am Schweinemarkt Logisschulden gemacht hatte unter dem Vorgeben, von seinen Eltern demnächst Geld zu bekommen. Er verschwand aber ohne Bezahlung und nahm noch verschiedene ihm nicht gehörende Kleidungsstücke mit.

Erwischt. Gegen M. 100 Logisschulden hatte ein Kommis bei seinem Logiswirth, einem in der Zweiten Jakobstraße wohnenden Kontorboten gemacht und war dann verduftet. Als er gestern von dem Boten in einem Bierlokal in St. Pauli angetroffen und gemahnt wurde, schlug er ihm mit einem Bierseidel auf den Kopf und verletzte ihn so schwer, daß der Mißhandelte ärztliche Hülfe in Anspruch nehmen mußte. Der rüde Patron kam in Haft.

Feuer. Gestern Abend 11 Uhr war Neuer Steinweg 53 Zeug und Wolle in Brand gerathen, welches von den Bewohnern des Hauses gelöscht wurde, bevor die Feuerwehr in Thätigkeit kam. — 11½ Uhr brannte Ecke Dulsberg und Feldberg in Barmbek Unrath und Reisig. — Heute Mittag 12½ Uhr waren in einer Tischlerwerkstatt Marthastraße 7 Spähne in Brand gerathen. — Altstädter Fuhlentwiete 20 brannte Mittags 1 Uhr Stroh und ein Kissen.

Gestohlen wurde Wandsbeker Chaussee 30 eine Taschenuhr, eine schwarze Hose und za. M. 16. — Am Röbingsmarkt 4 erbeuteten Langfinger eine silberne Damenuhr, eine silberne Kette, eine Double-Brosche und einen kleinen goldenen Kettenring. — Vom Boden des Hauses Sternstraße 89 wurden Wäschestücke entwendet. — Eimsbütteler Chaussee 63 annektirten Hühnerliebhaber fünf Hühner und einen Hahn im Werthe von M. 50—60. — Zweite Bernhardstraße 40 wurde Wäsche gestohlen.

Verhaftet wurde ein Kommis, der einem in Altona wohnhaften Kaufmann M. 258 und Waaren im Werthe von M. 7,10 unterschlagen hat; ferner ein Schiffsjunge aus Swinemünde, der in der Steinstraße ein Damenjacket und eine Hose gestohlen hat.

Aus Altona.

Die städtischen Kollegien hielten gestern Abend eine gemeinschaftliche Sitzung ab. Zunächst wurde über den Besuch des Kaisers und der Kaiserin am 18. Juni Mittheilung gemacht. Sodann wurden auf Antrag der Kämmerei-Kommission folgende Etatsüberschreitungen im verflossenen Rechnungsjahr bewilligt: Für Schreibhülfe bei der Stadtkasse M. 519,55, für Reisekosten von Abgeordneten der städtischen Kollegien M. 16,10, für Gerichts- und Anwaltskosten M. 11,82, für Beiträge zur Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse M. 327,59 und für Beiträge der städtischen Beamten-Wittwen-Pensionszuschußkasse M. 81,91. Ein Antrag des Kirchenvorstandes der katholischen Gemeinde, das auf dem Grundstück Große Freiheit 43 belegene Gebäude, in welchem sich Wirthschaftsräume und eine Kegelbahn befindet, von der Grundsteuer frei zu stellen, da dasselbe lediglich kirchlichen, gemeinnützigen und mildthätigen Zwecken diene, ähnlich wie das evangelische Vereinshaus in der Blumenstraße, wurde abgelehnt, nachdem Stadtverordneter Knüppel sich dahin ausgelassen, daß es nicht wünschenswerth sei, für Wirthschaftsräume und Kegelbahnen Steuerfreiheit zu bewilligen. — Sodann wurde eine Vorlage der Baukommission betreffs Einheitspreise für die Berechnung der Straßenbaukostenbeiträge mit unwesentlichen Aenderungen angenommen. Namens der Krankenhaus-Kommission beantragte Senator Schütt für den Betrieb des städtischen Krankenhauses im verflossenen Geschäftsjahre M. 7874,26 an Betriebskosten und M. 47,58 für Arbeiterversicherung nachzubewilligen. Die Mehrausgaben beziehen sich hauptsächlich auf Lebensmittel und Feuerung und auf Bedürfnisse der chirurgischen Abtheilung. Den Aerzten ist, wie mitgetheilt wurde, thunlichste Sparsamkeit und scharfe Ueberwachung der Handhabung der Verpflegungsordnung anempfohlen. Der Antrag der Krankenhaus-Kommission wurde angenommen. Hierauf trat geheime Sitzung ein.

Nachklänge vom Streik bei Markus und Frank in Ottensen. Während des Streiks der Tischler und Fabrikarbeiter bei der genannten Firma mußten natürlich die dort in Beschäftigung stehenden Lehrlinge weiter arbeiten. Das gefiel zwei noch im jugendlichen Alter stehenden Lehrlingen nicht, weshalb sie ihre arbeitenden Kollegen als „Heidelberger" und „Streikbrecher" titulirt haben sollen. Diese fühlten sich dadurch beleidigt und dafür, daß die Sache bald an die große Glocke des Gerichts kam, wurde natürlich von anderer Seite gesorgt. Der eine Lehrling soll aber noch eine weitere Frevelei begangen haben. Er soll den beiden beleidigten Lehrlingen zugerufen haben: „Euch werden wir schon kriegen!", was nach Annahme der Anklagebehörde so viel heißen soll: „Wenn Ihr weiter arbeitet, bekommt Ihr Prügel". Dadurch soll er sich der versuchten Nöthigung nach § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Heute fand vor dem Schöffengericht die Verhandlung gegen die beiden Sünder statt. Nach den Aussagen der angeblich beleidigten und bedrohten Lehrlinge hielt der Amtsanwalt die Angeklagten schuldig und beantragte gegen den einen 6 Wochen und gegen den anderen 1 Woche Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf resp. 3 Wochen und 3 Tage Gefängniß.

Die Sanitätskolonne der Feuerwehr wurde gestern zwei Mal in Anspruch genommen, um eine Frau aus der Bleicherstraße, welche sich durch einen Fall einen Schenkelbruch zugezogen hatte, nach dem städtischen Krankenhause und eine andere Frau, welche in der Bahnhofstraße von einem Schlaganfall betroffen wurde, nach der Bismarckstraße zu bringen.

Zwei Klassen der obligatorischen Fortbildungsschulen sind im Schulhause in der Adolfstraße eröffnet worden. Zu Lehrern an denselben sind von der Schulbehörde der Lehrer Marzen von der 3. Mädchen-Volksschule und der Lehrer Böttcher von der 3. Knaben-Mittelschule ernannt worden. In Ottensen werden demnächst ebenfalls zwei Klassen der obligatorischen Fortbildungsschule errichtet werden.

Einen furchtbaren Radau machte am Abend des 16. April der Gärtnergehülfe Sch., der mit seinem Bruder nach Blankenese fahren wollte und angetrunken auf den Zug wartete. Er wurde von Bahnbeamten aufgefordert, den Bahnhof zu verlassen; doch er ging nicht, warf sich vielmehr zu Boden und schrie aus Leibeskräften, wobei ihm weißer Schaum vor dem Munde stand. Man holte einen Schutzmann herbei, der sich dann bemühte, den Skandalmacher fortzubringen. Dieser war wohl für einige Augenblicke still, skandalirte dann aber weiter und leistete Widerstand, indem er mit Händen und Füßen um sich schlug. Schließlich wurde er verhaftet und heute stand er vor dem Schöffengericht, um sich wegen ruhestörenden Lärms und Widerstands zu verantworten. Der Angeklagte hat bereits verschiedene, theils erhebliche Strafen erlitten. Er behauptete, daß er von dem ganzen Vorkommniß auf dem Hauptbahnhof nichts wisse. Er sei erheblich angetrunken gewesen, leide an Epilepsie und habe sich in krankhaftem Zustande befunden. Ein Bahnbeamter war ebenfalls der Meinung, daß der Angeklagte sich nicht wie ein Trunkener, sondern wie ein Kranker geberdet habe. Dagegen bekundete der Polizeibeamte, der Angeklagte habe zunächst ganz vernünftig gesprochen und habe dann wieder angefangen zu lärmen und Widerstand geleistet, woraus er schließe, daß der Angeklagte nicht in krankhaftem Zustande sich befunden habe. Der Amtsanwalt hielt die Behauptung des Angeklagten, daß er an Epilepsie leide, für eine leere Ausrede und beantragte gegen ihn 1 Jahr Gefängniß und 14 Tage Haft. Darauf beantragte der Angeklagte, man möge ihn ärztlich untersuchen lassen, dann würde sich ergeben, daß seine Angaben richtig seien. Das Schöffengericht ging hierauf aber nicht ein, hielt vielmehr die Schuld des Angeklagten für erwiesen und verurtheilte ihn zu 6 Monaten Gefängniß und einer Woche Haft.

Nächtlicher Ueberfall. In vergangener Nacht wurden Ecke Gustav- und Brigittenstraße zwei Viehkommissionäre, die sich auf dem Nachhausewege befanden, von einem Mann hinterrücks überfallen und mit einem dicken Knüppel erheblich verletzt. Der Thäter entfloh, ist aber erkannt worden, wodurch seine Verhaftung ermöglicht worden ist. Man nimmt an, daß ein Racheakt vorliegt.

Diebstähle. Laut Anzeige bei der Polizei wurden gestohlen: aus einer Selterswasserbude zwei wollene Decken, verschiedenes Bettzeug und ein Jacket; einem Zigarrenarbeiter von einem Kollegen in einer Wirthschaft in der Großen Gärtnerstraße ein Sack mit Bettzeug; einer Frau in der Gerritstraße mittels Nachschlüssels aus ihrer Wohnung M. 8 baares Geld, eine silberne Herren- und eine silberne Damenuhr, im Gesammtwerth von M. 40; von einem Grabe auf dem evangelischen Kirchhof verschiedene Gewächse und einem in der Holstenstraße wohnenden Kaufmann aus seiner Laube ein Mahagonitisch im Werthe von M. 20.

Aus Wandsbek.

× **Zum diesjährigen Aushebungsgeschäft,** das, wie bereits bericht, am 7., 8. und 9. Juni, jedesmal um 8 Uhr Morgens beginnend, in „Reisners Hotel" abgehalten wird, werden Ordres ausgegeben, doch ist Jeder, der ohne Entschuldigungsgrund bei der ersten Musterung gefehlt hat, verpflichtet, sich auch ohne solche zum Aushebungsgeschäft zu gestellen, desgleichen die zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen behufs Herbeiführung einer endgültigen Entscheidung über ihr Militärverhältniß. Außerdem haben Militärpflichtige, welche reklamirt haben, mit ihren Eltern zu erscheinen, und sonstige Personen, deren eventuelle Arbeitsunfähigkeit in Betracht kommt. Endgültig haben sich zu gestellen sämmtliche Invaliden, deren Anerkennung auf Invalidität oder Erwerbsunfähigkeit nur bis Ende Oktober 1898 erfolgt ist. Wer durch Krankheit verhindert ist, hat dies durch entsprechende ärztliche und obrigkeitliche Atteste nachzuweisen.

× **Zum Pfingstmarkt,** der am Sonntag und Montag stattfindet, wird für alle Zweige des Handelsgewerbes außer der bisher zugelassenen, noch eine weitere Beschäftigungszeit von 2—6 Uhr Nachmittags gestattet. Am Montag findet auf den neuen Marktanlagen bei der Brauerei Marienthal ein großer Rinder- und Schweinemarkt und auf dem Marktplatz beim Gymnasium ein großer Pferdemarkt statt.

× **Einer, der sich selbst belastet.** Gestern Nachmittag wurde ein junger Mensch verhaftet, der verdächtig ist, in der vorletzten Nacht in der Langenreihe einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt zu haben. Der Verhaftete, der sich Jurisch nennt und der Buchbinderlehrling sein will, gab nicht allein diesen Diebstahl zu, sondern will noch etwa 30 größere und kleinere Diebstähle in Wandsbek und Umgegend ausgeführt haben, so u. A. den großen Silberdiebstahl in der Bärenallee. Seinem Lehrmeister, der in Stade wohnen soll, will er fortgelaufen sein. Die gestohlenen Sachen will er an Hamburger Händler verkauft haben. Was an diesen Angaben wahr ist, konnte bis zur Zeit noch nicht festgestellt werden, jedoch soll das Sündenkonto des erst 18jährigen Menschen, der geistig nicht zurechnungsfähig sein soll, mit einigen Diebstählen belastet sein.

× **Schlechter Arbeitskollege.** Gestern Nachmittag geriethen auf einem Bauplatz zwei Arbeiter in Meinungsverschiedenheiten, die schließlich zu Thätlichkeiten führten. Plötzlich bekam der eine Arbeiter von seinem Kollegen einen so heftigen Stoß, daß er gegen einen Wagen flog und zwei Rippen brach. Gegen den Uebelthäter ist Anzeige erstattet worden.

Aus dem Hamburger Landgebiet.

Verlust von zwei Fischerfahrzeugen. Finkenwärder. Der sturmartige Südwestwind, welcher am Mittwoch in der Nordsee wehte, hat zwei hiesige Hochseefischerfahrzeuge, den Kutter HF 208, Schiffer R. Fock, und den Ewer HF 138, Schiffer J. Mewes, an der dänischen Küste zum Stranden gebracht. Ersterer sitzt nördlich von den „blauen Bergen", letzterer bei Oxby. Die Mannschaften beider Fahrzeuge sind geborgen. Da beide Schiffe bei der hiesigen Seefischerkasse versichert sind, so hat sich der Obervorsteher P. Fick sofort an die Unfallstätte begeben, um zu untersuchen, ob eine Bergung der gestrandeten Fahrzeuge möglich ist. Dieselben sind mit M. 6250, bezw. M. 5750 versichert.

Kirchwärder-Howe. Am 2. Juni fand hier eine öffentliche Wähler-Versammlung im Lokale des Herrn Garbers statt, in welcher unser Reichstagskandidat Metzger über die bevorstehende Reichstagswahl referirte. Zu dieser sehr gut besuchten Versammlung hatten sich einige Kämpfer für Ordnung, Sitte und Religion eingefunden, die Herren Lehrer Leopold aus Warwisch und ein Bergedorfer Geschäftsreisender Schlosmann, denen wegen der von ihnen versuchten Störung von Genossen Stubbe gründlich heimgeleuchtet wurde.

Aus Harburg und Wilhelmsburg.

Zu dem Rücktritt des Bündlerkandidaten Amtsrichter Hottendorf bemerkt das „Volksblatt": „Es ist so gekommen, wie wir schon lange voraussagten, die feindlichen Brüder Bund und Reichstreu sind einander um den Hals gefallen und, um Herrn Depken den Durchfall nicht zu verschlimmern, hat Herr Hottendorf auf seine Kandidatur verzichtet. Natürlich ist es nicht umsonst geschehen. Wenn der Bund zugiebt, daß Herr Hottendorf von der Bildfläche verschwindet, so thut er das nicht umsonst. Die Reichstreuen werden jedenfalls dem Bunde Zugeständnisse gemacht haben. Herr Depken, der bisher nur auf 9 Punkte des Bundes vereidigt war, hat jetzt sicher noch mehr beschworen. Seit Mittwoch Abend ist Herr Depken der Kandidat folgender Parteien: 1) des Bundes der Landwirthe, 2) der Antisemiten, 3) der Nationalliberalen, 4) der freisinnigen Vereinigung und 5) einiger thörichter Knaben aus der freisinnigen Volkspartei. Dieser Brei nennt sich „reichstreu". Was kann ein Politiker sein, der von solch einem Mischmasch als Kandidat angepriesen wird? Herrn Depken als Privatperson in allen Ehren, als Politiker ist er etwas, was wir nicht sein möchten! Er hat die angenehme Aufgabe 4 Parteien auf einmal zu vertreten. Für den Bund muß er die Getreidetheuerung betreiben, für die Nationalliberalen muß er den großen Fabrikanten und Rhedern Liebesgaben besorgen. Für die Freisinnigen muß er die Börse lieb haben. Für den Bund muß er das Wahlrecht auf's Schärfste befehden. Für die Nationalliberalen muß er sein Möglichstes thun, daß das Wahlrecht beschnitten wird und zugleich öffentlich versichern, daß er das Wahlrecht hüten will und für die Freisinnigen endlich muß er direkt für das Wahlrecht eintreten. — Für den Bund soll er den großen Landwirthen helfen, aber den Fabrikanten, Rhedern und Börsenmenschen auf die Füße treten. — Für die Nationalliberalen soll er den Rhedern und Fabrikanten helfen und sie gegen den Heißhunger der Großlandwirthe schützen. — Für die Freisinnigen soll er der Börse helfen und den großen Landwirthen in die Suppe spucken. Für Alle aber soll er die Sozialdemokratie tödten, für den Bund mit dem Knüppel, für die Nationalliberalen mit dem muthigen Ausschweigen und für die Freisinnigen mit den rühmlichen „geistigen" Waffen. Und zu alledem muß er sich Wahlkomites gefallen lassen, die ihm ganz und gar nicht erlauben, sich mit den Sozialdemokraten ehrlich auszusprechen. Armer Herr Depken, das Alles müssen Sie bedauern und doch thun! Armer Herr Depken, wenn wir Sie wären, machten wir es wie Herr Hottendorf! Dem ist die Mischmaschgeschichte zu bunt geworden, und er hat gedankt. Werfen wir nun die Frage auf: was hat das Verschwinden des Herrn Hottendorf für uns zu sagen? Aus drei Gegnern sind doch nun zwei geworden! Im Allgemeinen ist die Sache für uns nicht ungünstig. Der Zutritt des Bundes zu dem reichstreuen Mischmasch wird am linken Flügel des Ordnungsbreies jedenfalls verschiedenen Freisinnigen vor den Kopf stoßen. Vielleicht führt das dazu, daß diese Leute sich nun der Wahl enthalten, vielleicht verlockt dieser Vorgang Herrn Eugen Richter, nun einen Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei aufzustellen. Kommt das erste Wahrscheinlichere, so erhalten wir einen kleinen Vorsprung, tritt das Zweite ein, so bleibt die Sache wie sie war. Da wir bei dieser Wahl auf den Wahlsieg im ersten Wahlgange hinarbeiten und Erfolg erwarten, kann uns im Bewußtsein unserer Kraft Beides gleich sein. Was uns aber bei der Geschichte besonders gefällt, das ist eins: Thatsachen reden! Jetzt liegt die Thatsache vor, daß die Nationalliberalen den Wahlkreis nicht erobern, sondern erschachern wollen. Sie sind vor dem Bunde zu Kreuze gekrochen, sie haben seine Bedingungen unterschrieben! Sie haben damit ein Kunststück fertig gebracht, das ihnen nicht Stimmen bringen, sondern Stimmen kosten wird. Herrn Depken als Mensch in allen Ehren, aber einen Mann, dessen Kandidatur durch solchen Schacher gefördert werden soll, den wählt man nicht. Demgegenüber rufen wir alle ehrlichen Leute in diesem Wahlkreise auf, wir rufen ihnen zu: Seht Euch diesen Mischmasch an, bewundert diesen edlen Schacher! Könnt Ihr solchen Kandidaten wählen, fragen wir. Wir sind sicher, daß in Stadt und Land die Antwort lautet: „Mischmasch willt wi nich und wählt wi nich! Depken könnt wi nich bruken!""

Eine gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Kollegien fand heute Vormittag statt. Als erster Gegenstand der Tagesordnung wurde über die Enteignung von Grundstücken zur Straße „Am Krummholzberg" verhandelt. Die Anlieger von 3f bis zur Ersten Wilstorferstraße wollen das zur Regulirung der Straße erforderliche Areal nur unter der Bedingung abtreten, daß sie von allen Kosten für Straßen entbunden werden. Hierauf will die Stadt sich nicht einlassen. Die Enteignung wird daher ausgesprochen. — Einer Aufforderung des Verbandes deutscher Gewerbeschulmänner zur Beitragsleistung wird Folge geleistet. Der Beitrag stellt sich pro Jahr für die Stadt auf M. 10. — Ueber den Erlaß eines Nachtrages zur Bauordnung vom 1. Mai 1895 entstand eine lebhafte Debatte. Der Magistrat beabsichtigt durch den Nachtrag, daß im Allgemeinen bessere Wohnungen mit mehr Luft und Licht hergestellt werden sollen. Es sollen daher an Straßen mit 20 Meter Breite die Häuser nicht über 3 Etagen hoch gebaut werden. Der Wortführer des Bürgervorsteherkollegiums führte zunächst aus, daß das Bürgervorsteherkollegium Bedenken trage, dieser Verordnung zuzustimmen. Es müßten doch auch kleine Wohnungen gebaut werden, denn grade durch die kleineren Wohnungen würde das Aftermiethen beseitigt. Bürgervorsteher Schröder meinte, die Harburger Arbeiter wohnten durchweg in neuen Wohnungen, er könne sich mit dieser Bestimmung nicht einverstanden erklären. Oberbürgermeister Ludowig führt aus, die Arbeiterwohnungen seien in Harburg, gegenüber in anderen Städten, sehr gut. Wenn Beschwerden vorkämen, so seien sie unbegründet. Der Antrag wird abgelehnt. Der Herr Oberbürgermeister erwidert: Da der Entwurf abgelehnt wurde, so werde man in Zukunft mit Sachen, die nicht zur Kompetenz der Bürgervorsteher gehören, vorsichtiger sein. Als Delegirte zu dem diesjährigen Städtetag werden von Seiten des Magistrats Senator Tielemann und von Seiten der Bürgervorsteher die Herren Grube und Meyer bestimmt. — Einem Gesuch des Kaninchenzüchtervereins „Nationell" um Gewährung einer Beihülfe zu der Ende Juli stattfindenden Ausstellung wird entsprochen. Es werden M. 20 bewilligt. Der Landkreis hat M. 15 hergegeben. — Zum städtischen Etat 1897—98 werden insgesammt M. 1304,90 nachbewilligt. — Die Enteignung mehrerer Grundstücke an der Werder-, Langen- und Schüttstraße wird ebenfalls beschlossen. Die Kosten für die betreffenden Grundstücke betragen M. 63 800. In Bezug auf das Grundstück an der Schüttstraße soll ein Dringlichkeitsantrag bei dem Regierungspräsidenten eingereicht werden. Stimmt dieser dem Antrag zu, dann soll die Regulirung der Schüttstraße sofort vorgenommen werden.

r. **Unglücksfall.** Bei der Aufschüttung Neuhofs kam gestern ein dort beschäftigter Erdarbeiter zu Fall und brach den linken Arm. Der Verletzte begab sich in ärztliche Behandlung.

Aus Schleswig-Holstein.

u. **Stellingen-Langenfelde.** Am 4. Juni, Abends 8½ Uhr, findet im Lokale von R. Thiessen eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse H. Molkenbuhr über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wird. Außerdem wird noch das Thema „Freisinn und Sozialdemokratie" erörtert werden. Die Anhänger der freisinnigen Partei sind besonders zu dieser Versammlung eingeladen. — Nun treten auch hier die antisemitischen Reformparteiler auf den Plan. Am Donnerstag wurde hier ein Flugblatt verbreitet und am Montag nächster Woche findet im obigen Lokal auch eine Versammlung statt. Aus dem Flugblatt ist besonders hervorzuheben, daß Herr Eyler überhaupt, und außerdem noch im hiesigen Wahlkreise geboren ist, bei Elmshorn seinen Wohnsitz hat, und daher besonders zum Reichstagskandidaten geeignet sein soll. — Die Brekwoldianer haben sich hier bisher noch nicht aus ihrem Schmollwinkel herausgewagt.

2. Reichstagswahlkreis (Apenrade-Flensburg). Dienstag Abend sprach zu Handewitt der Redaktör Jessen in einem Privatlokale für die Wahl des dänischen Kandidaten. Der Herr ließ sich über unsere Partei etwas vorsichtiger aus, als einige Tage vorher in Harrislee. Wußte er doch, daß unter den Zuhörern der Genosse H. Petersen, Kandidat des 1. Kreises, anwesend war. Letzterer nahm denn auch bald die Gelegenheit wahr, in der Diskussion die Bestrebungen unserer Partei klarzulegen. Jedenfalls muß man den Dänen vor allen anderen hier in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien ein gewisses parlamentarisches Anstandsgefühl zugestehen. Unser Redner wurde nicht so brutal niedergeschrieen, wie dies einige Tage vorher in der nationalliberalen Versammlung am hiesigen Orte unseren Parteigenossen passirt war. Man hörte vielmehr Petersen mit gespannter Aufmerksamkeit zu und ließ ihn mehrere Male zu Wort kommen. — Unsere Freude über das in Ekensund gewonnene Lokal sollte leider nicht von langer Dauer sein. Der Genosse Holzhäußer wollte, da es unmöglich ist, in Gravenstein, Rinkenis und Umgegend ein Lokal zu erhalten in dem benachbarten Ekensund, zu dem 1. Wahlkreis gehörig, sprechen, um sich auf diese Art den eingeladenen Wählern der benachbarten Orte des zweiten Kreises vorzustellen. Am Sonntag hatte dort auch der Genosse Petersen gesprochen, und es versicherte uns der Wirth, sein Lokal stände uns stets zu Versammlungen zur Verfügung. Als sich aber Genosse Müller am nächsten Tage an ihn wandte, erhielt er einen gegentheiligen Bescheid. So geht es uns leider an den meisten Orten; während der Raab von Dorf zu Dorf ziehen kann, ist es uns leider nicht möglich, selbst in größeren Orten, Lokale zu erhalten. In Wees z. B. hatte der Wirth seine schriftliche Zusage gegeben, bestellte aber trotzdem wieder ab. Auch in der Stadt Apenrade ist eine Versammlung unmöglich. Nun, wir lassen deshalb den Muth nicht sinken, wir sind frisch und fröhlich im Wahlkampfe. Einige ländliche Versammlungen haben wir noch nach; so spricht Holzhäußer am Sonnabend in Glücksburg, Dienstag in Krusau und vielleicht Mittwoch in Pattburg. Wir werden das Land desto intensiver mit schriftlicher Agitation bearbeiten.

6. Reichstagswahlkreis (Pinneberg-Elmshorn). In Glückstadt fand am Sonntag eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Knickrehm aus Glückstadt in za. 1¼stündigem Referat über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen" sprach. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Vorsitzende H. Schinkel ersuchte die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß die am 12. Juni hier stattfindende Versammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete v. Elm sprechen wird, besser besucht wird. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

m. **7. schlesw.-holst. Wahlkreis. Kiel,** 2. Juni. Vom tapferen Freisinn. In ganz schleppender Weise ist bislang seitens der bürgerlichen Parteien die Wahlagitation betrieben worden. Die Nationalliberalen und die Freisinnigen haben außer ihren Wahlartikeln in den beiderseitigen Zeitungen, „Nord-Ostseezeitung" und „Kieler Zeitung", nichts von sich hören lassen. Eine Flugblattverbreitung oder etwa eine öffentliche Agitation durch Versammlungen ist von diesen Parteien bislang nicht bewirkt worden. Mit einem ganz deprimirenden Gefühl sehen anscheinend die Freisinnigen dem Ausgang der Wahl entgegen; fast ist's, als ob die Energie und Siegeszuversicht unserer Partei ihnen allen Muth genommen habe. Und in der That sind die Vorzeichen der Wahl den Freisinnigen wenig günstig. Bei der vor einigen Wochen stattgehabten öffentlichen Versammlung des liberalen Vereins, in der Dr. Max Hirsch über das Koalitionsrecht der Arbeiter sprechen sollte und wobei man auf großen Zuzug der Kieler Arbeiter gerechnet hatte — hatte man doch zu dieser Versammlung den etwa 2500—3000 Personen fassenden Saal des „Colosseums" genommen — fanden sich denn auch — die Kellner mit eingerechnet — ganze 52 Mann ein. — Jetzt bereist der Abg. Barth den Kreis, um in einer Reihe von Städten Versammlungen abzuhalten. So weit ist's schon mit den Freisinnigen gekommen, daß sie diese in Kiel am kommenden Montag stattfindende Versammlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden lassen. Nur die liberalen Wähler sind eingeladen. Man verzichtet darauf, neue Anhänger zu gewinnen, und vielleicht mag man ja auch alle Ursache haben, nur noch den Versuch zu machen, die bisherigen Getreuen um sich zu schaaren. Besser konnte die politische Bankerotterklärung der freisinnigen Partei in unserem Kreise nicht geschehen, als hier durch diesen Ausschluß der Oeffentlichkeit. Was doch die Furcht vor der Sozialdemokratie nicht Alles zu Stande bringt. Die Freisinnigen fühlen selber, daß die Angriffe der Sozialdemokratie, und die wären in einer öffentlichen Versammlung nicht ausgeblieben, nicht ohne Erfolg bei ihren Wählern geblieben wären. Für den 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis können wir ruhig die Freisinnigen zu den Todten legen. Der Kreis gehört der Sozialdemokratie.

9. Reichstagswahlkreis (Oldenburg-Ploen-Segeberg). Die Kandidatenfrage der verschiedenen politischen Parteien ist für den 9. Wahlkreis erledigt. Genosse Weinheber unsererseits und Herr Damaschke von Seiten der Nationalsozialen waren die ersten auf dem Kampfplatze. Die Konservativen haben nach etwas langem Suchen einen Dr. Stockmann-Wiesbaden und die Freisinnigen den Fabrikanten Ed. Kleine-Plön aufgestellt. Dr. Stockmann bereist gegenwärtig den Wahlkreis. Er sprach am 26. Mai in Heiligenhafen vor ungefähr 250 Personen, davon 4/5 vom Lande, 1/5 aus der Stadt. In der Diskussion sprach Genosse Weinheber 15 Minuten. Dr. Stockmanns Rede hat wenig Eindruck gemacht in unserer Stadt, obgleich er etwas gewandter spricht wie v. Tungeln und Graf v. Holstein. Am 28. sprach der Herr in Großenbrode vor — 10 Personen, über diesen schwachen Besuch waren verschiedene nationale Herren sehr böse. Am 1. und 2. Juni sprach Dr. Stockmann in Grömitz und Neustadt. Der Herr rechnet sich zur freikonservativen Partei. Der Kandidat aller Freisinnigen Ed. Kleine-Plön — bekanntlich Führer der freisinnigen Volkspartei während der Novemberwahl — wird sich sich nächstens ebenfalls seinen Wählern vorstellen.

Aus dem Lokstedter Lager. Auf eine bisher unaufgeklärte Weise explodirte am Donnerstag Morgen um 10 Uhr, wie das „Hamb. Fremdenbl." berichtet, in den Wagenhäusern der 9. Artillerie-Brigade ein Geschoß, wodurch dem Arbeiter Johann Clüver aus Winseldorf die linke Hand abgerissen wurde und er außerdem an einem Bein starke Verletzungen erlitt. Der Depotarbeiter Johann Gesau erlitt mehrere Verletzungen im Gesicht und an beiden Beinen. Der Erstere wurde per Tragkorb in das hiesige Garnisonlazareth übergeführt, woselbst er hoffnungslos darniederliegt.

Soziale Rundschau.

Die städtischen Arbeiter in Stuttgart. In der letzten Gemeinderathssitzung wurde die Arbeitsordnung für die Lohnarbeiter der Stadt Stuttgart angenommen. Sie umfaßt Vorschriften in Betreff der Arbeitszeit, des Lohnes, der Auflösung des Arbeitsverhältnisses, der Ordnungs-Vorschriften und der -Strafen; ferner sind darin Bestimmungen enthalten bezüglich der Einberufung von Arbeitern zu militärischen Friedensübungen. Um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, Wünsche und etwaige allgemeine Beschwerden unmittelbar vorzulegen, ist ein Arbeiterausschuß geschaffen worden. Bei der Einzelberathung wurden noch einige Abänderungen vorgenommen; so ist z. B. in § 4 die Forderung, daß die einzustellenden Arbeiter „unbescholten" sein müssen, gestrichen worden. Ein Antrag, die Bestimmung, wonach jeder neue Arbeiter sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen muß, zu streichen, fand nicht die erforderliche Unterstützung. Weiter ist hervorzuheben, daß die Einführung einer achttägigen Lohnzahlung in Aussicht genommen ist; einer Anregung, ähnlich wie im Baugewerbe, von einer Kündigungsfrist (§ 18 sieht eine vierzehntägige vor) gegenseitig vollständig abzusehen, wurde keine Folge gegeben. § 28 verbietet u. A. auch das Fluchen auf der Arbeitsstelle; es wurde von mehreren Mitgliedern des Gemeinderaths beantragt, diese Bestimmung zu streichen; der Antrag wurde indeß mit Mehrheit abgelehnt.

Vermischtes.

Ein humaner Richterspruch. In London war ein armer Teufel, der aus Hunger ein Brot gestohlen hatte, während der Bäcker für einen Augenblick den Laden verlassen hatte, des Diebstahls angeklagt; er wurde freigesprochen. Nachdem der Richter den Freispruch verkündet hatte, rief er den Bäcker vor und richtete an ihn folgende Worte: „Sie schreckten nicht davor zurück, einen Unglücklichen arretiren zu lassen, der Ihnen ein Brot in geringem Werthe entwendete und dessen Aussehen Ihnen sein Elend genugsam verrathen haben muß. Sie setzten ihn der Gefahr aus, als Dieb abgeurtheilt zu werden und damit für immer entehrt zu sein. Und Sie, ein wohlgenährter Mann, haben das gethan, weil Sie sich in Ihrem Rechte glaubten. Das Recht war freilich auf Ihrer Seite, aber nicht die Gerechtigkeit und nicht die Menschlichkeit. Trotzdem hätte ich gegen Sie Nachsicht geübt, wenn ich nicht gesehen hätte, daß, als soeben ein Hut herumgereicht wurde, um darin Gaben für den Unglücklichen zu sammeln, Sie nichts in den Hut warfen. Sie hatten kein Mitleid mit dem Hungrigen, ich habe daher auch kein Mitleid mit Ihnen. Ein unter der Königin Elisabeth erlassenes Gesetz bestimmt, daß ein Bäcker, der seinen Laden allein läßt, zu einem Tage Gefängniß verurtheilt werde, weil er dadurch die Hungrigen in Versuchung führt. Dieses Gesetz wende ich auf Sie an, diktire Ihnen einen Tag Gefängniß und die Tragung der Gerichtskosten." So etwas kann auch nur in dem wilden Lande England vorkommen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. Juni. (R. T.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes über Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden.

Berlin, 3. Juni. (R. T.) Kanonenboot „Wolf" ist am 1. ds. in Kapstadt angekommen.

Osnabrück, 3. Juni. (R. T.) Der Bischof von Osnabrück hat an den Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein ein Schreiben gerichtet, in dem er nunmehr den am 27. November v. J. ertheilten Dispens zur Feiertagsarbeit am Piesberge mit dem Bemerken zurückzieht, daß er diese Maßregel ergreife, weil die betreffenden Pfarrgeistlichen ihr früher abgegebenes Gutachten nunmehr als unrichtig bezeichnet und zurückgenommen hätten.

München, 3. Juni. (R. T.) Das „Süddeutsche Korrespondenzbüreau" bezeichnet die Nachricht, daß ein königlich baierischer Staatsminister bezw. Bundesrathsbevollmächtigter beim Bundesrath einen Reichstagswahlgesetzentwurf vorgelegt oder Abänderungsanträge bezüglich des Reichstagswahlgesetzes gemacht habe, als völlig aus der Luft gegriffen.

Zabern i. Els., 3. Juni. (R. T.) Das Landgericht verurtheilte heute in der Beleidigungsklage des Pfarrers l'Huillier in Albersweiler gegen den Pfarrer Gerbert in Saarburg i. L. (wegen einer Kritik des letzteren über Vorkommnisse bei einer Frohnleichnamsprozession in Albersweiler) den Beklagten wegen Beleidigung in zwei Fällen zu M. 32 bezw. M. 20 Geldstrafe. Außerdem soll das Urtheil in mehreren Zeitungen veröffentlicht werden. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Beklagten auferlegt. Die Nebenkläger wurden kostenpflichtig abgewiesen.

Wien, 3. Juni. (R. T.) Abgeordnetenhaus. Bevor das Haus in die Tagesordnung eintritt, verweist der Abg. Dr. v. Mitewski auf die große Anzahl der eingebrachten Regierungsvorlagen, die für die Bevölkerung von höchster Wichtigkeit seien. Die Erledigung des Büdgetprovisoriums bedeute für das Parlament das Ausüben des wichtigsten Rechtes. Redner fragt den Präsidenten, ob er geneigt sei, für die erste Lesung dieser Regierungsvorlagen neben den Sitzungen für die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände besondere Sitzungen anzusetzen. — Der Präsident erklärt, er werde in dieser Angelegenheit die Obmänner aller Parteien befragen. (Beifall links.) Abg. Resel (SD.) wünscht die sofortige Ueberweisung der Vorlage, betr. die Aufhebung des Zeitungsstempels, an den Büdgetausschuß. Der Präsident erklärt, auch wegen dieser Frage die Obmänner der Klubs befragen zu wollen. Darauf geht das Haus zur Tagesordnung über und setzt die Debatte über die Sprachenanträge fort.

In fortgesetzter Debatte über die Sprachenverträge erklärte der Abgeordnete Kronawetter, in weiten Volkskreisen herrscht die Ueberzeugung, daß das Haus seinen Aufgaben nicht gerecht werde. Diesen Zuständen müsse ein Ende gemacht werden. In den Gautsch'schen Sprachenverordnungen erblickt Redner einen gewissen Fortschritt. Der Sprachenausschuß verdiene das Wohlwollen aller Parteien; er werde für denselben stimmen. Abgeordneter Schücker bespricht die Grazer Vorgänge und sagt, so lange die Sprachenverordnungen nicht aufgehoben würden, werde das Haus nicht arbeitsfähig werden. Die Behauptung, die Deutschen Böhmens strebten nach Vorherrschaft sei lächerlich. Die Deutschen wollten nur den Frieden in Berlin. Redner verlangt die Kodifizirung der deutschen Staatssprache. Abg. Tittinger bezeichnet das Verlangen nach Herrschaft der Deutschen in Oesterreich als unausführbar. Die Deutschen können nur die Führerschaft anstreben, die aber nicht durch Gesetze erzwungen werden können. Die Obstruktion der Deutschen gegen den Sprachenausschuß wären verfehlt, da die Verhandlungen dort jedenfalls zur Aufgabe der Sprachenverordnungen würden führen müssen. Abg. Pfersche erklärt, die Sprachenverordnungen müßten aufgehoben werden. Redner bespricht die Ernennung des Grafen Gleispach zum Oberlandesgerichtspräsidenten von Steiermark, kritisirt das Verhalten des böhmischen feudalen Adels, der sich mit der radikalen Politik verbinde, verurtheilt das Verhalten des böhmischen Statthalters und erklärt, eine Verständigung für unmöglich, so lange die jungtschechische Partei die Führerschaft im Volke habe. Nächste Sitzung Montag.

London, 3. Juni. (R. T.) Das Reuter'sche Büreau erfährt: Eine starke englische Truppenabtheilung werde einen Theil der englisch-egyptischen Expedition nach Chartum bilden. Die Expedition werde insgesammt 20 000 Mann umfassen und Anfangs Oktober dort eintreffen. Es geht das Gerücht, die Derwische hätten Shabluka, die stärkste Stellung zwischen Berber und Chartum, geräumt. Der Khalif konzentrire seine Streitkräfte in Omdurman.

London, 3. Juni. (R. T.) Das besonders durch sein Eintreten für die Interessen der Seeleute bekannte ehemalige Parlamentsmitglied Plimsoll ist heute früh gestorben.

Haag, 3. Juni. (R. T.) Nach einer amtlichen Meldung hat die nach Pedir entsandte niederländische Expedition ihr erstes Angriffsziel Garut, ohne erhebliche Verluste zu erleiden, genommen. Die Atchinesen zogen sich mit Tuku-Omar zurück. Der Aufenthalt der Letzteren ist unbekannt.

Konstantinopel, 3. Juni. (R. T.) Meldung des Wiener Korr.-Bür.: Die russische Botschaft lenkte die Aufmerksamkeit der Pforte auf die mangelhaften Sicherheitszustände in Konstantinopel und auf die Nachlässigkeit der Polizei gegenüber den in der letzten Zeit zahlreich eintreffenden Kurden, Lazen, Tscherkessen und die begünstigende Behandlung, welche dieselben seitens der Behörden erfahren.

Der Sultan hat 19 im Adrianopeler Prozeß angeklagte Armenier, darunter 4 Priester, in Freiheit setzen lassen.

Die Räumung der 4. Zone Thessaliens hat sich in den letzten Tagen verzögert, da Griechenland die der Türkei zugesprochenen Grenzpunkte Malaszaki und Grileopo zwar geräumt, jedoch gegen deren Uebergabe an die Türkei protestirt hat. In Folge dessen hat die Pforte die Grenzpunkte zwar nicht besetzt, dagegen aber die Räumung verzögert. In Folge der Intervention des Doyen des diplomatischen Korps wurden Edhem Pascha Instruktionen für die Räumung übermittelt und mit den Delegirten die Räumung der 4. Zone bis zum 6. Juni mit Ausnahme von Volo und der Grenzpunkte Gritzovali und Nezero vereinbart, welche die Pforte bis zur definitiven Uebergabe der oben genannten zwei an sie abgetretenen Grenzpunkte besetzt zu halten beabsichtigt. Die Delegirten protestirten dagegen, daß Volo bis zum 6. Juni nicht geräumt werde. Edhem Pascha erklärt aus Gründen der Disziplin, den geplanten theilweisen Landtransport vermeiden zu müssen. Gegenwärtig harren noch 25 Bataillone der Transportirung. Morgen findet eine Versammlung der Botschafter statt.

Athen, 3. Juni. (R. T.) In der verflossenen Nacht wurde hier und in den meisten Städten des Peloponnes ein heftiger Erdstoß verspürt. In Tripolitza wurden Gebäude beschädigt. Menschen wurden nirgends verletzt.

Yokohama, 3. Juni. (R. T.) Meldung des Reuter'schen Büreaus: Die Regierung beschloß, dem japanischen Syndikat den Betrag von 180 000 Pfd. Sterl. aus der Kriegsentschädigung vorzustrecken, damit das Syndikat die Eisenbahn zwischen Söul und Tschimulpo erwerben und ausbauen könne.

Melbourne, 3. Juni. (R. T.) Bei der heutigen Volksabstimmung in Victoria und Tasmania wurde die vorgeschlagene Gründung eines australischen Staatenbundes angenommen.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

New-York, 3. Juni. (R. T.) Die aus 39 Mann bestehende Besatzung des spanischen Dampfers „Rita", der, wie gemeldet, von dem amerikanischen Hülfskreuzer „Yale" aufgebracht wurde, ist nach New-York gebracht und dem österreichischen Konsul übergeben worden, der sie nach Spanien zurückschaffen lassen wird.

Havana, 3. Juni. (R. T.) Drei spanische Kanonenboote, die Schiffe mit Lebensmitteln geleiteten, liefen in den Hafen von Cienfuegos ein. Als sich an einer Stelle des Ufers eine Schaar Insurgenten zeigte, eröffnete eines der Kanonenboote das Feuer, worauf die Insurgenten eine weiße Fahne hißten und erklärten, sich zwar nicht zu unterwerfen, aber nicht gegen die Spanier kämpfen zu wollen. Man glaubt, daß ihr Verhalten auf einen von Maximo Gomez erhaltenen Befehl zurückzuführen sei, während Garcia dafür sei, daß die Aufständischen zu Lande die seitens der Amerikaner geplante Aktion unterstützen. In der Provinz Santiago de Kuba griffen die Insurgenten dieser Tage das in der Nähe von Holguin gelegene Fort Loma Cruz an, wurden aber unter dem Verlust von 68 Todten zurückgeschlagen.

Briefkasten.

W. J. Kann nie Zeitwort sein, sondern nur als Umstandswort oder als Hauptwort gebraucht werden. Im ersteren Fall wird das Wort mit kleinem, im anderen mit großem Anfangsbuchstaben geschrieben, nach Puttkamerscher Orthographie immer mit kleinem.

B. B. 111. Das kann immer da geschehen, wo die Betreffenden mit ihren Frauen in Gütergemeinschaft leben.

A. E. J. D. Geben Sie Ihre volle Adresse an.

Zwei Scholeser. Die „Augusta Victoria" läuft 18 bis 20 Knoten pro Stunde.

E. D. Die Klage wird zu Ihren Gunsten entschieden werden. Wie viel pro Woche Sie verlangen, das müssen Sie doch wissen.

M. O. 20. Das Urtheil ist erst vier Wochen nach der Verkündigung, in Ihrem Falle also erst am 29. Juni, rechtskräftig, wenn bis dahin keine Berufung eingelegt ist. Ihr Gegner ist also im Recht; Sie müssen eben bis zum 29. Juni warten.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und ausgehende Schiffe.

(Deutscher Reichstelegraph.)

(Nachdruck verboten.)

Cuxhaven, 3. Juni, Morgens.

	Angekommen am 2. Juni.	Kapt.	Von
N. 4,25	August Bröhan (F.-D.)	Stemmer	d. Nordsee
„	Stör (Lugger)	Lange	do.
5,20	Altona (F.-D.)	Linde	do.
6,15	Elbe (F.-D.)	Mewes	do.
7,—	Hawkesbury (schwed. Bk.)	Evensen	Savannah
7,10	Sverre Sigurdsson (D.)	Jerwell	Drontheim
7,15	Phyllis (D.)	Beaton	Taganrog
7,40	Ashington (D.)	Ravenburn	Blyth
„	Blitz (Schlepper)	Feldtmann	Bremen
„	Nachrichten (Leichter)	v. d. Fecht	do.
„	Vereinsblatt (Leichter)	Röhling	do.
„	Amtsblatt (Leichter)	Peyer	do.
„	Sommerfeld (D.)	Hahn	Sydney
8,15	Esbjerg (D.)	Bentzen	Esbjerg
8,20	Alster (D.)	Kuiper	Rotterdam
8,35	Fram (D.)	Nilsson	Rouen
„	Mississippi (norw. Bk.)	Jacobson	Progreso
9,30	Adonis (d. Bk.)	Muller	Bahia
„	Catharine Mary (engl. Sch.)	Nicholas	Port Madoc
„	Twelve Apostels (engl. Sch.)	—	England
„	Mercur (D.)	Moriensen	Esbjerg
12,—	Seamew (D.)	Wright	Harwich
	3. Juni.		
B. 5,—	Lincoln (D.)	Watts	Grimsby
6,15	Linn O'Dee (D.)	Milne	Aberdeen
„	Tangermünde (D.)	Gibson	Kings Lynn

Ferner auf: gest. Abend Fischerfahrzeuge S. B. 77, 12, H. F. 188, 183, 85. — August Bröhan hatte Lugger Stör im Tau; letzterer hat den Großmast gebrochen und Kluverbaum verloren. — Hawkesburg wurde durch Möwe bugsirt. — Mississippi wurde hier vom Schlepper Terschelling in's Tau genommen. — Adonis ankert hier.

Cuxhaven, 3. Juni, Vormittags.

	Angekommen am 3. Juni.	Kapt.	Von
B. 6,50	Helgoland (Schlepper)	Martens	Bremen
„	B u. D (Kähne)	—	do.
„	Athlet (Schlepper)	Smidt	do.
„	Fremdenblatt (Leichter)	Mathies	do.
„	Dr. Giese (F.-D.)	Ruhnau	d. Nordsee
7,15	Valeria (P.-D.)	Petersen	Valparaiso
„	Huron (D.)	Clark	New-York
7,40	T. E. Forster (D.)	—	Grangemouth
7,50	Allemannia (P.-D.)	Schmidt II.	Westindien
7,50	Jet (D.)	Jeffers	Newcastle
„	Empreß (D.)	Cooper	Hartlepool
„	Saturn (Schlepper)	Stidersdorff	Bremerhaven
„	Nr. 71 u. 43 (Kähne)	—	do.
„	Planet Mercury (D.)	James	Norfolk
8,15	Hunze IX (D.)	Stutvoet	Groningen
„	Amelie (russ. Bk.)	Juvelius	Florida
„	Neptun (d. Scho.)	—	—
„	Start (D.)	Weatherill	Taganrog
9,30	Johanna (Gt.)	Behrens	—
„	Gesina (Tj.)	—	—
„	Georg (Tj.)	Jelden	—
„	Weimar (D.)	Thomas	Leith
„	Sophie (Tj.)	Jelden	—
9,45	Christina (Tj.)	—	—

Von hier auf: 7 Uhr 45 Min. Schlepper Roland mit Bark Adonis, die Schooner Ida und Hannah. — 10 Uhr: Dampfboot in Sicht.

In See gegangen am 3. Juni.

	Nach
B. 7,40 Lodes (D.)	Middlesbro

Wind: NW., schwach. Wetter: bedeckt. — Barometer: 759.5 Thermometer: + 8° (R.).

Helgoland meldet: Wind: SW., leicht. Wetter: wolkig. See: ruhig.

Cuxhaven, 3. Juni, Nachmittags.

	Angekommen am 3. Juni.	Kapt.	Von
B. 10,25	Liberty (D.)	Tulley	Goole
„	Nordsee (Loots.-Scho.)	Mehrkens	d. Nordsee
„	Strathdon (D.)	Philips	Philadelphia
12,—	Weste (D.)	—	Newcastle
N. 12,20	Emma Sauber (D.)	Greventz	Sunderland
1,35	Minerva (D.)	v. Sprekelsen	London
2,25	Ophelia (D.)	Bock	do.

Ferner auf: Mittags Fischerfahrzeug H. F. 189. — 4 Uhr: Dampfboot in Sicht.

In See gegangen am 3. Juni.

	Nach
B. 9,50 Dingwall (D.)	Cardiff
N. 12,40 Gesina (Jolle)	Oldenburg
„ Christine (Kahn)	Bremen
„ Matrona (Gs.)	Bremerhaven
„ Sibra (holl. Tj.)	Bremen
„ 1,35 Windsor Park (engl. Schiff)	Port Pirie
3, 5 Alster (F.-D.)	d. Nordsee
3,45 Emma (F.-D.)	do.

Ferner seewärts: 1 Uhr die Ewer Emanuel, Catharina Maria, Wilhelm, Amandus, Adele, Johanne, Achilles, Hoffnung, John Georg, Elisabeth, Maria, Gloria, Antonie, Gesine, Wilhelmine, Kahn Friderike. — Windsor Park wurde durch Centaur bugsirt.

Wind: NW., mäßig. Wetter: bewölkt. — Barometer: 761. Thermometer: + 9° (R.).

Helgoland meldet: Wind: NW., leicht. Wetter: bedeckt. See: leicht bewegt.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

„Fürst Bismarck", Kapt. Albers, ist am 2. ds., 11 Uhr Vorm., mit 539 Passagieren, Post, 185 000 Doll. Contanten und Ladung von New-York via Cherbourg und Southampton nach Hamburg abgegangen. — „Flandria", Kapt. von Döhren, ist am 2. ds. von St. Thomas via Havre nach Hamburg abgegangen. — „Helvetia", Kapt. Meyer, ist am 2. ds. von New-Orleans nach Hamburg abgegangen. — „Andalusia", Kapt. Schrötter, ist auf der Heimreise am 2. ds., 3 Uhr Nachm., wohlbehalten von Penang nach London weitergangen. — „Primavera", Kapt. Reeckmann, traf am 2. ds. in Rio Grande do Sul ein. — „Professor Woermann, Kapt. Carstens, ist auf der Heimreise am 2. ds., 1 Uhr Nachmittags, Ouessant passirt. — „General", Kapt. Gauhe, ist auf der Ausreise am 3. ds. in Dar-es-Salaam eingetroffen. — „Augsburg", Kapt. Biert, von Hamburg und Antwerpen nach Australien, ist am 2. ds., Nachmittags, in Sydney angekommen. — „Delos", Kapt. Willens, ist am 3. d. von Petersburg nach Antwerpen abgegangen. — „Rhodos", Kapt. Bidlie, war auf der Reise nach Malta am 2. d. in Tanger. — „Chios", Kapt. Hille, ist am 2. d. von Algier nach Malta weitergegangen. — „Bürgermeister Petersen" ist am 3. d., Vorm., in Danzig angekommen. — „Minister Maybach" ist am 2. d., Vorm., in New-York angekommen. — „Brilliant" ist am 1. d., Nachm., in New-York angekommen. — „Standard" ist am 2. d., Nachm., in New-York angekommen. — „Goldenfels" ist rückkehrend von Suez weitergegangen. — „Sonck" ist in Liffabon angekommen. — „Wolfsburg" ist rückkehrend von Deptford weitergedampft. — „Olinde Rodrigues" traf am 2. d. von Haiti ꝛc. in Havre ein. — „Olinda", Kapt. Hansen, ist am 1. d. von Hamburg und Antwerpen in Galveston angekommen.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Heinrich Leisten mit Barbara Ida Klinkhammer. — Curt August Bruno Bräuer mit Louise Minna Welle. — Anton Robert Thimann mit Anna Dorothee Juliane Perdick. — Johannes Anton Jungnickel mit Emma Margaretha Dorothea Thomsen. — Johann Joachim Carl Heinrich Frarf mit Mary Christine Henriette Bramfeldt. — Carl August Wilhelm Lampe mit Adolfine Maria Friederika Waedow. — Albert Emil Heinrich Schröder mit Auguste Magdalena Emma Martini. — Christian Friedrich Joachim Theodor Martin Mundt mit Anna Marie Margarethe Hilse. — Wilhelm Friedrich Ludwig Ehring mit Dorothea Sophie Marie Lange. — Otto Maiggler mit Anna Walburga Strigel.

Standesamt Nr. 2.

August Martin Hars mit Wilhelmine Johanna Dorothee Freytag. — Francesco Chiarani mit Giovanna Grisosta. — Theodor Wolter mit Caroline Juliane Kuhse. — Gustav Johann Martin Bartelt mit Henriette Marie Elise Thomsen. — Carl August Heinrich Heins mit Maryke Konrad. — Ernst Wilhelm Andert mit Auguste Minna Marie Schultz. — Ture Alfred Gustafsson mit Maria Auguste Sophia Harder. — Ludwig Martin Hermann Vollmer mit Clara Friederike Auguste Watterodt.

Standesamt Nr. 3.

Paul Kornmann mit Metta Dose. — Ernst Emil Henke mit Anna Victoria Reischel. — Emil Otto Wilhelm Peter mit Catharina Maria Elisabeth Feddern.

Standesamt Nr. 20.

Heinrich Julius Victor Leopold Heyer mit Dorothea Sophia Tems. — Carl Otto Heinrich Ohlhaver mit Emma Franziska Caroline Dierks. — Gustav Bernhard Martin mit Clara Marianne Elise Geertz.

Hamburg, den 2. Juni 1898.

Standesamt Nr. 21.

Adolf Friedrich Christian Thomsen mit Inga Berntine Oevreset. — Georg Friedrich Hummel mit Bertha Wilhelmine Margaretha Kurs.

Standesamt Nr. 22.

Johann Joachim Heinrich Gäde mit Karolina Wilhelmina Johanna Kruse. — Wilhelm Heinrich Carl Friedrich Langhans mit Anna Sophie Elise Schlie.

Hamburg, den 1. Juni 1898.

Versammlungs-Anzeiger.

Vereine:

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntniß gegeben wird.

Sonnabend, den 4. Juni, Abends 8 Uhr: **Volksversammlung in Curslack,** bei Caesar Eggers. — **Polnische Wähler-Versammlung in Wilhelmsburg,** bei Stüben. — Abends 8½ Uhr: **Staatl. gepr. Maschinisten,** bei Wasmuth, Stubbenhuk 32. — **Sattler und Tapezierer,** bei von Salzen. — **Buchdrucker, Schriftgießer ꝛc., von Hamburg und Umgegend,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Schuhmacher Altonas,** bei Geick, Kl. Freiheit 87. — Abends 9 Uhr: **Oeffentliche Versammlung der Gärtner,** bei Pfabe, Hohe Bleichen 30.

Sonntag, den 5. Juni, Vormittags 11½ Uhr: **Volksversammlung,** in der „Elb-Halle", 2. Bernhardstraße, St. P. — Nachmittags 3 Uhr: **Schiffszimmerer,** bei Tütge, Valentinskamp. — Nachmittags 3½ Uhr: **Zimmerer Wilhelmsburg,** bei Rieckmann, Rothehaus. — Nachmittags 4 Uhr: **Polnische Wählerversammlung in Altona,** im „Schweizer-Saal", Gr. Freiheit. — **Volksversammlung in Ochsenwärder-Ortkathen,** bei J. Meyer. — **Volksversammlung in Schiffbek,** bei Seif. — **Im Heizungsfach beschäftigte Personen,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — Abends 7 Uhr: **Volksversammlung in Tatenberg-Spaden-land,** bei Chr. Garbs.

Montag, den 6. Juni, Abends 8 Uhr: **Polnische Wählerversammlung in Schiffbek,** bei Bocke. — Abends 8½ Uhr: **Volksversammlung für Eppendorf-Winterhude-Harvestehude,** im „Eppendorferbaum". — **Schuhmacher Ottensens,** bei Kock, Große Rainstraße 21. — **Oeffentliche Frauenversammlung für Altona,** im „Germania-Saal", Gr. Freiheit.

Dienstag, den 7. Juni, Abends 9 Uhr: **Tabakarbeiter-Genossenschaft,** bei Kröger, Hamburgerstr., Altona. — **Konditoren,** bei Voß, Gr. Michaelisstr. 6.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell u. Ko. Nachfolger.
Hamburg, 3. Juni, 12 Uhr Mittags.

Thermometer (° C) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph
+ 9,6	+ 16,7	+ 7,2	761,2	SO	Regen

Eintritt der Fluth und Ebbe in Hamburg am 4. Juni:
Fluth: 12 Uhr 16 Min. | Ebbe: 5 Uhr — Min.

Wasserstand der Oberelbe.

Bei Aussig	2. Juni	—	
„ Dresden	2. „	+ 0,50	m.
„ Bardy	2. „	+ 2,74	m.
„ Magdeburg	2. „	+ 2,41	m.
„ Wittenberge	2. „	+ 3,09	m.
„ Domitz	1. „	+ 2,63	m.
„ Lauenburg	2. „	+ 2,66	m.

Allgemeine Prognosen der Wetterkarten der Seewarte Am 4. Juni:
Nordwestdeutschland: Aufklarendes, etwas wärmeres Wetter mit schwachen Winden aus westlichen Richtungen. Keine oder geringe Niederschläge.

Anzeigen.

(Für den Anzeigentheil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Todes-Anzeige.

Plötzlich und unerwartet verstarb am 3. Juni mein lieber Sohn, der Gastwirth

Johannes Thumann.

Ehre seinem Andenken!

Auf's Schmerzlichste vermißt von seinem alten

Vater und Brüdern.

Die Beerdigung findet statt am Montag, Nachm. 2 Uhr, vom Sterbehause, Taubenstr. 7.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Nachbaren sage ich hierdurch für die zahlreiche Betheiligung und Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau **M. Schult** den tiefgefühltesten Dank.

F. Schuldt nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten für die herzliche Theilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung der

Frau Lehmann

meinen besten Dank.

Theodor Beeck.

Oeffentl. Versammlung der Gärtner

am Sonnabend, 4. Juni, Abends 9 Uhr, im Lokale d. Herrn **Pfabe,** Hohe Bleichen 30.

Tages-Ordnung:
„Die gewerkschaftliche Organisation."
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:

Sozialdemokratische Bibliothek:

Heft 1.	Gesellschaftliches und Privateigenthum	—,10
Heft 3.	Dietzgen, J., Die Zukunft der Sozialdemokratie	—,10
Heft 4.	Marx, Karl, Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln	—,25
Heft 5.	Bebel, Aug., Unsere Ziele	—,20
Heft 6.	Wolff, Wilh., Die schlesische Milliarde	—,20
Heft 7.	Dietzgen, J., Sozialpolitische Vorträge	—,15
Heft 8.	Der todte Schulze gegen den lebenden Lassalle	—,25
Heft 9.	Lafargue, P., Der wirthschaftliche Materialismus	—,20
Heft 11.	Kaler, Emil, Wilhelm Weitling	—,40
Heft 12.	Christenthum und Sozialismus	—,10
Heft 13.	Engels, Fr., Zur Wohnungsfrage	—,25
Heft 14.	Deville, G., Gracchus Babeuf u. die Verschwörung der Gleichen	—,25
Heft 16	Die Chartistenbewegung in England	—,25
Heft 17.	Liebknecht, Wilh., Hochverrath und Revolution	—,25
Heft 18.	Dietzgen, J., Streifzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnißtheorie	—,25
Heft 19.	Lafargue, P., Das Recht auf Faulheit	—,15
Heft 21.	Eccarius, J. Gg., Eines Arbeiters Widerlegung der Lehren J. St. Mills	—,30
Heft 28.	Bracke, Wilh., „Nieder mit den Sozialdemokraten!"	—,10
Heft 31.	Lafargue, P., Die Entwicklung des Eigenthums	—,25
Heft 32.	Der Zeitgeist. Eine Skizze von E. K.	—,15

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.,
Gr. Theaterstraße 44.

Im Erscheinen begriffen ist:

Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie

von

Franz Mehring.

Erscheint in 14 tägig. Lieferungen à 20 Pf.

Ia Engl. Leder-Hosen,

sowie sämmtliche **Arbeiter-Artikel,** nur eigene Anfertigung, empfiehlt zu bill. Preisen

Röhrendamm 100. Ph. Daltrop.

Grundstückverkauf.

Habe in Ahrensburg, 10 Min. vom Bahnhofe, ein kleines Grundstück von 2 Wohnungen nebst Stallgebäude für M. 3500 zu verkaufen. Außerdem 2 Bauplätze, pr. □-Fuß 10 u. 12 ₰. Alles direkt an der Chaussee belegen.

S. Deppe, Langenfelde, Eimsbüttelerstraße 20, 2. Et.

2. Hamburger Wahlkreis.

Volks-Versammlung

Sonntag, den 5. Juni, Vormittags 11½ Uhr,
im Lokale des Herrn Hoyer, (Elb-Halle),
„Bei der Erholung", Ecke 2. Bernhardstraße, St. Pauli.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Referent:
Reichstagskandidat J. H. W. Dietz, Stuttgart.

Um recht zahlreiches Erscheinen bittet

Der Einberufer.

Sozialdemokrat. Partei in Altona.

Oeffentliche Frauen-Versammlung

am Montag, 6. Juni, Abends 8½ Uhr,
im „Germania-Saal" des Hrn. Heussler, Gr. Freiheit.

Tages-Ordnung:

1) Vortrag des Reichstags-Kandidaten Karl Frohme über:

Interessen und Rechte der Frauen und deren Vertretung im Reichstage.

2) Die Aufgaben der Frauen bei der bevorstehenden Reichstagswahl.

Mit Einberufung dieser Versammlung wird vielseitig geäußerten Wünschen genügt. Frauen des arbeitenden Volkes, findet Euch zahlreich ein!

Die Vertrauensperson der Frauen Altonas.

Soeben erschienen:

Führer durch Hamburgs Umgegend.

Zum Gebrauch für Arbeiter und Arbeitervereine.

Enthaltend:
Verzeichniss empfehlenswerther Lokale,
Adressen-Verzeichniss der Arbeiterorganisationen,
Neueste und genaue Karte (von Geesthacht bis Stade).

Preis 30 Pfg.

Zu haben in der Buchhandlung von **Auer & Co.,**
Grosse Theaterstr. 44.

Arbeitsmarkt

Größere süddeutsche
Zigarrenfabrik
sucht einen tüchtigen
Sortirer
als Meister. Off. sub **A. N. 69** Hotel **Kronprinzen, Hamburg.**

Schuhm. ges. i. Hause. Sophienstr. 13, **Löser.**

Ges. Putzer auf Lederpantoffel. A. Metscher, Am Sood 9, Ottens.

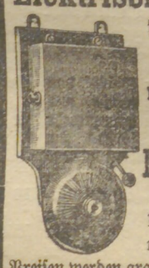
Ges. geübte Stepperin. Lohmühlenstr. 53, III. r., Alt.

Ges. Zig.-Arb. a. H. M. 13. Billh. Röhrendamm 249.

Ges. vier tücht. Rapperstr. Ellernthorsbrücke 5.

Rohtabak-Lager
Alois Doutiné, Lornsenstr. 29, pt. r., Alt.

Elektrische Glocken,



sowie sämmtl. Material für **Telephon-, Telegraphen-, Blitzableiter-Anlagen.**

A.-Ges. Mix & Genest, Neuerwall 17.

Unsere neuen Preislisten mit wesentlich reduzirten Preisen werden gratis verabfolgt. Verkauf an Installatöre.

Knackstedt & Näther
Photographen,
Grosse Bleichen 30.
Uhlenhorst, Hofweg 50.
Eppendorfer Landstrasse 190.
Cuxhaven, Deichstr. 17.
12 Kabinets M. 10 und 12.
12 Visites M. 4,50 und 6,—.
Sonntags den ganzen Tag geöffnet.

Getragene und neue

Herr.-, Dam.- u. Kindergarb., Herr.-Anz. von M. 7 an. Herren-Röcke u. Jackets v. M. 2 an. Som.-Paletots v. M. 5 an. Eleg. neue Herren-Anz. v. M. 15 an, Frack-Anz. v. M. 12 an. Mod. Damenkl. v. M. 4 an, wie Damen-Röcke, Kragen, Jackets v. M. 1,50 an, Blous. v. 50 ₰ an, sowie eleg. Straßen- u. Ballkleid. i. Seide, Sammet u. Wolle v. M. 4 an, auch Kinderkleid., Knaben-Jack. u. Hosen, Fußz., Wäsche, Hüte v. 50 ₰ an.

Es lohnt sich der Weg von weit und breit nach Bartelsstraße 47, Ecke Susannenstraße. Frau **Schwarz.**

Mit Genehmigung Eines Hohen Senats.

Weimarer Lotterie.

Es gelangen **10000 Gewinne** in **2 Ziehungen** zur Verloosung. Die Loose, welche in der ersten Ziehung **nicht** gezogen worden, nehmen **ohne Nachzahlung** an der zweiten Ziehung Theil.

Erste Ziehung 11. bis 13. Juni d. J.

Gewinne i. W. v. M. 50000,
20000, 10000, 5000, 3000, 2000, 1000 ꝛc.

Zweite Ziehung 8. bis 14. Dezember.

Loose à M. 1, 11 Loose für M. 10, für Porto u. Listen 20 ₰ extra, versendet das Bankhaus

Carl Heintze, Hamburg, Ferdinandstr. 74.

Das Depot u. Lagerhaus, Dammthorstr. 32,
beleiht und lagert Waaren, Mobilien und Inventarstücke auf beliebige Zeit.
Telephon I, 6271.

Das Spezial-Geschäft
von Fabrikaten aus der Fabrik
von **A. L. Mohr, Altona-Bahrenfeld,**
Inhaber:

F. H. Bruns,

Ottensen, Bahrenfelderstr. 56/58,
Fernsprecher 148,

empfiehlt:

Allerfeinste Margarine, Marke „-FF-" im Geschmack, Nährwerth u. Aroma gleich guter Butter, à Pfd. 55 ₰, Marke II à Pfd. 50 ₰, Marke III à Pfd. 45 ₰.

Garantirt reines Schweineschmalz, à Pfd. 40 ₰.

Mohren-Cacao, garantirt rein und im Geschmack, Nährwerth und Aroma gleichwerthig mit den theuersten deutschen und holländischen Cacao-Sorten à Pfd. 160 ₰.

Mohren-Chocolade, garantirt rein Cacao und Zucker, von gleicher Güte, wie alle anderweitig angebotenen theureren Sorten, 8- und 4rippig, per Rippe von za. 22 gr 5 ₰; per Pfd. 110 ₰.

Mohren-Kaffee, bestehend aus einer Mischung von feinem Bohnenkaffee und besten Kaffee-Ersatzmitteln, giebt ohne weiteren Zusatz von Bohnenkaffee ein kräftiges, wohlschmeckendes Getränk mit vollem Aroma und goldbrauner Farbe, à Pfd. 60 ₰.

Feigen-Kaffee-Surrogat, als Zusatz zum Bohnenkaffee (halb und halb) zu empfehlen, wodurch der Bohnenkaffee nicht nur billiger wird, sondern der Kaffee erhält auch einen besseren, kräftigeren Geschmack und namentlich auch eine weit bessere Farbe als durch den Zusatz von Malzkaffee und Cichorien, à Pfd. 40 ₰.

Sämmtliche Artikel werden in stets frischer Waare verabreicht.

Engros-Lager
von
Schinken, Speck, Käse und Konserven aller Art.

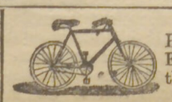
Ein Triumph der Wissenschaft.

Den Forschungen der Chemie bleibt nichts verborgen, und grade auf dem Gebiete der Nahrungsmittel sind die Resultate ein Gewinn für die Menschheit.

Es ist z. B. ermittelt worden, dass der grosse Nährstoff der Cacaobohne, obwohl erfrischend, auf den Körper durchaus nicht jenen schädlichen Einfluss ausübt wie andere stimulirende Getränke, wie z. B. Alkohol, Kaffee oder Thee. Die letzteren verursachen nach kurzer, scheinbarer Erfrischung eine allgemeine Depression, während bei der erfrischenden Wirkung des guten und reinen Cacaos, wie Cacao van Houten, diese schädlichen Nebenerscheinungen nicht auftreten.

Cacao van Houten schmeckt köstlich, ist nahrhaft und leicht verdaulich. Ein gesunderes Getränk als Cacao van Houten ist nicht denkbar. Auch ist er billiger als die meisten anderen Getränke.

Leihhäuser,
Vorschuß auf Pfänder jeder Art,
48 Pferdemarkt Amandastrasse 48



Beste und billigste Bezugsquelle für erstkl. Fahrräder und Zubehörtheile. **Vertreter gesucht. Katalog gratis.**

Ztg. angeb. **H. Crome, Einbeck.**

Ein freundl. möbl. Zimmer zu vermiethen. Näheres Süderstraße 115, 2. Et. rechts.

Wm. Leifermann, Stadthausbr. 19—21.
Nähmasch. aller Systeme N. hocharm. Tretmasch. v. M. 42, N. Handnähmaschinen v. M. 25. Gebr. Maschinen von M. 10 an. **Generalvertretung** d. a. Welt- u. Fachausstellungen **höchst** prämiirt. **Victoria- u. Meißen-Nähmaschinen.** K. Reis. 5 Jahre Garantie. Abzahlung von M. 1,50 an.

Nobel, gut, billig!
Einer sage es dem Anderen.
Baar Geld lacht,
der billige **Fränkel** lebt noch
und wohnt jetzt **Altona-Ottensen, Bahrenfelderstr. 236** (Fahrt durch Königstraße kostet 10 ₰), wo ich nach Pfingsten **Herren- u. Knaben-Garderob. sehr billig** verk. Große Ausw. **Fränkel** würde sich freuen, seine treuen u. langjährigen Kunden **'mal wieder bei sich zu sehen.**
Käufern vergüte Fahrgeld. Laden mit 2 Schaufenstern. Früher: **Hamburg, Neuer Steinweg 25.**

Allerbeste Meierei-Grasbutter	Pfd.	**90 ₰**
Margarine, die wirklich feinste,	„	**50 ₰**
Gutes Bratenfett	Pfd.	**35 ₰**
Garantirt reines Schmalz	„	**40 „**
Hchf. Hamb. Schlachterschmalz	„	**50 „**
Soldatenbrot, g. r. Kommißmehl, Stück		**40 „**
Echt Wittenb. Korbbrot, za. 4½ Pfd.		**55 „**
Holstein. Schinken, i. Ganzen Pfd.		**95 „**

J. D. Wichern,
Fischertwiete 22, K. Fernspr. 3870, A. I.
Ecke Niedernstr. u. 106-107, Hamburg.

Brot
1 Tag alt.

Feinbrot, za. 2½—2¾ ℔ Stck.		**30 ₰**
Gemengtes, za. 4½ ℔	„	**40 ₰**
Schwarzbrot, za. 2½ ℔	„	**20 ₰**
za. 4½ ℔	„	**37 ₰**

Hansa-Brot-Fabrik,
Richardstraße 54.

Zentral-Fleischhalle,
Alter Steinweg 71/72.
Prima
Dänisch. Ochsenfleisch Pfd. 40 ₰
„ Ochsenbraten Pfd. 50 u. 60 ₰

Ludolf Timm,
Bei der kleinen Michaeliskirche 15,
liefert an Wiederverkäufer
Zigarren
zu M. 25, 27, 28, 30, 33, 36 bis 250 %.
Spezialität: 5 ₰-Zigarren
in 6 verschiedenen Größen zu M. 36 %.
Probekisten zum **Engros-Preis.**

C. Kohz, Zigarren-Geschäft, **Hamburgerstr. 93.**

ff. Orig. **Pries' Kräuter-Bittern** u. **Tafelweine** ꝛc. **Alstertwiete 19.**

Im Zirkus Renz!
ZIRKUS
Albert Schumann.
Heute, Sonnabend, 4. Juni, Abds. 8 Uhr:
Novitäten-Abend,
u. A.: Zum 1. Male auf dem Kontinent: Nur kurzes Gastspiel des Amerikaners **Mr. John Higgins, Champion-Springer:**
Der Sprung über eine geschlossene Droschke.
Zum 1. Male: **Gavotte viennoise, „Das singende Ballet",** in Pracht-Phantasie-Kostümen, getanzt von 60 Damen; Grand Tableau équestre, vorgef. vom Direktor; „Tsching-Tsching", engl. Vollblut, geritten vom Direktor. Näheres Plakate und Austheilzettel.
Sonntag: 2 gr. Vorstellungen, 4 u. 8 Uhr.

Theater.

Sonnabend, den 4. Juni:
Carl Schultze-Theater. Gastspiel des Berliner Residenz-Theaters, unter Leitung d. Dir. **Sigm. Lautenburg.** Heute und folgende Tage, Anfang 7½ Uhr: **Auftreten des Herrn Rich. Alexander u. des Fräul. Gusti Kollendt.** Novität! Zum 24. Male. Sensationell! **Die Schildkröte. In Berlin mit großem Erfolge über 100 Mal aufgeführt.**

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 128.

Sonnabend, den 4. Juni 1898.

Redaktion und Expedition: **Hamburg, Große Theaterstraße 44.** — Verantwortlicher Redaktör: **Gustav Wabersky in Hamburg.**

Von der Wahlbewegung.

Einen Klage- und Mahnruf stößt die „Köln. Zeitung“ aus. Derselbe betrifft die große Wahlunlust und den ausgesprochenen Mangel an Wahlrührigkeit bei den bürgerlichen Parteien:

„Hält diese Stimmung an, so entsteht die Gefahr, daß vorwiegend die gemäßigten Parteien rechts und links die Zeche zu bezahlen haben werden. Wenigstens ist es eine alte Erfahrung, daß der Weizen der radikalen Parteien um so üppiger blüht, je geringer die Betheiligung an den Wahlen im Allgemeinen ist. Unseres Erachtens reicht die Zeit noch vollständig aus, daß sich die gemäßigten Parteien zu endlicher größerer Rührigkeit aufraffen. Grade in diesen Kreisen herrscht eine ungerechtfertigte und schier unbegreifliche Scheu vor der Annahme von Wahlkandidaturen, die nicht von vornherein die Sicherheit des Gelingens verbürgen. Es gereicht doch Niemandem zur Unehre, im Wahlkampfe zu unterliegen.“

Eine Ehre ist es aber wahrhaftig auch nicht, von der besseren politischen Erkenntniß der Wählermassen als „Ordnungskandidat“ niedergeworfen und als politischer Charlatan verlacht zu werden.

Den Diebstahl empfiehlt die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“ als berechtigtes Mittel im Wahlkampfe. Sie giebt den Bündlern den Rath, in den gegnerischen Versammlungen recht zahlreich zu erscheinen. Jedesmal sollte „rechts und links neben solchen städtischen, von der Landluft nicht gebräunten Herren ein handfestes Bundesmitglied“ Platz nehmen. „Der Mannesmuth solcher bleicher, oft krummbeiniger Genossen würde dadurch in seiner Bethätigung gewiß erheblich eingeschränkt werden.“ Die ausgetheilten und auf den Tischen ausliegenden aufhetzerischen Flugblätter sollten von unseren Bundesmitgliedern rechtzeitig eingesammelt werden. — Die Bündler wollen also versuchen, mit Gewalt durch „handfeste“ Leute und durch Stehlen der Flugblätter der Agitation zu begegnen, weil es ihnen nicht möglich ist, durch bessere Gründe zu kämpfen.

Der Ausschuß der demokratischen Partei in Mainz hat nach einer Meldung des „Mainzer Anzeiger“ beschlossen, da seine Bemühungen, aus den Kreisen der dortigen Wählerschaft einen eigenen Kandidaten aufzustellen, erfolglos geblieben sind, die Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten, Herrn Dr. Eduard David, schon im ersten Wahlgang zu empfehlen. Das „Mainzer Journal“ ist von diesem Beschluß begreiflicherweise nicht erbaut und findet ihn Angesichts des früheren Eintretens der Partei für Herrn Dr. Schmitt höchst sonderbar; vielleicht jedoch erklärlich im Hinblick auf die am Schluß dieses Jahres stattfindenden Stadtverordnetenwahlen.

Unser Mainzer Parteiorgan bemerkt hierzu: „Die demokratische Partei hat bei der Reichstagswahl 1896 eine neutrale Stellung proklamirt. Sicherlich hat schon damals ein ansehnlicher Theil der demokratischen Wähler für Dr. David gestimmt. Der reaktionäre Kurs, den die politischen Dinge im Deutschen Reich seitdem immer unverhohlener eingeschlagen haben und die ganz unzuverlässige Haltung des zur Regierungs- und Hofpartei avancirten Zentrums dürfte inzwischen den Elementen des Bürgerthums, die noch einen Tropfen alten demokratischen Blutes in sich fühlen, klar gemacht haben, daß ein geschlossenes und energisches Eintreten für die Sozialdemokratie das einzig Richtige ist. Sollte auch — was das „Journal“ am meisten zu fürchten scheint — bei den Stadtverordnetenwahlen ein Zusammengehen mit der Demokratie möglich sein, so stehen wir diesem Gedanken durchaus sympathisch gegenüber, da er einen gangbaren Weg zeigt, unserer Stadtvertretung ein fortschrittlicheres Gepräge zu geben, als sie es heute leider in Folge des früheren unnatürlichen Bündnisses trägt.“

Die Reichstagswahlbewegung in Berlin. In der „Voss. Ztg.“ lesen wir: „Die eifrigste Arbeit in der Reichshauptstadt, wenn auch vorzugsweise im Geheimen, von Haus zu Haus, von Werkstatt zu Werkstatt, wird von der Sozialdemokratie besorgt. Diese Partei erfreut sich einer vorzüglichen zuverlässigen Organisation und lebt der Zuversicht, ihr Banner werde am 16. Juni über ganz Berlin wehen. In den jüngsten Tagen hat auch die national-soziale Partei den ersten Berliner Wahlkreis mit Flugblättern überschwemmt und jedem Wähler Herrn Naumanns national-sozialen Katechismus in's Haus geschickt. Von der nationalliberalen Partei in Berlin hat man nichts erfahren, als daß sie zum Eintritt in ihren Verein auffordert; über die Haltung der Partei gegenüber den Reichstagskandidaten waren weitere Mittheilungen vorbehalten; doch haben wir von ihnen noch nichts vernommen. Je mehr Kandidaten von den bürgerlichen Parteien aufgestellt werden, um so größer sind die Wahlaussichten der Sozialdemokratie. Die freisinnige Partei hat im Jahre 1893 drei Berliner Mandate an die Sozialdemokratie verloren; an die Zurückgewinnung des vierten und des sechsten Wahlkreises wird auch jetzt nicht zu denken sein; denn hier sind die Mehrheiten für die Herren Singer und Liebknecht so groß, daß selbst bei vollkommener Einigkeit der bürgerlichen Parteien eine Niederlage der Sozialdemokratie um so unwahrscheinlicher ist, als auch in dem letzten halben Jahrzehnt die Arbeiterbevölkerung in diesen Wahlkreisen eine starke Zunahme erfahren hat. . . . . . Im zweiten, dritten und fünften Wahlkreise hat vor fünf Jahren eine Stichwahl stattgefunden; hier ist es die Aufgabe der liberalen Partei, einen ernsten und kräftigen Versuch zur Eroberung des Mandats zu machen. Der Hochmuth der Sozialdemokratie würde beträchtlich steigen, wenn diese Wahlkreise von ihr ohne Stichwahl behauptet würden. Vollends schämen aber müßte sich die Bürgerschaft Berlins, wenn sich die Hoffnungen der Sozialdemokratie auf die Eroberung auch des ersten Wahlkreises erfüllen sollten.“

Daß ein erheblicher Theil der Bürgerschaft Berlins längst zur Sozialdemokratie gehört, diese Thatsache ignorirt das freisinnige Blatt.

Auch die „Freisinnige Zeitung“ glaubt eine „Neuigkeit“ zu veröffentlichen, indem sie schreibt, die sozialdemokratische Partei in Berlin rechne darauf, im ersten Wahlgange auch im 2., 3. und 5. Wahlkreise zu siegen. Dazu schreibt der Berliner Korrespondent des nationalliberalen „Hannoverschen Courier“: „Diese Gefahr ist allerdings vorhanden, namentlich bezüglich des 2. und 3. Kreises; in letzterem fehlten den Sozialdemokraten schon am 15. Juni 1893 nur 67 Stimmen zum Siege im ersten Wahlgange. Da an ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien in Berlin nicht zu denken ist, so sind die Mandate dieser drei Wahlkreise den Sozialdemokraten in der Stichwahl fast ebenso sicher, wie die Mandate des 4. und 6. Wahlkreises schon im ersten Wahlgange.“

Der Korrespondent fährt fort:

„Nicht viel besser sieht es in den drei Wahlkreisen vor den Thoren Berlins aus. In Charlottenburg-Teltow-Beeskow-Storkow erhielt 1893 der Sozialdemokrat Zubeil im ersten Wahlgang 31 424 von 66 433 abgegebenen Stimmen bei 87 911 Wahlberechtigten, also bei einer Wahlbetheiligung von 75,7 pZt. Bei der Stichwahl war die Wahlbetheiligung nahezu unverändert, Zubeil siegte mit 36 330 Stimmen gegen 29 987, die auf den konservativen Kandidaten fielen. Letzterer hatte im ersten Wahlgang 18 487 Stimmen erhalten, während für einen Antisemiten 7786, für einen freisinnigen Volksparteiler 8253 und für den unvermeidlichen ultramontanen Zählkandidaten 416 Stimmen abgegeben waren. Da in den zu diesem Wahlbezirk gehörigen Vorstädten Schöneberg und Rixdorf, wie auch in den kleineren westlichen Vororten die Arbeiterbevölkerung innerhalb der letzten 5 Jahre einen enormen Zuwachs aufzuweisen hat, dürfte Fritz Zubeil schon im ersten Wahlgang wiedergewählt werden.

„Interessante Wandlungen hat der Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland durchgemacht. Die Fortschrittler bezw. Freisinnigen und die Konservativen lösten sich in seinem Besitz ab. Im Jahre 1881, wo Prediger Neßler von der hiesigen französischen Gemeinde mit einer Mehrheit von 3500 Stimmen über den konservativen Parteiführer von Rauchhaupt siegte, wurde hier noch keine sozialdemokratische Stimme abgegeben. Im Jahre 1884 wurden 250, im Jahre 1887 (wo Herr von Rauchhaupt im ersten Wahlgang siegte) schon 1422 sozialdemokratische Stimmen abgegeben; 1890 brachten die Sozialdemokraten 5000 Wähler auf und verhalfen in der Stichwahl dem Freisinnigen zum Sieg über den Konservativen. Endlich kamen sie 1893 selbst mit über 10 000 Stimmen in die Stichwahl, in welcher jedoch der konservative Pastor Schall gewählt wurde, und zwar mit 14 893 Stimmen (gegen 7659 im ersten Wahlgang), während der Sozialdemokrat es auf 12 571 brachte. Auch hier liegt jetzt die Gefahr eines sozialdemokratischen Wahlsieges vor, wenn die bürgerlichen Parteien nicht die größten Anstrengungen machen. Nach langem Hader haben die Konservativen die Kandidatur des Antisemiten, obwohl diese 1893 nur 2969 Stimmen aufgebracht hatten, des Potsdamer Tischlermeisters Pauli, akzeptirt. Für die freisinnige Volkspartei kandidirt ein jüngerer Berliner Kinderarzt, Dr. Mugdan.

„Der Wahlkreis Niederbarnim, die östlichen und nordöstlichen Vororte umfassend, war früher gleichfalls bald in konservativem, bald in fortschrittlichem Besitz. Seit 1890 wird er durch Herrn Stadthagen vertreten, seine Mehrheit betrug 1890 nur 400, 1893 schon 1150 Stimmen. Da auch hier die sozialdemokratische Arbeiterbevölkerung sich erheblich vermehrt hat, ist Angesichts der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien gleichfalls kaum Aussicht vorhanden, den Sozialdemokraten das Mandat zu entreißen. Vor den Thoren Berlins sieht es also nicht besser aus als in der Reichshauptstadt selbst.“

Aus Oberschlesien wird dem „Vorwärts“ berichtet: Nun ist auch unser Gegner, das Zentrum, in den Wahlkampf eingetreten, und zwar arbeitet es sofort mit Hochdruck. Am ersten Pfingstfeiertage fanden in Beuthen, Kattowitz und Zabrze Wählerversammlungen statt, die den Wahlkampf einleiten sollten, aber auch sofort zeigten, welch' bedeutender Umschwung in der politischen Stimmung der Arbeiterbevölkerung innerhalb der letzten Jahre eingetreten ist.

Verhältnißmäßig noch am meisten Glück hatten die „geborenen Führer“ des oberschlesischen Volkes in Beuthen. Obwohl fast im ganzen Beuthener Kreise von den Kanzeln herab zur Versammlung eingeladen worden war, sah man doch in ihr viel mehr Beamte und Kleinbürger, als Arbeiter. Die Parteigenossen hatten vom Besuche der Versammlung Abstand genommen und so konnte die Kandidatur Stephan nach dessen deutscher und polnischer Rede „einstimmig“ angenommen werden. Trotzdem scheint man sich über diesen „Erfolg“ nicht zu täuschen. Schon werden in Beuthen und Umgegend für den guten Ausfall der Wahl Messen gelesen!! Die Mehrzahl der Arbeiter lacht über diese gradezu abergläubische Verquickung einer Form des Gottesdienstes mit der Wahlpolitik; wahrhaft Fromme sind empört über diese Nutzbarmachung der ihnen heiligen Dinge zu rein weltlichen, politischen Zwecken.

In Kattowitz und Zabrze hatten die Genossen, die seit Jahren durch immer unsauberere Mittel um die Benutzung des Versammlungsrechts betrogen worden sind, beschlossen, die angekündigte Kandidatenrede Letochas zu hören, daneben aber auch ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. In beiden Versammlungen, in denen übrigens Herr Letocha „wegen Krankheit“ nicht erschien, versuchte der frühere Kandidat Herr Barowski in die Diskussion einzugreifen. Da ihm das Wort nicht ertheilt wurde, da ihn sogar ein Polizeibeamter ohne berechtigten Grund aus dem Saale entfernte, entstand begreiflicherweise unter den erschienenen Genossen eine ziemliche Erregung. Die gestörte Ruhe konnte nicht wieder hergestellt werden und so kam es, daß die Versammlungen resultatlos verliefen. Ihr einziges Resultat war, daß sie den Zentrumsführern mit aller nur wünschenswerthen Klarheit zeigten, daß der Anfang vom Ende ihrer Herrschaft gekommen ist. Viele der zahlreich erschienenen Geistlichen waren augenscheinlich starr vor Schrecken über das Ungeahnte.

In den Kirchen werden in dieser Zeit wahre politische Versammlungen abgehalten, ohne daß sich natürlich Polizei und Staatsanwalt darum kümmern. Die Predigten sind hochpolitisch und an Unwahrheiten und Verleumdungen über die Sozialdemokraten wird jetzt nirgends mehr geleistet als in den Kirchen Oberschlesiens. Es kommt jetzt häufig vor, daß die sozialdemokratisch gesinnten Kirchenbesucher aus Aerger über die Geistlichen die Kirche verlassen, und daß auch wirklich religiös gesinnte Leute Anstoß nehmen an dem Treiben der geistlichen Demagogen. Man glaubt beim Anhören mancher Berichte über die amtlichen und privaten Weherufe der Geistlichen in Ungarn oder Galizien zu sein, nicht in einem Theile des Deutschen Reiches. Der Wahlkampf in Oberschlesien verspricht nach seinen Anfängen noch recht wunderbare Dinge zu erzeugen.

Die Zusicherung ministeriellen Wohlwollens hat die Litthauer nicht bekehrt. Wie die Tilsiter Blätter melden, hat Herr v. Miquel ihnen durch den Mund des Kandidaten Grafen Pourtalès künden lassen, als Vizepräsident des Staatsministeriums sei er bereit, für ihre gerechten Forderungen einzutreten. Die Regierung habe die Litthauer bisher den Dänen, Polen und Elsässern gleich erachtet, doch jetzt sei sie überzeugt, daß die Litthauer königstreu seien und sich von keinen Agitatoren verhetzen lassen. Zwei Reichstagsmandate sind nun allerdings des Schweißes der Parteien werth, doch nimmer hätten wir gedacht, daß sie eine ministerielle Seele zu einem solchen Bekenntnisse hinreißen könnten. Und dieser Bußgang ist dazu noch vergeblich gewesen. Die Memeler Presse berichtet nämlich:

„Die litthauische Wählerversammlung, die heute hier tagte, war sehr zahlreich besucht. Der litthauische Reichstagskandidat Smalakys entwickelte in längerer Rede sein politisches Programm. Er steht auf durchaus liberalem Standpunkte, verspricht aber in erster Linie dem National-Litthauerthum in Schule, Kirche und im öffentlichen Leben die ihm gebührende Stellung zu erkämpfen. Sehr heiter gestimmt wurde die Versammlung durch die Schilderung des jüngsten Ministerbesuches, den einer der nachfolgenden Redner gab. Losereit-Memel, der einige empfehlende Worte zu Gunsten der Kandidatur des Generaloberstеn Grafen Waldersee sprechen wollte, konnte sich, stürmisch unterbrochen, kein Gehör verschaffen. Einstimmig und von unzähligen Hurrahs begleitet wurde schließlich die Kandidatur Smalakys proklamirt.“

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Linz, 1. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst das Ergebniß der Wahl der Parteivertretung verkündigt. In das Exekutivkomite wurden gewählt: Dr. Adler mit 107, Popp mit 98, Skaret mit 104, Schuhmeier mit 106, Pernerstorfer mit 106, Dr. Ellenbogen mit 104, Rieger mit 106 und für Schraumel, der seinen Wohnsitz aus Wien verlegt, Heinrich Bär in Wien mit 104 Stimmen. In die Parteikontrole wurden entsandt: Schmitka und Hausubski für Wien, Brähauser für Oberösterreich, Tirol und Salzburg, Hugo Schmied für Schlesien, Dr. Czech für Mähren, Müller für Steiermark und Kärnthen und Schiller und Seliger für Böhmen. Abgegeben wurden 136 Stimmzettel; 2 davon waren ungültig.

Hierauf sprach Schuhmeier-Wien über die Parteiorganisation. Zu diesem Punkte der Tagesordnung liegen eine große Reihe von Anträgen vor, die der Redner im Einzelnen erörterte. Die Frage der Parteisteuer wird durch folgenden Antrag geregelt, den der Redner empfahl: „Jeder, einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Mit dem Inkrafttreten dieser Abgabe hört die bisherige Form der Parteisteuerlieferung durch die Landes- und Wahlkreisorganisation auf.“ Zwei Anträge verlangen die Gründung von Arbeiterturnvereinen und die Organisation der jugendlichen Hülfsarbeiter und Lehrlinge durch selbstständige Lehrlingsheime. Beide Anträge ersuchte der Referent in Erwägung zu ziehen, die erste Aufgabe sei zwar an sich nicht Sache der Partei und die zweite Anregung sei zur Zeit schwer auszuführen, da die Mittel hierfür fehlten. Eine große Anzahl Anträge befaßt sich mit dem Agrarprogramm. Der Referent schlägt vor, eine fünfgliedrige Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage der Agitation und der Organisation in der landwirthschaftlichen Bevölkerung zu befassen und dem nächsten deutschen Parteitag Bericht zu erstatten hat. Redner glaubt, daß nur der besitzlose Landarbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen ist und von den Bauern nur diejenigen, deren kleines und verschuldetes Besitzthum in einer Industriegegend liegt und dessen Kinder in die Fabrik gehen. So ist es in Nordböhmen der Fall; dort ist der bäuerliche Karakter verwischt und so erklären sich unsere Erfolge dort bei den Gemeinderathswahlen. In der Frage der Frauenorganisation verwahrt sich Redner gegen den Vorwurf, reaktionär und philiströs zu denken. Von keiner Seite wird die Nothwendigkeit dieser Organisation bestritten. Nur ist es außerordentlich schwierig, daß die Frau eines Genossen mit dem Manne zugleich für die Partei thätig ist. Auch haben sich eigene Frauenvereine nicht bewährt. Also keine separate Frauenbewegung!

Die Debatte befaßte sich hauptsächlich mit der Agrarfrage. Bedeutsam waren die Ausführungen des Bauern Filzer. Er sagte: Ueberall macht sich in der Sozialdemokratie das Verlangen bemerkbar, auch die Landarbeiter und Kleinbauern in die sozialdemokratische Bewegung hineinzuziehen. Dem stehen die größten Schwierigkeiten gegenüber. Auch die Genossen in Deutschland haben die Erfahrung gemacht, wie schwer es da ist, vorwärts zu kommen. Fragen wir uns aufrichtig, wird es möglich sein, den Kleinbauern in die sozialdemokratische proletarische Bewegung hineinzuziehen? Nein, es ist nicht möglich. So lange der Bauer nicht ganz unter proletarischen Verhältnissen lebt, kann er nicht vom proletarischen Klassengeist erfüllt werden. Nur Einzelne kommen zu uns herüber, die die geschichtliche Mission des Proletariats erkannt haben, die Masse der Kleinbauern als Klasse aber nicht. Anders steht es um den ländlichen Proletarier. Hier sind die Bedingungen für uns da. Wie aber an sie herankommen? Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Leute weit auseinander wohnen, selten zusammenkommen und in der Schulbildung tiefer stehen, wie der industrielle Proletarier. Grade die intelligentesten Landarbeiter ziehen nach der Stadt. Die jungen Leute gewinnen durch den Militärdienst Geschmack am Stadtleben, sie lernen nach der Dienstzeit noch ein Handwerk, werden Maurer oder Zimmerleute und lassen sich in den Kleinstädten, mindestens in den Marktflecken nieder. Diese Leute sind am leichtesten in die Organisation hineinzubekommen. Was wir dazu thun können, ist, möglichst viel Versammlungen in den kleinen Orten abzuhalten, damit wenigstens der Geist ausgestreut wird; hier und da bleibt er dann haften. Wir müssen offen vorgehen; wir müssen den Bauern sagen: die sozialdemokratische Partei kann Euch auf dem Boden des heutigen Klassenstaates nicht helfen; sie kann Euch nur beistehen gegen Eure geistigen und politischen Bedrücker. Unsere Forderungen für das ländliche Proletariat müssen in erster Linie den Arbeiterschutz, Alters-, Kranken- und Invaliditätsversicherung betreffen. Der Achtstundentag spielt für das industrielle Proletariat eine große und wichtige Rolle. Auf dem Lande aber hat diese Idee selbst bei den Arbeitern keinen Anklang gefunden; sie halten ihn für eine Utopie; sie sind noch nicht reif für ihn. Wohl aber können wir die allgemeine Forderung: Verkürzung der Arbeitszeit aufstellen. Eine gleichmäßige Arbeitszeit für alle Jahreszeiten läßt sich auf dem Lande überhaupt nicht durchführen. Im Sommer ist jetzt der Arbeitstag ungemein lang, im Winter erreicht er meistens nicht 8 Stunden. Vor 100, 200 Jahren stand es noch besser damit. Es war Sitte, daß am Sonnabend die Knechte und Mägde von Mittag ab feierten. Dazu die vielen kleinen Feiertage, die die liberale Aera abgeschafft hat, damit sie produktiv angewendet würden. (Heiterkeit.) Der Landbevölkerung müssen wir mit kleinen Agitationsschriften und Kalendern kommen. Mit dicken Büchern, da geht's nimmer gut. Diese Broschüren sollen sich zunächst nicht viel mit politischen Dingen befassen. Wir sollen in ganz einfacher Sprache die Leute über die Mißstände aufklären, in denen sie leben und ihnen zeigen, wie Alles so geworden ist und andeuten, wie es abzuändern wäre. Für die Kleinbauern kann die Sozialdemokratie höchstens eine Lehrerin sein. Redner streift kurz die Verhandlungen des Breslauer Parteitages über die Agrarfrage und findet, daß das Agrarprogramm dort mit vollem Rechte abgelehnt worden ist. Er verweilt bei dem Punkt 17 dieses Programms, der von der Erhaltung der gemeinsamen Wälder handelt. Sie dürften nicht erhalten, ihre Aufhebung müsse gefordert werden. Die Gemeinden in Tirol, die diesen Gemeinbesitz noch hätten, seien die am schlechtesten bewirthschafteten. Um so eifriger sei die ländliche Genossenschaftsbildung zu fördern. Ueberall müssen wir Licht und Klarheit schaffen, und wenn die Klerikalen uns deshalb Schandbauern nennen, das macht uns nichts! (Bravo!)

Weiter beschäftigte sich die Debatte mit der Arbeiterinnen-Organisation. Frl. Glas und Frau Popp-Wien betonten die Nothwendigkeit, die arbeitenden Frauen in die Gewerkschaften zu bringen.

Die Besprechung endete mit der Annahme des Antrages über die Parteisteuer und die Einsetzung einer Agrarkommission. Die Wahl der Mitglieder dieser Kommission wird der Parteivertretung überwiesen, damit sie sich die geeigneten Kräfte sichert. Abgelehnt wurde ein Antrag Zeller, der den sozialdemokratischen Abgeordneten Sitz und Stimme auf dem Parteitage verliehen wissen will. Aufgefordert wurden die Kreis- und Wahlkreisorganisationen, besonders in der Provinz, den Beschlüssen der Frauenkonferenz Rechnung zu tragen. Außerdem wird die Parteivertretung noch mit der Ausarbeitung eines Kommunalprogramms für die Genossen und kleinen Gemeinden beauftragt. Die Anträge auf Gründung von Arbeiterturnvereinen und auch Organisation der jugendlichen Hülfsarbeiter wurden angenommen. Damit schließt die Vormittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung spricht Dr. Adler an Stelle Dr. Verkaufs, der sich zu den Reichsrathsverhandlungen nach Wien hat begeben müssen, über den „Arbeiterschutz und die Heimarbeit.“ Bei der großen Bedeutung, die die Regelung der Heimarbeit hat, dürfen wir, so führt er aus, uns nicht einbilden, daß wir in der kurzen Zeit, die uns hierfür noch zur Verfügung steht, die Angelegenheit erschöpfend erledigen könnten. Unsere Fraktion war in der Lage, über bestimmte Abschnitte des Arbeiterschutzes in allen Einzelheiten ausgearbeitete Gesetzentwürfe vorzulegen. Das können wir hierbei nicht. Dringend nothwendig aber ist, daß es der Fraktion und der Parteivertretung an's Herz gelegt wird, die Einzelarbeit zu verrichten, die für die verschiedenen und auch gesetzgeberisch gesondert zu behandelnden Formen der Heimarbeit erforderlich ist. Das wichtigste Moment für Alles was mit der Konfektion zusammenhängt, muß der gesetzgeberische Zwang gegen die einzelnen Unternehmer sein, für eigne Betriebswerkstätten zu sorgen, d. h. also in letzter Linie die Aufhebung der Heimarbeit. Befassen aber muß sich damit nicht nur die Gewerbegesetzgebung, nothwendig ist auch eine Regelung auf dem Gebiete der Wohnungsgesetzgebung. (Sehr richtig!) Während wir dieses Ziel in voller Uebereinstimmung mit den Konfektionsarbeitern aufstellen und sagen können, daß es zu einem so populären Schlagwort in der Agitation werden muß, wie die Abkürzung der Arbeitszeit; müssen wir sagen, daß es andere Formen der Heimarbeit, vor Allem in der Textilindustrie giebt, wo wir diese Forderung nicht mit derselben Unmittelbarkeit schon jetzt und für jetzt aufstellen können. In der Textilindustrie vollzieht sich ohne unser Dazuthun der Prozeß der Beseitigung der Hausindustrie. Gesetzgeberisch können wir hier weiter nichts thun, als die Begleiterscheinungen dieses Prozesses etwas weniger qualvoll für die Betroffenen zu gestalten. Ebenso liegt es bei der Porzellan- und Glasindustrie. Alle diese verschiedenen Formen der Heimarbeit müssen von der Fraktion in Verbindung mit den Arbeitern der Hausindustrie studirt werden. Nun entsteht die Frage, kann nicht sofort etwas geschehen? und da wird die Ausdehnung der Inspektion auf die Hausarbeit gefordert. Geben wir uns über den Werth dieser Inspektion keiner Illusion hin. Sie müßte erst gründlich umgestaltet, vor Allem müßten die Arbeiter zu ihr hinzugezogen werden, ehe sie etwas taugt. Ohne dies ist sie ein leerer Buchstabe, besonders aber war sie das auf dem Gebiete der Heimarbeit. Verschiedene Anträge befassen sich mit der Arbeiterversicherung. Vergessen wir nicht, daß unsere ganze Arbeiterversicherung einer gründlichen Umgestaltung bedarf. Auch in dieser Beziehung haben unsere Vertreter im Parlamente die Einsetzung eines besonderen Ausschusses beantragt, der die Umgestaltung des gesammten Versicherungswesens, einschließlich der Reorganisation der Bruderladen, ihrer Eingliederung in die allgemeine Arbeiterversicherung vorbereiten soll. Verlangt wird weiter die Abschaffung des Arbeitsbuches. Das ist eine ganz selbstverständliche Forderung, die kaum ausgesprochen zu werden brauchte und überweisen wir auch diesen Antrag der Fraktion. Ein weiterer Antrag verlangt den Achtstundentag für die staatlichen Tabakfabriken und die gesundheitsschädlichen Betriebe. Ich glaube aber, daß der nächste Schritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sich nicht auf diese Dinge, sondern auf die Heimarbeit und das Kleingewerbe, das so gut wie jedes Arbeiterschutzes entbehrt, erstrecken wird. Ein fernerer Antrag will, daß wir aussprechen, wir hätten nichts gegen die Sonntagsruhe der kaufmännischen Angestellten, um dadurch den Christlichsozialen das Argument zu nehmen, daß sie der Arbeiter wegen gegen die volle Sonntagsruhe seien. Das ist einfach Heuchelei. Hinzufügen wollen wir nur, daß wir den Halbfeiertag am Samstag brauchen, um die Sonntagsruhe ernsthaft zu machen. Schließlich liegt der Antrag Höger vor, die Fraktion aufzufordern, im Reichsrath einen Antrag auf Errichtung eines Arbeitsministeriums zu stellen. Ich möchte nicht, daß wir die Fraktion darauf festbinden. Wir können die Priorität dieses Gedankens für die Partei wahren, ohne uns von seiner Ausführung viel zu versprechen. Dem österreichischen Staat kommt es immer auf einen Kreuzer mehr Lohn für den Arbeiter, aber nie auf ein Ministergehalt an. (Heiterkeit.) In Oesterreich, wo nichts unmöglich ist, könnten wir mit der Anstellung eines adligen Herrn als Arbeitsminister als Konzession an uns überrascht werden. Wir müssen deshalb aussprechen, daß es sich uns nicht um den Titel handelt, sondern daß die Fraktion ausführlich sagt, was sie mit einem Arbeitsminister will. Redner schlägt vor, alle Anträge der Fraktion zu überweisen und sie aufzufordern, ihre nächste Thätigkeit zu richten auf die Ausarbeitung eines Gesetzes für alle Branchen, die mit der Heimarbeit zu thun haben. (Bravo!)

Die Diskussion brachte verschiedene Anregungen und instruktive Ausführungen über die Heimindustrie. Verlangt wurde von Augmeier-Leoben eine schärfere Agitation für den Achtstundentag; hiermit soll sich der nächste allgemeine Parteitag befassen. Machitsch-Graz fordert, daß die Arbeiterschutzgesetze von den ordentlichen Gerichten und nicht von den politischen Behörden gehandhabt werden. Von anderer Seite wurden Schutzmaßregeln für die Landarbeiter, die Bauarbeiter und die Postbediensteten angeregt. Gegen die Eisenhüttenbesitzer, die das Trucksystem betreiben, wurden strenge Strafen gefordert. Smitka-Wien stellte folgenden Antrag: „Zur Regelung der Heimarbeit und zur Ausarbeitung von Gesetzentwürfen in dieser Beziehung wird die Parteivertretung und die Fraktion beauftragt, eine Konferrnz aller Branchen der Heimarbeit einzuberufen, in denen diese Fragen eingehend erwogen und Stellung dazu genommen werden soll. Die Kosten tragen alle dabei in Betracht kommenden Faktoren.“

In seinem Schlußworte hob Dr. Adler hervor,

Um die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525.

Von Robert Schweichel.

[4] (Nachdruck verboten.)

Simon schritt auf dem Estrich von gestampftem Lehm in seinen schweren Bundschuhen, deren Riemen sich bis hoch die Waden hinauf kreuzten, nachdenklich hin und her. Nach einer Weile richteten seine Blicke sich auf die Waffen. Langsam streckte er den Arm nach ihnen aus, nahm das Schwert herunter und trat damit an das nächste Fenster. Er entblößte die Klinge und betrachtete mit zusammengezogenen Brauen den blanken Stahl, an dem sich ein brauner Flecken zeigte. Es war nicht Blut, sondern Rost. Simon versuchte, ihn mit dem Aermel seines grobwollenen Wamses wegzuputzen. Darüber kam seine Frau aus der anstoßenden Küche herein. Obgleich jünger als ihr Mann, sah sie doch älter aus als er und ihre Stirn wies tiefe Querfurchen. Ihr Gesicht war schmal und in ihren Augen nistete die Sorge. Nach ihrer Gestalt zu schließen, mochte Zähigkeit den Mangel an körperlicher Kraft ersetzen. Sie war betroffen, als sie das bloße Schwert in den Händen ihres Mannes gewahrte, und mit einem leichten Beben in ihrer etwas singenden Stimme fragte sie: „Was giebt's denn, was hast Du vor?“

„Nichts,“ erwiderte er barsch, stieß das Schwert in die Scheide zurück und hing es wieder an seinen Ort. Gemäßigter fuhr er fort: „Du weißt ja, daß ich morgen nach Rothenburg muß, um den Zins für die Gült des Neureuter zu entrichten, und daß ich der Käthe versprochen hab', sie mitzunehmen. Du besinnst Dich wohl noch anders und kommst auch mit, gelt, Ursel?“

Sein Ton war ganz mild geworden und die Bäuerin dankte es ihm mit einem Blicke. Aber sie schüttelte den Kopf. „Wer soll denn bei den Kindern bleiben? Ich bleib' gern daheim, da ist mir am wohlsten, und ich ruh mich einmal rechtschaffen aus, derweilen ihr lustig seid.“

„Und machst Dir schwere Gedanken,“ ergänzte er und setzte sich auf die Ofenbank, auf der sich die Bäuerin inzwischen niedergelassen hatte.

„Muß eins denn nit?“ seufzte die Frau. „Je schwerer für uns die Zeiten werden, je härter werden die Herren. Morgen wird's wieder jährig, daß die drei heidnischen Könige aus dem Morgenland mit kostbaren Geschenken zu dem armen Christkindlein in der Krippe kamen, und heut waren es Christen, die dem Konz Hart und den Seinigen den Strohsack unter'm Leib und das Dach über'm Kopf wegnahmen.“ Sie wischte sich mit dem Zeigefinger die naß gewordenen Augen.

„Darum muß es halt anders werden,“ rief Simon, dessen Mienen finster und finsterer geworden waren, mit Nachdruck. „So kann es nicht weiter gehen.“

„Du kannst nichts ausrichten und bringst Dich selbst blos in's Unglück,“ seufzte die Bäuerin. „Der Stöckerlein wird den Mund nit halten und der Herr Schultheiß es Dir zum andern auf's Kerbholz schneiden.“

„Mögen sie,“ entgegnete er fest. „Was ich gesagt und gethan hab', das kann ich verantworten. Wer soll denn reden, wenn nit ich? Dazu hat mich die Gemeind' nicht zum Dorfmeister gemacht, daß ich das Maul halte, wo es das Recht gilt.“

„Der Gemeind' ist's freilich Recht, daß Du für sie einstehst,“ gab sein Weib zu. „Sie lobt Dich darum, aber nachher mußt Du's allein ausbaden, vor dem Schultheiß, dem gestrengen Herrn von Wernizer, ducken sie Alle. Wie war's letzt bei der Frohnleichnams-Prozession? Da hatten es die Hausväter ausgemacht, daß Keiner von ihnen mitgehen sollte und nachher hast Du allein gefehlt, und das Sendgericht hat Dich um ein Pfund Wachs gebüßt.“

„Gebüßt wohl, aber der Bockel mag halt zuschauen, wie er's kriegt,“ lachte Simon leicht auf. „Wie ich letzt bei meinem Bruder Andrä in Tauberzell war —“

„Ach ja,“ fiel sie ihm in's Wort, „wenn die geistlichen Herren alle so wie der zu ihrer Gemeinde hielten, dann wär's wohl gut.“

„— Da hat er mir aus einem Gesprächbüchlein verlesen,“ fuhr Simon fort, „der neue Karsthans war's geheißen, darin stund: So ein Sendpfaff zu uns käm', daß wir ihn mit Hunden vom Hof hetzen wollten. — Ich hab's gut behalten. Ein Pfund Wachs, weil ich unter den Schafen nicht mitlaufen und mitplärren wollte! Wer hat denn unseren geistlichen Hirten dafür gebüßt, daß er an Mariä Geburt so betrunken war, daß er über die Altarstufen ist gestolpert, wie er die Meß' hat lesen wollen.“

„Es war gar arg, aber was hilft's?“ seufzte Ursel. „Wenn es uns armen Leuten gilt, dann ist die Oberkeit geistlich und weltlich wie Hand und Handschuh, Gott sei's geklagt!“

„Aber ich laß mich nit mit Füßen treten von den Herren“, rief Simon und richtete den Kopf trotzig auf. „Faß' Dir nur ein Herz, Bäuerin! Noch ist nicht aller Tage Abend. Hat's Kräuter, wo heute Nacht die bösen Geister aus Stuben und Ställen räuchern, daß Menschen und Vieh im kommenden Jahr kein Schaden nit geschieht, so ist auch wohl ein Kräutlein wachsen gegen Diejenigen, wo uns ärger drücken als die Nachtmaren.“

Zweites Kapitel.

Dem rauhen Tage war ein milderer, wenn auch nicht klarer Morgen gefolgt. Schleierartig wie um das Antlitz einer Schönen, so umwoben die Nebel die Mauern und Thürme der freien Reichsstadt Rothenburg, die hoch über dem Tauberthal thronte. Natur und Kunst vereinigten sich, die Stadt zu festigen. Im Mittag und Abend von der Tauber umflossen, gürteten sie gewaltig dicke Mauern mit etwa dreißig starken Thürmen und verbanden sie mit der Burg der längst verflossenen Grafen von Rothenburg. Diese umfangreiche, von dem zyklopischen Pharamundsthurm beherrschte Burg trotzte auf der jäh nach allen Seiten abfallenden Felsenzunge, welche die mittelfränkische Hochebene gen Westen in das liebliche Tauberthal mit seinen zohlreichen Mühlen, dem Topplerschlößchen und dem gothischen Wallfahrtskirchlein unserer lieben Frau von Kobolzell vorstreckte. Auf Seite der Hochebene, im Norden und Süden, verstärkten ein breiter und tiefer Graben und starke Doppelthore, innerhalb deren die Zugbrücken lagen, die dicken Stadtmauern. Eine zweite Reihe gethürmter Thore erhob sich weiter rückwärts in dem ehemaligen Zuge der älteren Stadtmauer, hinter der das eigentliche Herz von Rothenburg schlug. Denn hier lagen um das doppeltgestirnte Rathhaus, dessen schwanker Thurm alle anderen hoch überragte, die stattlichen, meistens mit einem hohen spitzen Giebel gekrönten Steinhäuser der Rothenburger Patrizier oder Geschlechter. Verstärkt wurde noch der Schutz der Stadt durch den sogenannten Bauerngraben, der, im Osten an der Tauber beginnend, das Gebiet von Rothenburg auf zwanzig Stunden hin umgab. Dahinter starrte eine undurchdringliche Dornhecke und an den Durchlässen für die Landstraßen ragten starke Thürme, die mit guten Büchsen bewehrt waren.

Noch war der Siegfried nicht geboren, der dieser Brunhilde den Gürtel gelöst hätte. Dagegen hatte Rothenburgs waffentüchtige Bürger- und Bauernschaft in den zahlreichen Fehden mit dem habgierigen Landadel manche Burg gebrochen und vollends kurzen Prozeß mit jenen Edelleuten gemacht, die im Steigbügel lebten und den Straßenraub für ein adelig Gewerbe erachteten. Der düstere Faulthurm in der südöstlichen Ringmauer war manchem Sporenträger zur unheimlichen Herberge geworden. Unter den Raben, die ihn umflatterten, mochten noch einige Patriarchen leben, die von den Ulmen vor dem Galgenthor, jetzt das würzburgische geheißen, ihr schauerliches Gekrächze erhoben hatten, als auf dem Rappen dort, dem Rabenstein, im Jahre 1441 dem ritterlichen Straßenräuber Wilhelm v. Elm sammt seinen adeligen Spießgesellen die Köpfe vor die Füße gelegt wurden. Ihr Raubnest, das nahe bei Giebelstadt gelegene Schloß Ingolstadt, hatten die Rothenburger erobert und zerstört.

Der Wormser Landfrieden, den noch der unlängst verstorbene Kaiser Maximilian aufgerichtet, hatte dem Unwesen mächtig gesteuert, wenn es ihm auch nicht gelungen war, dem wüsten Fehde-, Faust- und Raubrecht ein völliges Ende zu machen. Es gab noch immer adelige Schnapphähne, und der harte Druck, den die Herren in den Burgen, Klöstern und Städten auf ihre Unterthanen ausübten, Leibeigenschaft und Zunftzwang schafften, daß die Landstraßen nicht leer wurden von friedlosen Leuten. Bedenklicher jedoch als diese öffentliche Unsicherheit war für die freien Reichsstädte die aufschwellende Gewalt der Fürsten. Aus diesen Gründen hielt denn auch Rothenburg, an dessen Grenzen der brandenburgische Markgraf Kasimir von Ansbach-Bayreuth, die Grafen von Hohenlohe und der Bischof von Würzburg horsteten, seine Mauern, Wehr und Waffen in gutem Stand, Wächter auf den Thürmen und Wachen an den Thoren. Außerdem ritt der Weinschreier, so genannt, weil ihm Tags das Ausrufen des zu verkaufenden Weines oblag, Nachts von Thor zu Thor und erstattete dem obersten Hauptmann, der über die in sechs Wachen getheilte Bürgerschaft gesetzt war, Bericht. Man lebte in einem Frieden voll Mißtrauen.

Heute, als am Dreikönigstage, waren sämmtliche Thorwachen verstärkt, um fleißig Acht zu haben, daß unter den Schaaren von Bettlern, den fahrenden Leuten aller Art und den Bauern aus den Dörfern weit und breit, die schon mit dem frühesten Morgen zur Stadt strömten, kein verdächtiges Gesindel sich einschleiche. Nach dem Volkskalender begann erst mit Heiligedreikönig das neue Jahr. Der sechste Januar beschloß die mit der Wintersonnenwende anhebenden heiligen zwölf Nächte, in denen einst die heidnischen Götter ihren Umzug durch die deutschen Gauen gehalten hatten. Die Kirche hatte zwar die Götter in böse Geister verwandeln, aber nicht die Erinnerungen an jene im Volke vernichten können. Es verehrte gläubig die drei Könige aus dem Morgenlande, die nach Bethlehem zogen; aber immer noch hörte es in den zwölf Nächten Wodan mit seiner wilden Jagd durch die Lüfte tosen. Noch immer schritt Perechta, die leuchtende Göttermutter, obgleich von den christlichen Priestern in's Grausige entstellt, im weißen Linnengewande durch die Dörfer und sah nach, ob die Mägde den Winterflachs sauber aufgesponnen hatten, belohnte die fleißigen und strafte die trägen. Der altheidnischen Göttermutter, der Urquelle alles Lebens, galt das Opfer der Familienhäupter, die in der Dreikönigsnacht mit Kohlenpfannen, darauf sie heilige Kräuter streuten, durch Stuben und Ställe räucherten, um die bösen Geister zu verscheuchen. Der Winter mit seinen Arbeiten und Leiden war überstanden und mit den Heiligendreikönigen zogen das Licht, die Freude, der Frühling ein.

(Fortsetzung folgt.)

Einer von der Reserve-Armee.

Novelle von Georg Keben.*)

[12] (Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Drei Wochen war das Winterwetter beständig. Als Winkler am ersten Tage der vierten Woche an's Fenster trat, war der graue Schneeflor vom Himmel verschwunden und aus schwarzen Regenwolken strömte eine Wasserfluth auf die Straßen herab, welche die Schneemassen fortwusch. Die Natur besorgte jetzt das Geschäft der Menschen.

Winkler war zu Muth wie an jenem Abend, da er im Zirkus seine letzte Hoffnung zurückließ. Aber damals besaß er noch seine bürgerliche Ehre, die ihm soeben der Himmel unbarmherzig entriß. Einige Stunden später versiegten die tobenden Regenschauer, die warme Sonne durchdrang den Aether mit Frühlingsglanz, aber in dem Innern des Mannes, welcher verzweifelt in das verhaßte Sonnenlicht starrte, war es öde und kalt.

Nächte folgten, furchtbare Nächte der verfallenen Freiheit, in das Gefängnißdunkel der Erinnerung gehüllt. Halbaufgerichtet in seinem Bett starrt Winkler nach dem Streifen Sternenhimmel empor, den das kleine Dachfenster einrahmt, und ist beglückt, wenn sich die flaumweißen Wölkchen zeigen, welche den Mond umziehen. Das fortgesetzte, auf einen hellen Punkt konzentrirte Hinstarren ermüdet seine geschwächten Augennerven, so daß ihm allmälig die Wimpern herabsinken. Aber seine Einbildungskraft ist durch dieses künstliche Einschläfern ebenfalls stark erregt worden. Er hat wirre, beängstigende Träume, die ihm wie ein Alp auf der Brust liegen. Im fahlen Mondlicht sieht er flüchtig und unheimlich, wie Schatten an der Wand, einen Mann hinter sich her bewegen. Während er, von

*) Aus „Stille Märtyrer“. Novellen von Georg Keben. (Zürich, Verlagsmagazin J. Schabelitz.)

daß die Debatte trotz ihrer Kürze bewiesen hätte, welches Interesse die österreichischen Arbeiter an diesen Fragen nehmen. Bei uns ersäuft nicht Alles in Politik. Der Referent empfiehlt die Annahme aller Anträge und Resolutionen, und der Parteitag schließt sich diesem Vorschlage einstimmig an.

Nunmehr erstattet Popp-Wien sein Referat über die Parteipresse. Aus dem Berichte ist hervorzuheben, daß die „Arb.-Ztg." Auflagen bis zu 50 000 erlebt und an Stempelgebühren im verflossenen Jahre 80 000 fl. gezahlt hat. Trotzdem ist der materielle Stand des Blattes noch immer nicht günstig. Das Geld, das uns, wie unsere Feinde sagen, die reichen Juden und Börsianer zahlen, ist noch immer nicht eingetroffen. (Heiterkeit.) Doch das Blatt wird weiter erscheinen, der Kampf durchgefochten werden. Der Staatsanwalt versucht uns durch Konfiskation lahm zu legen. Auch dies Beginnen ist vergeblich. Wie ungerecht diese Konfiskationen sind, geht daraus hervor, daß erst kürzlich vom Gericht wieder eine Konfiskation aufgehoben wurde. Wir haben weiter den Kampf mit den Zeitungsverschleißern und Trafiken. Diese wollen, weil Aussicht vorhanden ist, daß der Zeitungsstempel fällt, ihren Antheil am Preise auf 25 pZt. erhöhen. Dagegen haben wir uns zur Wehr gesetzt. Die Provinzpresse hat im letzten Jahre einen großen Aufschwung genommen, es geht überall weiter, doch sind auch unbedachtsame Blättergründungen zu verzeichnen. In Wien ist ein Blatt für die Kleingewerbetreibenden gegründet worden, das nicht als Parteiorgan angesehen werden kann.

Nach einer kurzen Abendpause ging aus der Diskussion Folgendes als Beschluß hervor:

Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter soll eine Kontrolkommission gewählt werden, deren Zusammensetzung der Wiener Lokalorganisation überlassen bleibt.

Alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung nach vorher erzielter Uebereinstimmung mit der Wiener Lokalorganisation. Ausnahmen sind nur bei aushülfsweise zu Beschäftigenden gestattet, wenn die Aushülfe nicht länger als 6 Wochen dauert.

Neue Parteiblätter dürfen nur gegründet werden, wenn die Wahlkreisorganisation und die Parteivertretung zustimmen.

Die Entscheidung, ob das Blatt „Der Kleingewerbetreibende" als Parteiorgan anzuerkennen ist, wird dem niederösterreichischen Landesausschuß überwiesen. Die übrigen Beschlüsse sind unwesentlicher Natur.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die „Allgemeinen Parteiangelegenheiten". Es befinden sich darunter Anträge der verschiedensten Natur. Angenommen wird der Antrag, die Parteivertretung zu beauftragen, im ganzen Reiche Volksversammlungen einzuberufen, die sich mit der Theuerung der Lebensmittel zu befassen haben. Der Fraktion werden die Anträge überwiesen, für die zweijährige Dienstzeit und die Entschädigung der zur Waffenübung Eingezogenen zu sorgen.

Der nächste Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs soll in zwei Jahren in Graz abgehalten werden. Damit sind die Arbeiten des Parteitages beendet.

Nach einem kräftigen Schlußworte Popps, der einen Rückblick auf die viertägige harte Arbeit wirft und den Linzer Genossen für ihre opferfreudige Liebenswürdigkeit dankt, schließt der Parteitag mit einem dreifachen begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Die Delegirten erheben sich von den Sitzen und singen stehend den ersten Vers des Liedes der Arbeit.

Arbeiterbewegung.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker. Aus Halle a. S. wird über den Stand des Maurerstreiks berichtet: Ueber die Bauten der Maurermeister Schütze, Hofmann und der Bauunternehmer Hering, Straube, Schotensack und Kaufmann ist die Sperre verhängt worden, weil die Herren den Stundenlohn von 45 ₰ nicht bewilligten. Etwa 50 Maurer haben die Arbeit nicht wieder aufgenommen. 32 Unternehmer haben den verlangten Lohn bereits bewilligt. Die Aussichten für die Streikenden sind günstig. — Der Bremer Maurerstreik ist, nachdem die Meister eingewilligt, eine Abschlagszahlung in der Höhe des verdienten Lohnes jeden Sonnabend auszuzahlen, und ferner das Versprechen abgegeben haben, Maßregelungen nicht vornehmen zu wollen, von den Arbeitern für aufgehoben erklärt worden. — Die Steinarbeiter an der Gedächtnißkirche in Speyer a. Rh. haben die Arbeit wegen Lohndifferenzen niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten. — In Stadtoldendorf haben am 1. Juni sämmtliche Steinhauer die Arbeit niedergelegt, da ihnen eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde nicht bewilligt wurde.

Den Bremer Schmieden sind von den Meistern folgende Forderungen bewilligt worden: Zehnstündige Arbeitszeit, ℳ 18 Mindestlohn; Ueberstunden werden mit 50 ₰ vergütet; Kost und Logis außer dem Hause der Arbeitgeber; ein Arbeitsreglement in den von den Schmieden benutzten Herbergen auszuhängen. Der Arbeitsnachweis bleibt in der bisherigen Form bestehen. Somit wären die Differenzen zu Gunsten der Gesellen erledigt.

Die Arbeiter der mechanischen Weberei in Stadtoldendorf haben die zehnstündige Arbeitszeit nach kurzem Streik errungen.

Vom Düsseldorfer Tischlerstreik. Die Firma Jansen in Düsseldorf, welche auch in Elberfeld die Arbeiten für einen Neubau auszuführen hat, hat nunmehr sämmtliche Forderungen der Arbeiter schriftlich bewilligt. Wegen anderer noch im Streik liegender Firmen ist aber Zuzug von Tischlern nach Düsseldorf nach wie vor fernzuhalten.

Die Geraer Glasergehülfen haben in ihrer Mehrzahl nach abgelaufener Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt, weil die Meister ihre Forderungen rundweg ablehnen. Die Gehülfen hatten die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit unter Beibehaltung von neun Stunden an den Montagen; ¼stündige Frühstücks- und 1½stündige Mittagspause; gänzliche Beseitigung der Akkordarbeit und möglichste Einschränkung der Ueberstunden; bei dringenden Arbeiten für jede Ueberstunde 5 ₰ Lohnzuschlag; 10prozentige Lohnerhöhung und Auszahlung des Lohnes vor Schluß der Arbeitszeit verlangt.

Die Sperre über die Firma Bopp u. Reuther in Mannheim, die vom Formerverband verhängt wurde, ist aufgehoben, da die Firma sich zur Bewilligung der gestellten Forderungen bereit erklärt hat.

Die Baumwollenweber in Horsens (Jütland) sind, wie aus Kopenhagen telegraphirt wird, in den Ausstand eingetreten. Der Präsident des Verbandes der Textilarbeiter in Dänemark ersucht die deutschen Arbeiter, Zuzug nach dem Orte des Ausstandes unbedingt fernzuhalten.

Zweite Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands. Dritter Verhandlungstag. Die Generaldiskussion über das Unterstützungswesen wird fortgesetzt. Ein Antrag aus Breslau, Fürth, Görlitz wird mit 16 gegen 4 Stimmen abgelehnt, der eine Erhöhung des Wochenbeitrages von 50 ₰ auf 60 ₰ bezweckte. Der Antrag Halle-Bromberg statt 50 ₰ 55 ₰ Wochenbeitrag zu erheben, wird mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Zentralvorstandes, die Wittwenunterstützung in bisheriger Weise bestehen zu lassen wird mit 15 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Antrag aus Münster, welcher fordert, daß der Beitrag auf 60 ₰ erhöht, den Verwaltungsstellen aber 10 pZt. für Begleichung lokaler Ausgaben zur Verfügung gestellt werden soll, findet durch Uebergang zur Tagesordnung seine Erledigung. Es beginnt die Berathung über die Abänderungsanträge zum Statut. Der Zentralvorstand beantragt: „Kollegen, welche 4 Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verein beitreten und diesem 26 Wochen angehören, erhalten statt 50 ₰ ℳ 1 pro Tag Arbeitslosenunterstützung". Dieser Antrag wird mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen. Ein Antrag des Zentralvorstandes: „Ausschlüsse können erfolgen, wenn die betreffenden Mitglieder sich gegen die Organisation vergangen oder sich sonst im bürgerlichen Leben ehrloser Handlungen schuldig gemacht haben. Beschwerde gegen den Ausschluß ist spätestens innerhalb acht Tagen nach Mittheilung desselben beim Zentralvorstand einzureichen. Letzterer hat alsbald einem Schiedsgericht die Angelegenheit vorzulegen, welches endgültig entscheidet. Bis zum definitiven Ausschluß ruhen Rechte und Pflichten der Mitgliedschaft" findet Annahme, ebenso der Antrag vom Zentralvorstand, der besagt: „Mitglieder, welche gelegentlich eines Ausstandes als Streikbrecher ausgeschlossen wurden, können erst nach einem Jahre, auf Befürwortung einer Verwaltungsstelle, wo der Meldende sich befindet, und nach Anhörung der den frühenden Ausschluß vollzogenen Verwaltungsstelle wieder aufgenommen werden." Ferner gelangt ein Antrag Scheuing-Frankfurt a. M. zur Annahme, der lautet: „Bei Errichtung oder Abschaffung von Unterstützungszweigen, bei Festsetzung der Beiträge oder bei Auflösung des Vereins muß, wenn ein Drittel der Verwaltungsstellen über die diesbezüglichen Beschlüsse der Generalversammlung eine Urabstimmung beim Hauptvorstande beantragt, eine solche vier Wochen nach Erscheinen des Protokolls vorgenommen werden. Einfache Majorität entscheidet." Nach Annahme einiger unwesentlichen Anträge wird die Sitzung Abends vertagt.

Neunter Kongreß der Deutschen Steinarbeiter. Würzburg, 1. Juni. Nach einer Debatte über die Taktik bei Streiks wird beschlossen: Die Beschlüsse bezüglich der Streiks treten am 1. Juli in Kraft. Nächster Punkt: Agitation. Der rheinische Delegirte Roßbach fordert für die 17 000 Steinarbeiter des Rheinlandes: die Geschäftsleitung möge mehr für die Agitation thun; auch in Luxemburg, Saarbrücken und Metz versuchen, Fuß zu fassen. Die Agitation soll von den Städten Frankfurt a. M., Köln, Stuttgart, Dresden, Mannheim, Hof, Hamburg, Hannover, München, Straßburg, Speier, Erfurt, Bunzlau, Würzburg, Karlsruhe, Freiburg i. B., Birkenfeld, Striegau, Fechenbach und Lörrach i. B. betrieben werden.

Zu Punkt Fachpresse referirt Thomas. Der Abonnentenstand ist bei der letzten Nummer 4600. Das beweist, daß es klug war, ein eigenes Fachorgan zu gründen. Der Gewinn betrug in zwei Quartalen ℳ 1800. Thomas wird einstimmig als Redaktör und Expedient gewählt. Dem bisherigen Geschäftsleiter Mitschke wird vom Kongreß Decharge ertheilt; derselbe wird wiedergewählt. Vorort für die Geschäftsleitung bleibt Berlin.

Internationaler Formerkongreß. Kopenhagen, 31. Mai. Der Kongreß wurde am 29. Mai im hiesigen „Arbeiterhaus" eröffnet.

Vertreten waren Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Ungarn, zusammen mit 22 Delegirten. Belgien und Holland hatten Zustimmungserklärungen geschickt. Italien und England haben auf die Einladungen nicht geantwortet. Nach gründlicher Aussprache über gegenseitige Unterstützungen der im Streik und auf der Reise sich befindlichen Kollegen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da die im vorigen Jahre zwischen den Unternehmern und Arbeitern stattgefundenen Kämpfe den Beweis erbracht haben, daß auch die Gießereibesitzer Deutschlands mit denen des Auslandes internationale Abmachungen getroffen haben und woraus zu sehen ist, daß in absehbarer Zeit der internationale Zusammenschluß des Unternehmerthums aller Länder sich vollziehen wird, erklärt der am 29. und 30. Mai 1898 in Kopenhagen im Volkshause tagende internationale Formerkongreß auch den Zusammenschluß der Former und Berufsgenossen aller Länder für nothwendig, und ersucht die Kollegen, über alle in ihren Ländern in Gießereien vorkommenden, die Interessen der Arbeiter berührenden Vorkommnisse dem internationalen Vertrauensmann der Former, Johann Suhr, Freihafensweg Nr. 16 in Kopenhagen, Bericht zu erstatten. Um eine schnelle, präzise Berichterstattung in allen Ländern zu erzielen, spricht der Kongreß den Wunsch aus, daß der Vertrauensmann die eingelaufenen Berichte zunächst in den in Kopenhagen täglich erscheinenden „Sozialdemokraten" zu veröffentlichen und dann an alle bekannten Adressen des Auslandes unverzüglich zu befördern, gleichzeitig mit dem Ersuchen, dieselben sofort, nicht nur allein in die am Orte erscheinende Arbeiterpresse, sondern auch in das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei jeden Landes einrücken zu lassen. Der Kongreß spricht die Erwartung aus, daß die politische sowie gewerkschaftliche Arbeiterpresse aller Länder der organisirten internationalen Formerschaft in ihrem Bestreben, eine möglichst schnelle Berichterstattung zu erzielen, in ausgiebigster Weise unterstützen wird.

In Bezug auf die Unterstützung kämpfender Kollegen fordert der Kongreß die Formerorganisation aller Länder auf, gleich nach Ausbruch eines jeden, größere Dimensionen annehmenden Kampfes mit den Sammlungen zu beginnen und alle eingegangenen Gelder sofort und ohne Verzug an das Streikkomite einzusenden. Das Streikkomite ist gehalten, über den Verlauf des Streiks fortlaufende Situationsberichte einzusenden, welche an die Berufsorganisationen aller Länder unverzüglich übermittelt werden müssen. Die organisirten Kollegen sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß der Zuzug aus ihren Ländern nach dem Streikgebiet ferngehalten wird.

Zum Schlusse fordert der Kongreß alle klassenbewußten Kollegen auf, ihr Solidaritätsgefühl der internationalen Arbeiterschaft gegenüber auf das Ausgiebigste zu bethätigen."

Ueber das Verhalten der ungarischen Polizei dem Delegirten gegenüber wurde Folgendes berichtet: Der für Ungarn in Budapest gewählte Delegirte hatte noch eine Haftstrafe von 20 Tagen abzumachen. Kurz vor der Abreise wurde er verhaftet, um seine Strafe abzusitzen, sein Stellvertreter bekam gleichzeitig die Mittheilung, daß sein Besuch nach Kopenhagen als Vertreter der ungarischen Former und Berufsgenossen von einer Ministerialerlaubniß abhängig sei. Sein dahinzielendes Gesuch wurde so spät beantwortet, daß er unmöglich selber kommen konnte. Er hat deshalb die Vertretung dem in Wien für Oesterreich gewählten Kollegen übertragen. Mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Arbeiterschaft wurde der Kongreß Montag um 6 Uhr geschlossen.

Auswärtiges.

Folgenden höchst überraschenden Erlaß des Regierungspräsidenten zu Erfurt bringt der Oberbürgermeister im „Anzeiger" zur allgemeinen Kenntniß:

Der Regierungs-Präsident
zu Erfurt.
J.-Nr. 4161 Pr. 1. Erfurt, den 1. Juni 1898.
An den Herrn Oberbürgermeister, hier.

In der Tagespresse wird der hiesigen Polizei mehrfach der Vorwurf gemacht, daß sie gelegentlich der Tumulte auf dem Friedrich Wilhelms-Platz zu schroff vorgegangen, daß namentlich der Gebrauch der Schußwaffen am Abend des 26. v. M. nicht nothwendig gewesen sei. Ich nehme daher Veranlassung, Ihnen gegenüber zu betonen, daß nach den angestellten eingehendsten Ermittelungen gelegentlich dieser Tumulte die Polizei in keinem Fall zu schroff vorgegangen ist, und daß namentlich der Gebrauch der Schußwaffen am 26. v. Monats bei dem Widerstand der Tumultuanten und den dauernden Angriffen auf die Polizeibeamten durchaus gerechtfertigt und geboten war.

Im Anschluß hieran spreche ich die bestimmte Erwartung aus, daß, falls sich derartige traurige Exzesse wiederholen sollten, mit Rücksicht darauf, daß rohe und gewaltsame Ausschreitungen gegen friedliche Bürger sich fast täglich wiederholen, **seitens der Polizeibeamten mit rücksichtslosester Energie** vorgegangen wird, wobei ich bemerke, daß jeder, der nur aus Neugierde u. s. w. derartigen Tumulten beiwohnt die Durchführung der polizeilichen Sicherheitsmaßregeln erschwert, den wirklichen Exzedenten das Entweichen erleichtert, sich dadurch zum Mitschuldigen der letzteren macht und etwaige üble Folgen der polizeilichen Maßregeln für seine Person sich selbst zuzuschreiben hat. Hiervon wollen Euer Hochwohlgeboren den Polizeibeamten Kenntniß geben. von Brauchitsch.

An den
Herrn Oberbürgermeister, hier.

Hierzu bemerkt unser Erfurter Parteiorgan „Die Tribüne": Wir tragen preßgesetzliche Bedenken, diesem Ukas die Bezeichnung zu geben, die uns auf der Zunge liegt. Wir nehmen an, daß jeder Erfurter Bürger sich seinen Text zu diesem Schreiben selbst machen kann. Wir wissen im Augenblick den Einwohnern keinen besseren Rath zu geben, als sich fortan nur in Dowe'sche schuß- und hiebsicheren Panzern auf die Straße zu wagen, nur die verstecktesten Gäßchen in möglichster Eile zu durcheilen, und jeder bunten Uniform in großem Bogen aus dem Wege zu gehen. Dessen sind wir aber sicher: die polizeifeindliche Stimmung der Erfurter Bürger und die einhellige Verurtheilung des Auftretens der Polizei, wird durch diesen Erlaß nur gestärkt werden.

Zur Kennzeichnung unserer Polizeizustände. Aus Stettin wird berichtet: Der folgende Vorfall brachte am Freitag den Schutzmann Okrusch auf die Anklagebank. Am 27. Dezember kam der Ingeniör Koch mit Frau und Schwägerin Nachts nach Hause. Koch hatte den Hausschlüssel vergessen und stand mit den beiden Damen auf der Straße, als der Angeklagte, der in Zivil war, hinzukam und Kochs Schwägerin, Fräulein Hecht, von hinten umfaßte. Die Dame ließ sich das nicht gefallen und Beide fielen zur Erde. Koch kam hinzu und hieb auf den Mann mit seinem Stock ein. Nun kam der Schutzmanns-Wachtmeister Kramer hinzu, wodurch die Sache ihren Abschluß fand. Koch hatte natürlich seiner Empörung in derben Worten Luft gemacht. Okrusch machte zu seiner Entschuldigung geltend, er habe geglaubt, eine Prostituirte vor sich zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn ℳ 30 Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Das Gericht nahm an, Okrusch sei in dem Glauben gewesen, eine Prostituirte vor sich zu haben und habe nicht anders handeln können. Koch, der wegen Beleidigung der Polizei mit angeklagt war, wurde „in Anbetracht der außergewöhnlichen Umstände, die seine Erregung begreiflich erscheinen ließen," zu drei Mark Geldstrafe verurtheilt!

Eine nachdrückliche Strafe wurde am 2. Juni von der vierten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin dem Schreiber Paul Karstaedt auferlegt, der in besonders gemeiner Weise einem persönlichen Rachegefühl nachgegeben hat. Er war mit einem Arbeiter Leonhardt bekannt, der früher einmal in einer Irrenanstalt gewesen war. Der Angeklagte glaubte Veranlassung zu haben, auf den Letzteren eifersüchtig zu sein und um ihn unschädlich zu machen, reichte er bei der Polizei eine Anzeige ein, in welcher er den Leonhardt aller möglicher Thaten beschuldigte, die die Nothwendigkeit klar legen sollten, ihn sofort wieder in eine Irrenanstalt zu bringen. Glücklicherweise ist diesem Antrage keine Folge gegeben, sondern die Anzeige sofort als ein Akt der Rachsucht erkannt worden. Mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des Angeklagten verurtheilte ihn der Gerichtshof wegen dieser verwerflichen Handlung zu einem Jahre Gefängniß bei sofortiger Verhaftung.

Sächsische Polizeivorsehung wacht auch in Reuß ä. L. darüber, daß die öffentliche Sicherheit nicht durch „gemeingefährliche" Personen gestört wird. Genosse Rohleder hatte eine Versammlung, welche in Elsterberg unter freiem Himmel stattfinden sollte, angemeldet. Gegen die Abhaltung der Versammlung hatte die Polizei nichts einzuwenden, aber der Anmelder schien den „Beschützern" der Ruhe und Ordnung doch bedenklich. Am Sonntag Vormittag erhielt Genosse Rohleder vom fürstl. Landrathsamt einen Einschreibebrief mit folgendem Inhalt: „Die von Ihnen auf morgen, Sonntag, den 22. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im Horlbeck'schen Gasthof zu Sachswitz einberufene öffentliche Versammlung ist zwar genehmigt worden, allein es wird Ihnen hiermit untersagt, dieselbe zu eröffnen und zu leiten. Greiz, am 21. Mai 1898. Fürstliches Landrathsamt. J. A.: Liebe."

Sonderbare Gesetzauffassung hat die Dresdener Staatsanwaltschaft. Acht Vorstandsmitglieder der Dresdener freien Hülfskasse für Kaufleute sollten sich gegen § 42 des Krankenkassengesetzes vergangen haben, weil sie mit dem Ausziehen von Zähnen nicht einen approbirten Arzt, sondern einen Zahntechniker betraut hatten. Zunächst erhielten die Herren Strafbefehle, lautend auf je ℳ 5, während das Schöffengericht ein freisprechendes Urtheil fällte, das von der Staatsanwaltschaft mit dem Rechtsmittel der Berufung angefochten wurde. Der Gerichtshof zweiter Instanz bestätigte das frühere Urtheil und führte in den Entscheidungsgründen aus, daß sich in der Regel ein approbirter Arzt nicht mit Zahnausziehen befasse, sondern diese Kur Heilpersonen niederen Ranges überlasse. Man müsse daher das Zahnausziehen zu den straflosen Ausnahmefällen rechnen. Würde der Herr Staatsanwalt mit der Geschichte des Krankenkassengesetzes bekannt sein, dann würde er wissen, daß der Antrag, überall vor dem Worte „Arzt" das Wort „approbirter" einzuschalten, im Reichstage abgelehnt wurde, nachdem der Staatssekretär Dr. v. Bötticher den Antrag nachdrücklich bekämpft hatte.

Gegen Dr. Voelkel hat die Staatsanwaltschaft in Halle einen Steckbrief erlassen, weil er sich zu einem Termin, der vor der Strafkammer des Landgerichts in Halle gegen ihn anstand, nicht gestellt hat. Hierzu bemerkt das „Volksblatt" in Halle: Voelkel war bekanntlich früher in der Redaktion unseres Blattes beschäftigt und es schwebt gegen ihn noch immer ein Verfahren wegen Offizierbeleidigung. Wir erklären zu dem Steckbrief der Staatsanwaltschaft, daß wir es auf das Schärfste verurtheilen, daß Voelkel sich nicht zu dem Termin stellt, wir können es niemals billigen, daß Voelkel sich verborgen hält und bedauern es außerordentlich, daß ein früherer Redaktör unseres Blattes nicht den Muth hat, sich dem Gerichte zu stellen.

Weibliche Beamte. Am 18. Mai wurde, laut „Tbr.", die ledige Karoline Herold von Hohenstadt als Hülfsrathsschreiber amtlich verpflichtet. Es wird dies wohl der erste weibliche Rathschreiber in Baden sein.

Nicht jede Form des Geldverdienens ist erlaubt. Die Strafkammer in Mannheim verurtheilte den Buchhalter Vincenz Jung der Zellstofffabrik Waldhof wegen Unterschlagung von ℳ 148 000 zu vier Jahren Gefängniß, sowie zu fünf Jahren Ehrverlust.

Arbeiterrisiko. In einem Steinbruche bei dem Dorfe Scheda ereignete sich am 31. Mai durch frühzeitiges Losgehen eines Schusses ein schweres Unglück. Ein Arbeiter wurde sofort getödtet. Man fand die schrecklich zugerichtete Leiche erst nach zwei Stunden über 100 Meter weit im Gebüsch liegen. Ein anderer Arbeiter starb auf dem Transport zum Krankenhause, ein weiterer Arbeiter wurde schwer und einer leicht verletzt.

Das Opfer seiner Waghalsigkeit wurde ein junger Radfahrer aus Kassel, der mit zwei Sportsgenossen auf einer Vergnügungstour auch den Inselsberg besichtigt hatte. Im Vertrauen auf seine Uebung in der Führung des Rades unternahm es der Leichtsinnige, in rasendem Laufe zu Thal zu fahren. Anfangs ging Alles glücklich, dann aber verlor der Radfahrer die Herrschaft über das Rad und sauste, bei dem Versuch, einem entgegenkommenden Geschirr auszubiegen, in einen Steinbruch hinab. Mit zerschmetterten Gliedmaßen, aber noch lebend, wurde er aufgehoben; doch starb er kurze Zeit danach.

Massenerkrankung von Soldaten. In dem in Straßburg garnisonirenden Fußartillerieregiment Nr. 14 sind 30 Soldaten in Folge des Genusses von Kartoffeln erkrankt.

Ein verheerendes Unwetter ging am 2. Juni über einen Theil von Wien nieder. In Ober St. Veit ertrank ein Kind in der angeschwollenen Wien. In mehreren benachbarten Orten zündete der Blitz. Bei den vielfach nöthig gewordenen Rettungsarbeiten wurden 9 Feuerwehrleute verletzt, darunter einige schwer.

Eisenbahnunfall. London, 3. Juni. Zwei Vergnügungszüge der Lancashire-Yorkshire Eisenbahn stießen gestern Abend auf der Station Leyland bei Preston zusammen. 3 Personen wurden getödtet und 20 verwundet.

Eine internationale Elephantenschutzgesetzgebung. Vor einigen Tagen hatte Herr P. Bourdarie aus Paris im Auftrage der Société nationale d'acclimation de France eine lange Konferenz mit dem Souverän des Kongostaates, König Leopold. Gegenstand der Konferenz war eine Erwägung der Maßnahmen, welche im Interesse der Erhaltung des in seiner Existenz bedrohten afrikanischen Elephanten getroffen werden könnten. Es sind die Elephantenjagd und der Elfenbeinhandel zwar in vielen afrikanischen Kolonien bereits gesetzlichen Bestimmungen unterworfen, aber diese sind vielfach nicht ausreichend und vor Allem fehlt es an Uebereinstimmung in benachbarten Gebieten. Wie verlautet, dürfte bereits in nicht ferner Zeit von maßgebender Stelle aus ein Schritt zur Lösung dieser Frage geschehen. Auch wir sind der Ueberzeugung, daß eine internationale Regelung des Schutzes der afrikanischen Dickhäuter auf geringere Schwierigkeiten stoßen wird als die bisherigen Versuche zur internationalen Regelung des Schutzes der europäischen Arbeiterbevölkerung.

Ein Heringsmuseum soll auf Anregung von Professor O. Pettersons in Gothenburg in Schweden errichtet werden und in Verbindung damit eine Sammlung von Plankton aus allen Meeresgebieten. Es werden zu diesem Zwecke drei Expeditionen nach den verschiedenen Meeren ausgerüstet. Die zur Begründung des Museums erforderlichen Mittel sind zum Theil durch private Mittel gesichert.

Professor Geselschap in Rom wurde am 2. Juni todt aufgefunden. Professor Maurer, der die Parioli-Promenade am Tiber entlang nahe beim Aqua acetosa ging, bemerkte an einem Zollwächterhause Fußspuren und Eindrücke von zwei starken Stöcken, gleich denen, wie Geselschap sie benutzte. Maurer folgte den Spuren und fand an einem Baum den Leichnam Geselschaps. Obwohl Baarschaft und einige Kleidungsstücke fehlen, ist Angesichts früherer Selbstmordversuche nicht an ein Verbrechen zu glauben. Der Gesundheitszustand im Verein mit der Ueberbürdung hatten vermuthlich Geselschaps geistiges Gleichgewicht gestört.

Feuersbrünste. Bombay, 2. Juni. In Peschawur hat am 31. Mai eine vierundzwanzig Stunden lang wüthende Feuersbrunst 4000 Häuser zerstört. Der Schaden wird auf 40 Mill. Rupien geschätzt.

Aus dem Reichsgericht.

Leipzig, 2. Juni.

Den Bürgermeister von Sangerhausen beleidigt zu haben, war der Redaktör der sozialdemokratischen „Thüringer Tribüne", Heinrich Schulz in Erfurt, beschuldigt. Der Bürgermeister hatte in der „Sangerhauser Ztg." eine Erklärung veröffentlicht, welche sich auf das Disziplinarverfahren gegen den dortigen Pfarrer Kötzschke bezog. Diese Erklärung hatte Schulz in seinem Blatte abgedruckt und daran die Bemerkung gefügt: „Wer's glaubt, zahlt einen Thaler." Das Landgericht Erfurt hat am 29. März den Angeklagten Schulz von der erhobenen Anklage freigesprochen. Es wurde als festgestellt angesehen, daß der vom Angeklagten gemachte Zusatz sich lediglich auf die veröffentlichte Ansicht des Bürgermeisters beziehe. Die Form sei zwar sehr drastisch, trete aber der Ehre des Bürgermeisters nicht zu nahe. — Die von der Staatsanwaltschaft gegen die Freisprechung eingelegte Revision kam heute vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Der Reichsanwalt erklärte dieselbe theilweise für begründet, da vom Angeklagten offenbar der Vorwurf der bewußten Unwahrheit erhoben worden sei. — Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision, da sich dieselbe nur in unzulässiger Weise gegen die thatsächlichen Feststellungen richte.

Ein Rechtsanwalt auf Abwegen. Das Landgericht Braunschweig hat am 14. März den Rechtsanwalt Adolf Fischer in Braunschweig wegen Unterschlagung und Untreue zu 6 Monaten Gefängniß, 2 Jahren Ehrverlust und zweijähriger Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes verurtheilt. Der Angeklagte hatte für ein Fräulein Sch. zwei preußische Konsols über ℳ 1000 in Verwahrung und verpfändete dieselben gegen ein Darlehen bei einem Bankier, weil er sich in Geldverlegenheit befand. Er will geglaubt haben, daß Fräulein Sch. mit einer derartigen Verwendung der Papiere einverstanden gewesen sei, doch ist die Dame, als sie ihm die Erlaubniß dazu gab, von der Annahme ausgegangen, daß es sich nur um eine Verwendung für ganz kurze Zeit handle und daß er parate Mittel zur Einlösung habe. Letzteres war nun nicht der Fall. Rechtsanwalt Fischer befand sich im vollständigen Vermögensverfall und half sich bei den wiederholten Mahnungen um Zurückgabe mit den mannigfachsten Ausreden. Die Dame ließ sich schließlich durch sein ehrenwörtliches Versprechen, an einem bestimmten Tage die Papiere zurückzugeben, bestimmen, noch einige Zeit zu warten. Aber auch dies Mal hatte sie vergebens gehofft. Sie ersuchte nun Fischer, ihr wenigstens dasjenige Geld zu geben, welches er überhaupt habe. Nun sah er sich zu der Erklärung genöthigt, daß er gar nichts habe. Erst als die Sache zur Anzeige gebracht worden war, erhielt Frl. Sch. die Papiere zurück. — Die Revision des Angeklagten kam heute vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt beim Reichsgericht Dr. Scherer, suchte den Nachweis zu erbringen, daß dem Angeklagten der erforderliche Dolus resp. das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe. Er verwies namentlich darauf, daß Frl. Sch. gegen die Verpfändung der Papiere nichts einzuwenden gehabt habe und daß verschiedene Personen bereit gewesen sein würden, dem Angeklagten größere Summen zu leihen, so daß er, wenn er gewollt hätte, ℳ 15 000 hätte erheben können. — Demgegenüber machte der Reichsanwalt Folgendes geltend: Es mag ja sein, daß der Angeklagte damals bis zu einem gewissen Grade kreditfähig war. Daß es aber damit nicht weit her war, beweist die Thatsache, daß er, als die Einlösung und Rückgabe der Papiere in Frage kam, Wochen, ja Monate hindurch nicht in der Lage gewesen ist, seinen Verpflichtungen gegenüber Frl. Sch. nachzukommen und daß er kurz vor oder nach Einleitung der Untersuchung erklären mußte, er habe nichts. Die Kreditfähigkeit allein genügt nicht, um das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit auszuschließen; der Angeklagte hätte jederzeit ersatzfähig sein müssen. — Das Reichsgericht erachtete diese Ausführung für zutreffend und verwarf deshalb die Revision als unbegründet.

Aus dem Gerichtssaal.

Landgericht.

3. Juni.

Strafkammer II. Vorsitzender: Direktor Dr. Riecke. Staatsanwalt: Irrmann.

Eine erfolgreiche Revision. Der Landwirth Franz Kiehn, der Architekt und Zimmermeister Wilhelm Sager, der Architekt und Ingeniör Johann Horstmann und der Ziegeleibesitzer Karl Stock wurden im Oktober v. J. von diesem Gericht wegen Vergehens gegen das Aktiengesetz verurtheilt, und zwar K. zu ℳ 500 Geldstrafe und die drei anderen Angeklagten zu je ℳ 300 Geldstrafe. Sie legten Revision gegen dies Urtheil ein und erzielten damit, daß die Sache vom Reichsgericht an diese Strafkammer zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen wurde. Es handelt sich in der Sache darum, daß die Angeklagten, und zwar K. als Vorstandsmitglied und H., St. und S. als Mitglieder des Aufsichtsraths der Aktiengesellschaft „Waldbrauerei Bergedorf", absichtlich dadurch zum Nachtheil der Gesellschaft gehandelt haben sollen, daß sie Aktien, die von K. gezeichnet waren, diesem, um ihn zu entlasten, wieder abnahmen und einer Maschinenfabrik in Zahlung gaben. Und da sie die Aktien noch dazu der Fabrik 25 pZt. unter Nennwerth berechneten, was das Aktiengesetz verbietet, sind die Angeklagten zweier Vergehen des Aktiengesetzes beschuldigt. Die Angeklagten bestreiten, wie schon früher, auch heute wieder jede strafbare Absicht bei ihrer Handlungsweise. Der Staatsanwalt beantragt heute die Freisprechung der Angeklagten, da nach der Auffassung des Reichsgerichts eine strafbare Handlung in dem Verhalten der Angeklagten nicht liege. Das Gericht erkennt auf Freisprechung.

Strafkammer IV. Vorsitzender: Direktor Dr. Wulff. Staatsanwalt: Kluge.

Vertrauensbruch. Der Kommis Oskar Anton Landau war in einem hiesigen Verlagsgeschäft thätig, und zwar hatte er das Recht zum Einkassiren von Geldern. Dieses Recht hat er dazu mißbraucht, in den Monaten März und April ℳ 227,70, die er einkassirt hatte, in seine Tasche gelangen zu lassen. Wegen Unterschlagung wird L. zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wird gegen die Arbeitersehefrau Anna Marie Magdalena Hamann aus Bergedorf wegen wiederholter schwerer und einfacher Kuppelei verhandelt. Die Angeklagte hat nicht nur fremden Frauenspersonen, sondern auch ihrer eigenen Tochter aus Eigennutz Gelegenheit zu ausgedehntem Unzuchtsverkehr mit Männern gegeben. Die Angeklagte bestreitet das zwar, aber durch die Verhandlung wird sie völlig überführt. Sie wird zu 2 Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. Wegen Fluchtverdachts wird sie auch sofort in Haft genommen.

Ein nächtlicher Besuch. Der Arbeiter Karl Wilhelm Kaiser hat in der Nacht auf den 22. April d. J. in einer Wirthschaft am Großneumarkt, in der er Tags über zu verkehren pflegte, einen Einbruch verübt und eine Reihe von Schmucksachen gestohlen. Er wird deshalb wegen schweren Diebstahls zu einer Gefängnißstrafe von 6 Monaten verurtheilt.

Aus den Schöffengerichten.

3. Juni.

„Einen Jux wollt' er sich machen." Im Februar d. J., so um Fastnacht herum, zogen vier junge Leute im angeheiterten Zustande durch die Straßen. Als sie dabei auf einen Knaben stießen, der eine Mundharmonika blies, nahmen sie ihm dieselbe weg und bliesen der Reihe nach auf jeder ein Stückchen darauf. Der Letzte war der Schlossergeselle H., der gar nicht enden wollte mit Blasen. Der kleine Junge wollte aber seine Harmonika gern wieder haben und lief deshalb zu einem Schutzmann. Als dieser eintraf, blies H. grade die wunderschöne Kreuzpolka „Siehste wohl, da kimmt er" u. s. w., so daß es ihm recht unangenehm war, von dem Schutzmann angeherrscht und dadurch in seinen künstlerischen Produktionen gestört zu werden. Er weigerte sich, dem Knaben das Instrument zu geben, und leistete, als der Schutzmann ihn deshalb zur Wache bringen wollte, heftigen Widerstand. Er ist nun wegen Unterschlagung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Das Gericht nimmt jedoch an, daß er nicht die Absicht gehabt habe, die Harmonika zu behalten. Er wird deshalb nur wegen Widerstandes zu ℳ 20 Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Auktionen.

4. Juni.

10 Uhr: Rödingsmarkt 82, Weine, Zigarren ꝛc. (Elsas).
10 „ Admiralitätstraße 3, Pfänder (Gerichtsv.).
4 „ Ottensen, Bahrenfelderstraße 249, Nachlaßmasse, Mobilien, 1 schott. Karre (W. Ruchmann).
6 „ Ottensen, Marktplatz 4, div. Mobilien, Hausstandssachen ꝛc. (Ad. Renner).

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Mondesstrahlen getragen, vor dem Schattenbild flieht, ruft er mit einer Stimme, die in seiner alten Werkstatt ein hundertstimmiges Echo erweckt: „Zu Hülfe, Kameraden! Die Polizei ist mir nach!" Er begleitet diese flehenden Worte, welche er überlaut aus dem Schlafe spricht, mit lebhaftem, heftigem Geberdenspiel, bis er mit dem Armknöchel an die Bettkante stößt und unter Schmerzen erwacht. Er fiebert, seine weit geöffneten Augen starren geisterhaft in die bleiche Mondsichel. Sein Lärmen hat seine Frau aufgeschreckt, welche ihm ängstlich zuflüstert:

„Fehlt Dir 'was, Vater?"

Winkler ist sehr erstaunt, keine Grobheit zu hören. Ebeling pflegte ihm immer mit Denunziationen zu drohen, obwohl der elende Wicht über solche Störungen innerlich froh war; denn auch er hatte, gleich den meisten Gefangenen, alpdrückende, phantastische Träume, die zu den ärgsten Martern des Gefängnißlebens gehören. Verzweifelt über diese Erinnerungen, deren Verwirklichung ihm von Neuem bevorsteht, wälzt sich Winkler im Bette umher. Endlich erprobt er wieder die einschläfernde Kraft des Mondlichts, das schon im Gefängniß wie Mohnsaft auf seine zerrütteten Nerven gewirkt hat. In mondfinsteren Nächten konnte er damals überhaupt nicht mehr schlafen. Heute schlummert er zum zweiten Mal ein, um wieder ähnliche Schreckgespenster zu träumen. Er erwacht am frühen Morgen, nicht vom Schlafe erquickt, sondern erschöpft und in Schweiß gebadet, mit einem dumpfen, betäubenden Druck im Hinterkopf, der ihn stundenlang nicht verläßt . . .

Nach einigen wenigen in's Gefängniß hinübergeträumten Nächten legte seine Frau schweigend einen Brief auf den Tisch, welcher deutlich die Form eines Gerichtsschreibens trug. Winkler's Herz zog sich krampfhaft zusammen, seine Hand zitterte, als er das Siegel erbrach. Dann schrie er laut auf. Die mächtige Gestalt wankte, er mußte sich stützen, um nicht umzusinken.

Die Faust der Gerechtigkeit ließ ihr Opfer nicht los. Noch heute sollte er seine Strafhaft antreten. Mit stummem Händedruck, unfähig eines Abschiedswortes, schied Winkler von den schluchzenden Seinen. Ein beklemmendes Angstgefühl peitschte ihn vorwärts, jagte ihn durch die Straßen bis an die äußerste Grenze des städtischen Weichbildes. Erst an einer abgelegenen Stelle des Flußufers machte er Halt und starrte, über das Geländer gebeugt, gedankenverloren in die dunklen Fluthen hinab.

Die Lenzwärme hatte die weiche Frostdecke des Stromes auseinandergesprengt, nur vereinzelte Eisstücke trieben noch auf der Wasserfläche umher. Diese Winterreste erschienen Winkler die letzten Grüße der Freiheit. Wenn sie geschmolzen waren, schmachtete er bereits — Hölle und Teufel! Eine unerträgliche Vorstellung! Er hatte ja nicht gestohlen, im Gegentheil, man bestahl ihn, den Allerärmsten, um die Gelegenheit ehrlicher Arbeit. Und trotz alledem ein Verbrecher! Solche Schande überlebte er nicht.

Fester umklammerte Winkler den Eisenstab des Geländers, um sich rasch darüber hinwegzuschwingen. Plötzlich schauderte er zurück. Schwamm dort unten nicht ein Leichnam . . . . Dort noch einer . . . . Entsetzlicher Fischzug des Todes! Frau und Tochter waren ihm nachgefolgt.

„Tra—ra—dieh—bum—dieh!"

Der blöde, heiser hervorgeheulte Gassenhauer-Refrain tönte in Winklers jenseitsversunkene, todestraurige Phantasieen wie das verstimmte Kapriccio aus einem Hexenkonzert. Aufgeschreckt blickte Winkler zur Seite. Die ältliche Dirne, die ihn auf seiner Flucht vor dem Schutzmann mit wildkatzenartiger Behendigkeit angesprungen, taumelte das Ufergeländer entlang. In ihrer sinnlosen Trunkenheit war sie vom Heimwege abgeirrt. Wandas beschmutztes, zerknittertes Kleid sah im Morgenlicht aus, als hätte dasselbe die Dielen der Hinterstube einer verrufenen Mädchenkneipe, von welcher die Trägerin herkam, etwas sauberer gefegt. Ihre Uebernächtigung zwischen Hefezechern des Lasters hatte an Wanda sogar den schäbigen Aufputz der Straßendirne zerstört. Sie machte den Eindruck eines wandelnden Kehrichthaufens.

Gespannt folgt Winkler ihren Bewegungen. Jetzt bleibt sie stehen und stemmt den Leib gegen das Geländer. Wenn ihre Trunkenheit sie aus dem Gleichgewicht bringt und in das eiskalte Strombett hinabstürzt, wird er geschwind ihr nachspringen, um in ihrem gemeinsamen Untergang sich zu retten. Die Täuschung, daß er der Dirne zu Hülfe geeilt sei, tilgt den häßlichen Flecken des Selbstmords von seinem Namen und sichert ihm ein ehrliches Christenbegräbniß. Zögernd schleicht sich Winkler an die Dirne heran, eine vorschnelle Willensregung durchzuckt seinen Arm zum tödtlichen Stoß. Unmöglich! Mag jenes Weib auch dem Viehe gleich sein; nur ein Raubthier könnte einen Halbmenschen tödten, ohne Mörder zu heißen. Nicht umsonst hat ihm Fergius das Evangelium der Menschenliebe gelehrt. Was die großmächtige Heldennatur dieses edlen Mannes für ihn, den Geringen, Unbekannten, gelitten, soll an der niedrigsten Kreatur jetzt vergolten werden . . . Wanda's Federhut ist in's Wasser gefallen. Sie klatscht vergnügt in die Hände und macht dann eine Bewegung, als will sie nach dem versinkenden Hut greifen. Sie wäre vornübergestürzt, hätte sie Winkler nicht mit kräftigem Griff um die Taille gepackt und zurückgezogen.

Wanda lachte wie toll.

„Eine feuchte Sache! Mein neuer Hut ist 'ne Schwimmblase!"

Mit sühnendem Eifer nahm Winkler die Dirne unter den Arm und schleppte sie, so schnell er ihren dicken, vollgetrunkenen Körper fortzuschaffen vermochte, das Ufer entlang.

„Mäuschen!" lallte sie zärtlich. „Gieb mir 'nen Kuß, mein Mäuschen!"

Winkler schüttelte ein Anfall von Ekel. Er hatte Mühe, Wandas Zärtlichkeit abzuwehren. Ihr weinsaurer Athem hauchte ihn an, ihre auseinandergezerrten, dünnen, fettigen Haarsträhnen trieb ihm der Wind in's Gesicht. An der Kreuzung zweier Straßen setzte sie Winkler auf die Steinstufen eines Hauses nieder.

„Tra—ra—dieh—bum—dieh!"

Der blöde Gassenhauer-Refrain, der künstlerische Abglanz ihres vernunftlosen Dirnenlebens, war Wandas dankender Abschiedsgruß.

„Hurrah! Hurrah!"

Schmetternde Militärmusik, untermischt mit dem Johlen voraneilender halbwüchsiger Burschen, verkündet die vornehmste Blüthe des modernen Kultur-Europäerthums: Soldaten in Reih' und Glied . . . gutgedrillte, paradeprächtige, stramme Soldaten!

Mit klingendem Spiel marschiren die blauen Landeskinder zur Uebung nach dem Exerzierfeld hinaus; feindselig betrachtet Winkler die blinkenden, hohen Gewehrläufe des Infanterie-Bataillons.

Einen von der Reserve Armee hatte ihn Fergius genannt. Trauriges Gleichniß! Wenn es kein waffenstarrendes Heerlager mitten im Frieden gäbe, verschwände vielleicht auch die wehrlose Reserve-Armee der Arbeit. O trauriges Gleichniß! An das Schlaraffenweltreich des Militarismus, dem ein breiter Goldstrom milliardentief zufließt, grenzt das Irland unproduktiven Nichtsthums, bevölkert von darbenden, zwangsweise feiernden Arbeitern. Diese Arbeitsenterbten gehören wohl einer Nation an, aber sie haben kein Vaterland. Soll er's noch länger ertragen, nach diesem ausgehungerten Irland verbannt zu sein?

Trommelwirbel löst die Militärmusik ab. Die Trommeln scheinen in dem Zweifelnden Sturm zu schlagen zu einem festen Entschluß.

„O, Du elender Egoist!" spricht er laut vor sich hin. „Du wolltest eben in Wirklichkeit ein Verbrecher werden. Schäme Dich, Alter! Wer seine Familie noch unversorgt weiß, dessen verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist es, bis zum letzten Athemzug für ihr Brot zu kämpfen. Ja, gewiß! Wenn doch ein Mord unvermeidlich ist, so mögen die Anderen mich langsam umbringen, ich selber thu's einmal nicht."

Und erhobenen Hauptes und freien Auges, wie ein Mann von Ehre, schritt Winkler dem Platze zu, auf dem das Gefängniß lag.

Dumpf, von ferne wirbeln die Trommeln . . .

Ende.